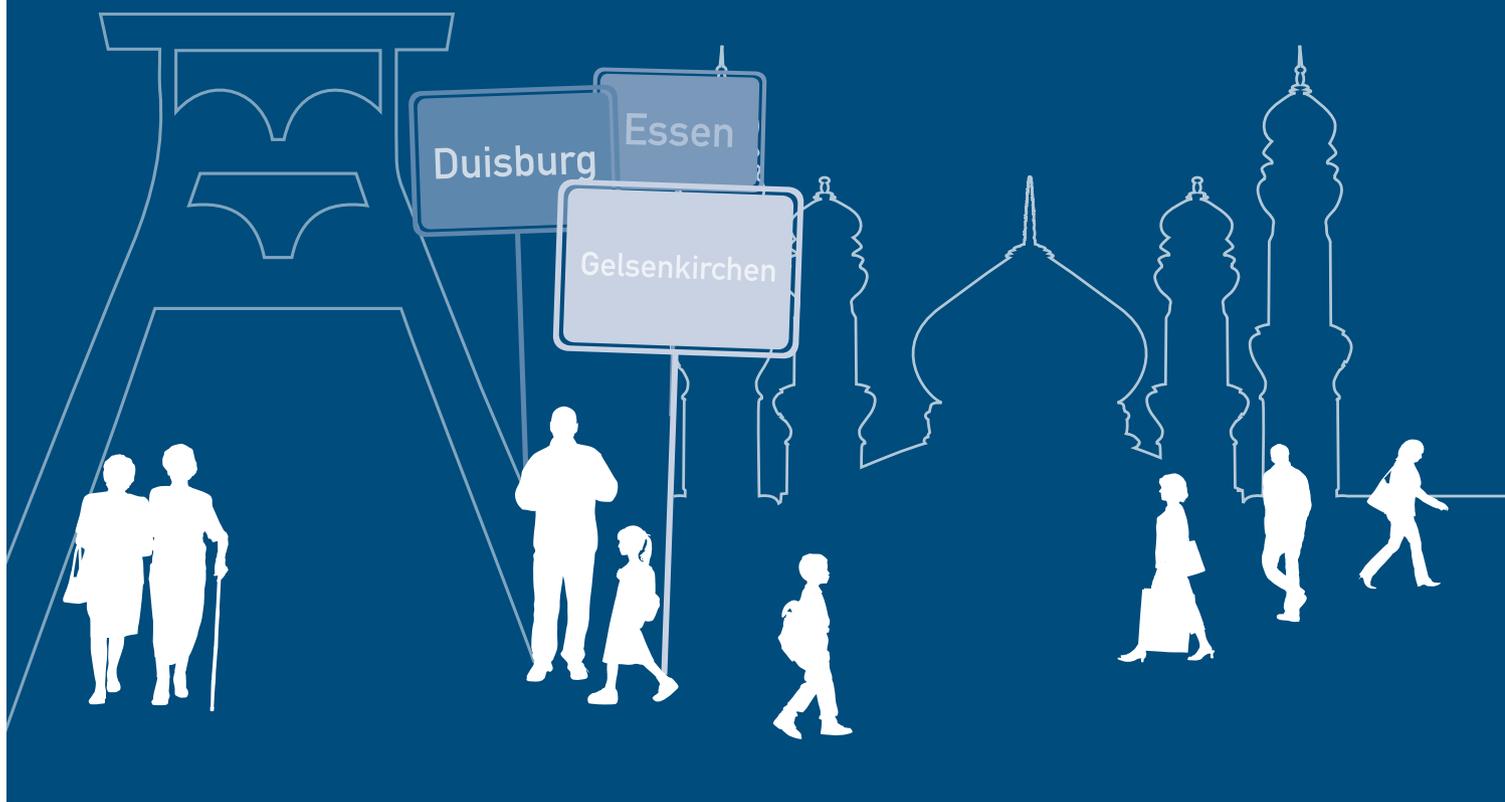


WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

*Integrationserfahrungen junger und
alter Menschen in einer säkular geprägten
Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets*



Brost
Stiftung

BA | PP
BÖNNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.)

Vladislava Karmanova

Hannes Wiethölter

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

*Integrationserfahrungen junger und
alter Menschen in einer säkular geprägten
Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets*

PUBLIKATION ZUM
FORSCHUNGSPROJEKT

Brost
Stiftung

BA PP
BÖNNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

INHALT

- WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND? SEITE **06**
VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH

- EINFÜHRUNG SEITE **08**

- BERICHTE ZU DEN BISHERIGEN VERANSTALTUNGEN SEITE **12**

- **I. PRAXIS – WAS INTEGRATION UND INTEGRATIONSPOLITIK LEISTEN KÖNNEN**

 - GELUNGENE INTEGRATION – DEBATTE, DEFINITION UND PRAKTISCHE POLITIK SEITE **17**
PROF. DR. VOLKER KRONENBERG UND MARCO JELIC

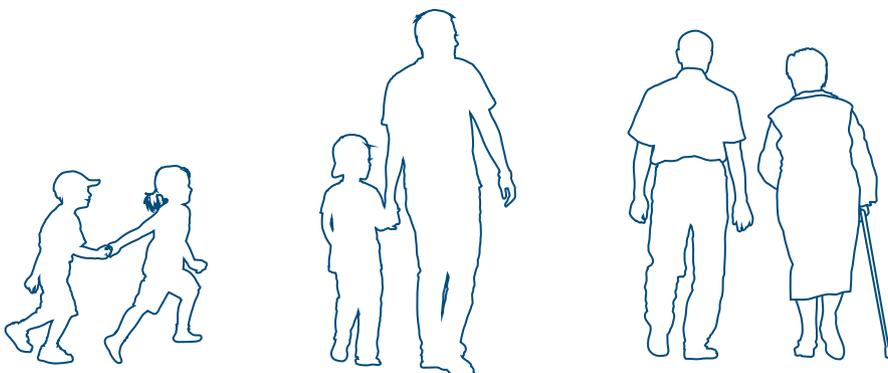
 - PARAMETER ERFOLGREICHER INTEGRATION – EIN MODELL SEITE **22**

 - MUSLIME IN NRW UND IM RUHRGEBIET SEITE **23**

 - MUSLIME IM RUHRGEBIET – DIALOG FÖRDERN, TEILHABE VERWIRKLICHEN SEITE **25**
KURZANALYSE DER LEITFADENGESTÜTZTEN EXPERTENINTERVIEWS
MARCO JELIC

- **II. EMPIRIE – LEBENSREALITÄTEN IM RUHRGEBIET**

 - EINSTELLUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN IM RUHRGEBIET SEITE **37**
PROF. MANFRED GÜLLNER



■ III. THEORIE – INTEGRATION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ISLAM UND SÄKULARER MODERNE

- RELIGION UND MODERNE. EINE NÖTIGE KLÄRUNG
PROF. DR. CLEMENS ALBRECHT SEITE **43**
- „AUCTORITAS, NON VERITAS FACIT LEGEM“ (HOBBS)
SÄKULARER VERFASSUNGSSTAAT UND ISLAM:
GEGENWARTSDIAGNOSTISCHE ANMERKUNGEN
PROF. DR. GOTTFRIED KÜENZLEN SEITE **47**
- ISLAM UND DEMOKRATIE – KONGRUENZ ODER DIVERGENZ?
PROF. DR. CHRISTINE SCHIRRMACHER SEITE **51**
- STAAT UND ISLAM
PROF. DR. BÜLENT UCAR SEITE **54**
- ‚DER‘ ISLAM, ‚DIE‘ KUNST UND ‚DIE‘ SÄKULARE GESELLSCHAFT
DENKANSTÖSSE
PROF. DR. ANNE-MARIE BONNET SEITE **57**

■ IV: VOR ORT – IMPRESSIONEN UND PERSÖNLICHE WAHRNEHMUNGEN AUS DEM RUHRGEBIET

- DIE MUSLIMISCHE BEVÖLKERUNG IM RUHRGEBIET
PROF. DR. FARUK ŞEN SEITE **63**



WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der
Bonner Akademie

Im Jahre 777 schloss Karl der Große mit dem Statthalter von Saragossa, Suleiman al-Arabi, einen Beistandspakt. Beste Beziehungen – so sein Biograph Einhard – bestanden auch zu Harun al-Raschid, dem 5. Kalifen der Abassiden. Dieser zog die Gunst des Franken der Freundschaft aller anderen Könige und Machthaber der Erde vor. Karl hatte Opfergaben zum Heiligen Grab nach Jerusalem geschickt. Der Kalif gewährte ihm nicht nur die Herrschaft über die heilige Stätte, sondern sandte kostbare „Stoffe, Parfums und andere orientalische Schätze“. (Einhard)

Die Anekdote begründet den Anfangsverdacht, dass **die westeuropäische Kultur dem Islam zahlreiche Impulse verdankt**. In Spanien ist das unübersehbar. Dort haben 700 Jahre maurischer Zivilisation grandiose Zeugnisse hinterlassen. Als man in Germanien noch auf dem Bärenfell lag, blühten hier Wissenschaft und Forschung. Unsere Kenntnis der antiken Schriftsteller und Philosophen verdanken wir arabischen Übersetzungen. Auf diesem Weg wurden sie dem christlichen Abendland im Mittelalter zugänglich.

Sogar die Kreuzzüge hatten den Kollateralnutzen einer fruchtbaren kulturellen Begegnung, die sich in vielen Motiven niederschlug und bis heute wirksam ist.

Als die Türken 1683 von Wien abzogen, hinterließen sie ein paar Säcke mit seltsamen Bohnen, die man rösten und in ein braunes Gebräu verwandeln konnte. Damit entstand das erste Wiener Kaffeehaus, von wo aus sich die gesamte Kultur des Kaffeetrinkens in Westeuropa verbreitete.

Die „**Erzählungen aus tausendundeiner Nacht**“ **gehören zum Erbe der Weltkultur** und sind auch im Bewusstsein der Deutschen verankert.

Mozarts erste wirkliche Oper war „Die Entführung aus dem Serail“. Dort darf der edle Sultan zwar keine einzige Note singen, ist aber am Ende der große und weise Versöhner. – Im Rokoko spielten türkische Motive eine große Rolle. Jeder Klavierspieler kennt Mozarts „Türkischen Marsch“.

1739 ließ der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. in Potsdam einen Saal als Moschee für 20 türkische Söldner seiner Garde errichten. Seitdem spielte ein türkisches Regiment eine kontinuierliche Rolle in der preußischen Militärgeschichte.

Montesquieu, der große Gesetzeslehrer Europas, hielt in seinen „Persischen Briefen“ dem absolutistischen Europa **die Idee einer freieren und aufgeklärten Gesellschaft entgegen**.

“DIE WESTLICHE KULTUR
VERDANKT DEM ISLAM
ZAHLEICHE IMPULSE.”

Jetzt fehlt nur noch, dass auch Goethe... – Richtig. Der Weimarer Klassiker war von der Kultur des Islam ungemein fasziniert. Man kann ihn mit guten Gründen als „Islamverstehender“ bezeichnen. Seine Begegnung mit arabischer Literatur, Lyrik und Philosophie schlug sich in den Gedichten des „West-östlichen Diwan“ nieder und gehört zu den fein- und tief Sinnigsten Befruchtungen beider Kulturen.

Die vorliegende Publikation begnügt sich nicht mit Anekdoten. Es untersucht die Fakten und stellt sich so mit kühlem Kopf den demagogischen Hitzköpfen draußen im Land in den Weg.

1922 wurde die „Islamische Gemeinde Berlin“ gegründet und schuf eine stabile Präsenz des Islam in Deutschland.

Die älteste Moschee auf deutschem Boden ist die von Berlin-Wilmersdorf, ein wunderbares Bauwerk vom Anfang des 20. Jahrhunderts.

In diese Zeit fällt auch die ganz im maurischen Stil errichtete Zigarettenfabrik von Dresden.

Von der islamischen Kultur ging eine große Faszination aus. Die „Orientreise“ gehörte ins Repertoire europäischer Abenteurer. In Karl Mays Romanen war auch das einfache Volk mit von der Partie. – Hier steht

allerdings der blonde Alleskönner Kara Ben Nemsî den oft schurkischen oder depperten Muslimen gegenüber. Immerhin gehört einer davon zu den besonderen Freunden jugendlicher Leser: Hadschi Halef Omar ben Hadschi Abul Abbas ibn Hadschi Dawud Algossara.

Weil die islamischen Länder des Vorderen und Mittleren Orients überwiegend von Engländern okkupiert waren, wurden Muslime im Dritten Reich als Feindstaat-Bürger interniert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs der Anteil der muslimischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland durch Flüchtlinge aus islamischen Ländern.

Gehört der Islam zu Deutschland? **Zweifellosgen gehört er zur Weltkultur.** Deutschland fragt sich nicht ernsthaft, ob es auch dazu gehört. ■

GEHÖRT DER ISLAM
ZU DEUTSCHLAND?
ZWEIFELLOS GEHÖRT
ER ZUR WELTKULTUR.



Auszug aus einem Wörterbuch

Foto: Flickr/creative commons

EINFÜHRUNG: WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

INTEGRATIONSERFAHRUNGEN JUNGER UND ALTER MENSCHEN IN EINER SÄKULAR GEPRÄGTEN GESELLSCHAFT AM BEISPIEL DES RUHRGEBIETS

Ein Forschungsprojekt der Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a.D. Christian Wulff

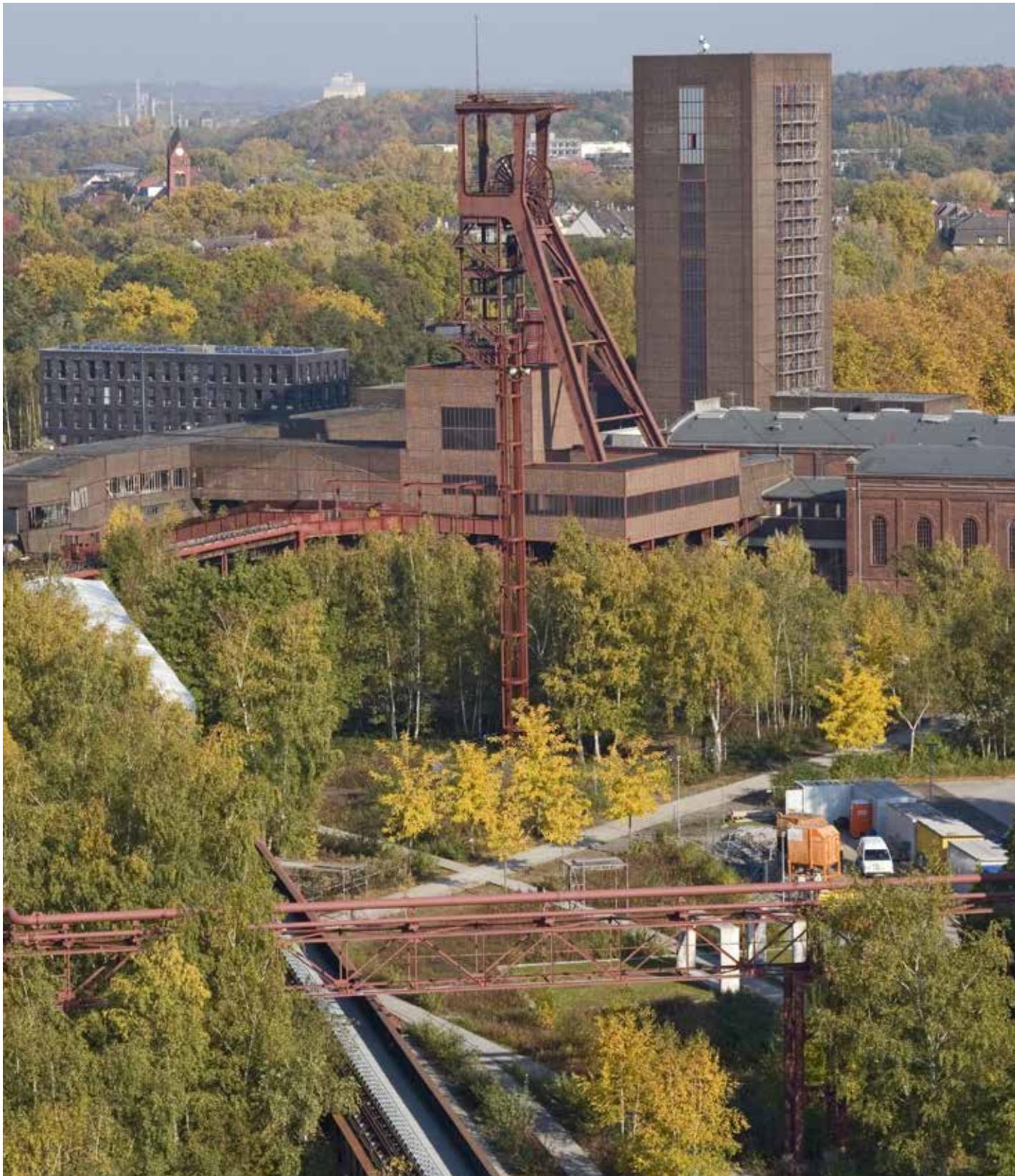
„Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – mit dieser einfachen Feststellung löste der damalige **Bundespräsident Christian Wulff** im Oktober 2010 eine kontroverse Debatte zum Stand der Integration in unserem Land aus, die durch die PEGIDA-Demonstrationen und die Terroranschläge von Paris in den vergangenen Monaten neue Aktualität gewonnen hat. **Heute sind etwa 5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland – ca. 4 Millionen Menschen – Muslime.** Diese gesellschaftliche Realität wurde von der Politik lange ignoriert und – teilweise durchaus intentional – negiert. Als Folge dieser verfehlten Politik werden heute, gerade in urbanen Zentren wie dem Ruhrgebiet, Ghettoisierungsprozesse und die Bildung von ‚Parallelgesellschaften‘ beklagt.

DIE PROBLEMLAGE

Nirgendwo in Deutschland stellen sich diese Herausforderungen unmittelbarer als im Ruhrgebiet. Hier leben Christen und Muslime zwar seit Jahrzehnten nebeneinander – zu oft jedoch auch nebeneinander her. Viele Muslime fühlen sich nach wie vor nicht als Teil der traditionell christlich – und zunehmend säkular geprägten – deutschen Mehrheitsgesellschaft. Umgekehrt werden sie von dieser auch teilweise noch immer nicht als vollwertige Mitglieder akzeptiert. Zwischen der wachsenden Zahl von gut integrierten Muslimen, die als erfolgreiche Unternehmer, Sportler oder Künst-

ler längst in der Mehrheitsgesellschaft angekommen sind, und radikalisierten Minderheiten wie den Salafisten, die sich offensiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland stellen, existiert eine nach wie vor große Gruppe von Muslimen, die die Normen und Werte unserer Gesellschaft zwar nicht aktiv bekämpft, sie jedoch auch nicht verinnerlicht oder sich zu eigen gemacht hat.

Gerade mit Blick auf diese Bevölkerungsgruppe stellen die spezifischen kulturellen Traditionen und religiösen Wertvorstellungen des Islam einerseits und eine verbreitete Skepsis gegenüber ‚dem Islam‘, in der Mehrheitsgesellschaft andererseits die Integrationspolitik vor besondere Herausforderungen. Dies gilt umso mehr für Angehörige der älteren und jüngeren Generation muslimischer Migranten, welche noch nicht – oder nicht mehr – in das Berufsleben eingebunden, für den **Erfolg einer ganzheitlichen Integrationspolitik** jedoch von zentraler Bedeutung sind: Im Kindes- und Jugendalter prägen sich Einstellungen und Verhaltensmuster aus, die sich später integrationsfördernd oder -hemmend auswirken können. Doch während im Bereich der formalen Bildungseinrichtungen inzwischen deutliche Fortschritte bei den Integrationsbemühungen erzielt werden konnten, gibt es bei den informellen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, welche die Freizeit und den Alltag der jungen Generation maßgeblich prägen, weiterhin Defizite. Auch im Bereich der Seniorenarbeit gibt es erheblichen Nachholbedarf. Die



Blick über das Gelände der ehemaligen Zeche Zollverein

Foto: Flickr/creative commons

erste Generation muslimischer Migranten, die oftmals als Gastarbeiter nach Deutschland kamen, hat inzwischen das Rentenalter erreicht und stellt somit eine Reihe gesellschaftlicher Institutionen vor integrationspolitische Herausforderungen, die mit diesen lange Zeit nicht – oder nur in begrenztem Maße – konfrontiert waren. Gerade **im Alter sind die Anforderungen an erfolgreiche Integration jedoch besonders groß**, da sich Einstellungen und Verhaltensmuster bereits verfestigt haben. Senioren ziehen sich zudem häufig auf ihr privates Umfeld zurück, was sie für institutionalisierte Integrationsangebote zudem schwer erreichbar macht.

DIE LEBENSREALITÄT DER
IM RUHRGEBIET LEBENDEN
ALTEN UND JUNGEN MENSCHEN
MUSLIMISCHEN GLAUBENS
IN DEN BLICK NEHMEN.

DAS FORSCHUNGSPROJEKT

Die Bonner Akademie möchte in ihrem auf drei Jahre angelegten und in Kooperation mit der Brost-Stiftung in Essen durchgeführten Forschungsprojekt ‚Wie viel Islam gehört zu Deutschland?‘ daher die Lebensrealität der im Ruhrgebiet lebenden alten und jungen Menschen muslimischen Glaubens genauer in den Blick nehmen. Dabei geht es uns darum, die **Gründe für die teilweise fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag** von muslimischen Migranten und nicht-muslimischen Deutschen der jungen und älteren Generation zu untersuchen und auf dieser Grundlage greifbare Ansätze zur Belebung des interkulturellen Austauschs im gesellschaftlichen Alltag und in konkreten Projekten der Alten- und Jugendhilfe zu erarbeiten. Bewusst beschränken wir uns also nicht darauf, unser (theoretisches) Verständnis von Integrationshindernissen zu verbessern, sondern wollen auf Basis erfahrungsorientierten Wissens zur erkenntnisgestützten Handlung anleiten. Aufbauend auf einer fundierten Analyse der Situation im Ruhrgebiet und der praxisnahen Evaluation ausgewählter Integrationsprojekte sollen folglich Vorschläge entwickelt werden, die in konkrete Projekte der Alten- und Jugendhilfe im Ruhrgebiet



Schirmherr des Forschungsprojekts:
Bundespräsident a.D. Christian Wulff

– und darüber hinaus – einfließen werden und so den Begriff des ‚Zusammenlebens‘, im täglichen Miteinander der Generationen wirklich mit Leben zu füllen vermögen.

Folglich war uns von Beginn an eine **enge Vernetzung mit Praktikern** im Ruhrgebiet sehr wichtig. Neben den etablierten Trägern der Integrationsinitiativen zählen dazu auch die Einrichtungen auf lokaler und kommunaler Ebene, die das alltägliche Leben speziell junger und alter Menschen muslimischen und nichtmuslimischen Glaubens prägen: die Glaubensgemeinschaften, die Kindergärten, Schulen und Volkshochschulen, die politischen Parteien, Vereine und Verbände, die Unternehmen, Krankenhäuser und Altenheime. Auf der anderen Seite binden wir aber auch die zahlreichen muslimischen Vereine und Verbände in das Projekt ein, die eine wichtige Brückenfunktion wahrnehmen könnten. All diese Institutionen haben vielfältige Erfahrungen gesammelt, die für das Projekt nutzbar gemacht werden können. Gleichzeitig sind sie auch direkte Adressaten der Projektergebnisse und ideale Partner bei der Umsetzung konkreter Initiativen, die eine langfristige

Verankerung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen in konkreten Maßnahmen der Alten- und Jugendhilfe vor Ort – und damit eine nachhaltige Wirkung des Projekts – erwarten lassen.

DIESER BAND

Selbst ein praxisorientiertes Forschungsprojekt wie dieses kann sich der anhaltenden – und zunehmend aufgeheizten – integrationspolitischen und theoretischen Debatte natürlich nicht entziehen. Vielmehr erfordert gerade der **Blick auf die Praxis** – und damit die Formulierung und Umsetzung konkreter Ziele – eine klare Verortung des Projektes hinsichtlich zentraler Fragestellungen, die zwar immer wieder diskutiert, jedoch – gerade aus praktischer Perspektive – kaum zufriedenstellend beantwortet werden: Wie stellt sich die konkrete Situation alter und junger Muslime im Ruhrgebiet heute dar? Welchen Einfluss haben religiöse Normen aber auch säkulare Tendenzen auf ihre Lebenswirklichkeit? Wie nehmen sich Muslime und Nicht-Muslime wechselseitig wahr? Welche Probleme haben für die Betroffenen selbst besondere Bedeutung? Was verstehen wir eigentlich unter ‚gelungener Integration‘ und welchen Beitrag kann Integrationspolitik dazu realistischer Weise leisten?

Als Ergebnis der ersten Phase unseres Forschungsprojekts versuchen die hier versammelten Beiträge aus einer dezidiert praxisorientierten Perspektive eine Antwort auf diese und andere wichtige Fragen zu geben. **Volker Kronenberg** und **Marco Jelic** beleuchten in ihrem Beitrag die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Komplexität der Integrationsdebatte in Deutschland. Sie entwickeln mit ihren ‚Parametern erfolgreicher Integration‘ schließlich Hinweise für die praktische Politik, die auch als Referenzrahmen für die weitere Projektarbeit dienen können. Die im Rahmen des Forschungsprojekts von **Marco Jelic** und **Kevin Medau** durchgeführten qualitativen Experteninterviews bieten tiefe Einblicke in individuelle Integrationserfahrungen und -vorstellungen von relevanten Akteuren im Ruhrgebiet.

Das schwierige Verhältnis zwischen Islam und westlicher Moderne wird in den Beiträgen von renommierten Islamwissenschaftlern, Soziologen und Politikwissenschaftlern thematisiert. **Clemens Albrecht**, **Gottfried Küenzlen**, **Christine Schirmacher** und **Bülent Ucar** zeichnen dabei ein differenziertes Bild ‚des Islam‘, des-

“KONKRETE MASSNAHMEN ERARBEITEN, DIE UNS DEM ZIEL ‚GELUNGENER INTEGRATION‘ SCHRITT FÜR SCHRITT NÄHER BRINGEN KÖNNEN.”

sen unterschiedliche, auch im Ruhrgebiet wirkmächtigen, Strömungen ein breitgefächertes Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und des Verhältnisses von Religion und Staat offenbaren, das die praktische Integrationsarbeit gerade in seiner Vielfalt vor besondere Herausforderungen stellt. Demgegenüber weist **Anne-Marie Bonnet** insbesondere auf die Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte hin, welche Kunst und Kultur als verbindendes Element zwischen den Kulturen (und Religionen) bieten.

Auf Basis einer repräsentativen Umfrage im Ruhrgebiet stellt **Manfred Güllner** die Herausforderungen – aber auch Chancen – dar, die sich aus Sicht der Betroffenen bieten. Die forsa Umfrageergebnisse werden ergänzt durch statistische Angaben zum Islam und Muslimen im Ruhrgebiet. Die vorliegende Publikation wird abgerundet durch die persönlichen Impressionen und Wahrnehmungen zur Lebensrealität von Muslimen im Ruhrgebiet von **Faruk Şen**.

Vor dem Hintergrund der hier formulierten Ziele sollen in den kommenden Monaten verschiedene Integrationsprojekte im Ruhrgebiet näher untersucht und evaluiert werden. Gemeinsam mit den Trägern und Verantwortlichen lassen sich so konkrete Maßnahmen erarbeiten, die uns dem **Ziel ‚gelungener Integration‘** – oder schlicht des ‚Miteinander‘ – Schritt für Schritt näher bringen können. ■

VERANSTALTUNGSBERICHTE

AUFTAKT ZUM FORSCHUNGSPROJEKT: DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „DER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND – EINE KONTROVERSE DEBATTE“ AM 24. FEBRUAR 2015



Über 200 Gäste folgten
einer interessanten
Diskussionsveranstaltung

„Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – mit diesem Satz löste **Bundespräsident a.D. Christian Wulff** im Jahr 2010 innerhalb der deutschen Öffentlichkeit eine kontroverse und anhaltende Debatte aus. Über seine damaligen Beweggründe sowie sein heutiges Verhältnis zu dieser Aussage sprach er am 24. Februar 2015 vor über 200 Teilnehmern in der Bonner Akademie.

Die Veranstaltung bildete den Auftakt zum Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“, dessen Co-Leiter, **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, in seiner Einführung noch einmal auf Wulffs berühmte Rede vom 20. Jahrestag der deutschen Einheit einging. Der Rede des ehemaligen Bundespräsidenten folgte – unter der Moderation von **Michael Krons**, Leitender Redakteur beim Fernsehsender Phoenix – eine Diskussionsrunde mit Christian Wulff und **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie. ■



Christian Wulff, Bundespräsident a.D., während seiner Rede



Im Anschluss an seine Rede diskutierte **Christian Wulff** mit **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, und Moderator **Michael Krons**, Leitender Redakteur bei Phoenix

„ESSENER FORUM“ ZUM THEMA „BESTANDSAUFNAHME RUHRGEBIET: ZUM STAND DER INTEGRATION VON MUSLIMEN IM RUHRGEBIET“ AM 27. APRIL 2015

Im Rahmen des Forschungsprojekts fand am 27. April 2015 das ‚Essener Forum‘ zum Thema „Bestandsaufnahme Ruhrgebiet: Zum Stand der Integration von Muslimen im Ruhrgebiet“ statt.

Im Zuge der aktuellen Projektphase wurden dabei die reale Lebenssituation von muslimischen Familien und der **Stand der Integration** speziell älterer und jüngerer Menschen im Ruhrgebiet diskutiert.

Zu dieser Veranstaltung waren **Experten und Praktiker aus dem Ruhrgebiet** eingeladen, sich mit der Forschungsgruppe über ihre Erfahrungen in der Integrationsarbeit auszutauschen.

Das ‚Essener Forum‘ brachte neue Impulse für die weitere Ausrichtung des Forschungsprojekts und bot zudem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen. ■



Experten und Praktiker aus dem Ruhrgebiet tauschten sich mit der Forschungsgruppe aus

„BONNER FORUM‘ ZUM THEMA „DER ISLAM UND DIE SÄKULARE GESELLSCHAFT“ AM 12. MAI 2015

Mit renommierten Wissenschaftlern aus den Forschungsgebieten Rechtswissenschaften, Religionswissenschaften/Religionssoziologie und Islamwissenschaften diskutierten die Projektmitarbeiter und Veranstaltungsgäste unter dem Titel „Der Islam und die säkulare Gesellschaft“ am 12. Mai 2015 während des ‚Bonner Forums‘ die Rolle des Islams in einer pluralistischen Gesellschaft. Interessante Impulsreferate hielten dabei **Prof. Dr. Clemens Albrecht**, Institut für Soziologie und Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau, **Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet**, Kunsthistorisches Institut der Universität Bonn, **Prof. em. Dr. Gottfried Küenzlen**, Institut für Theologie und Ethik der Universität der Bundeswehr München, sowie die beiden Islamwissenschaftler **Prof. Dr. Christine Schirmacher** und **Prof. Dr. Bülent Ucar**. ■



Die Projektmitarbeiter und Veranstaltungsgäste diskutierten mit renommierten Wissenschaftlern



Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet,
Kunsthistorisches Institut der Universität Bonn



Prof. Dr. Bülent Ucar, Institut für Islamische
Theologie der Universität Osnabrück



Prof. Dr. Christine Schirmacher,
Abteilung für Islamwissenschaft und
Nahostsprachen der Universität Bonn



Prof. em. Dr. Gottfried Küenzlen,
Institut für Theologie und Ethik der Universität der
Bundeswehr München



Prof. Dr. Clemens Albrecht, Institut für
Soziologie und Politikwissenschaft der
Universität Koblenz-Landau



Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Dr. Willi Steul, Serap Güler MdL, Alexander Marguier, Dr. Sascha Lehnartz und Prof. Dr. Claire de Galemert (v.l.n.r.)

PODIUMSDISKUSSION „JUGEND UND ISLAM – DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PERSPEKTIVEN“ AM 28. MAI 2015

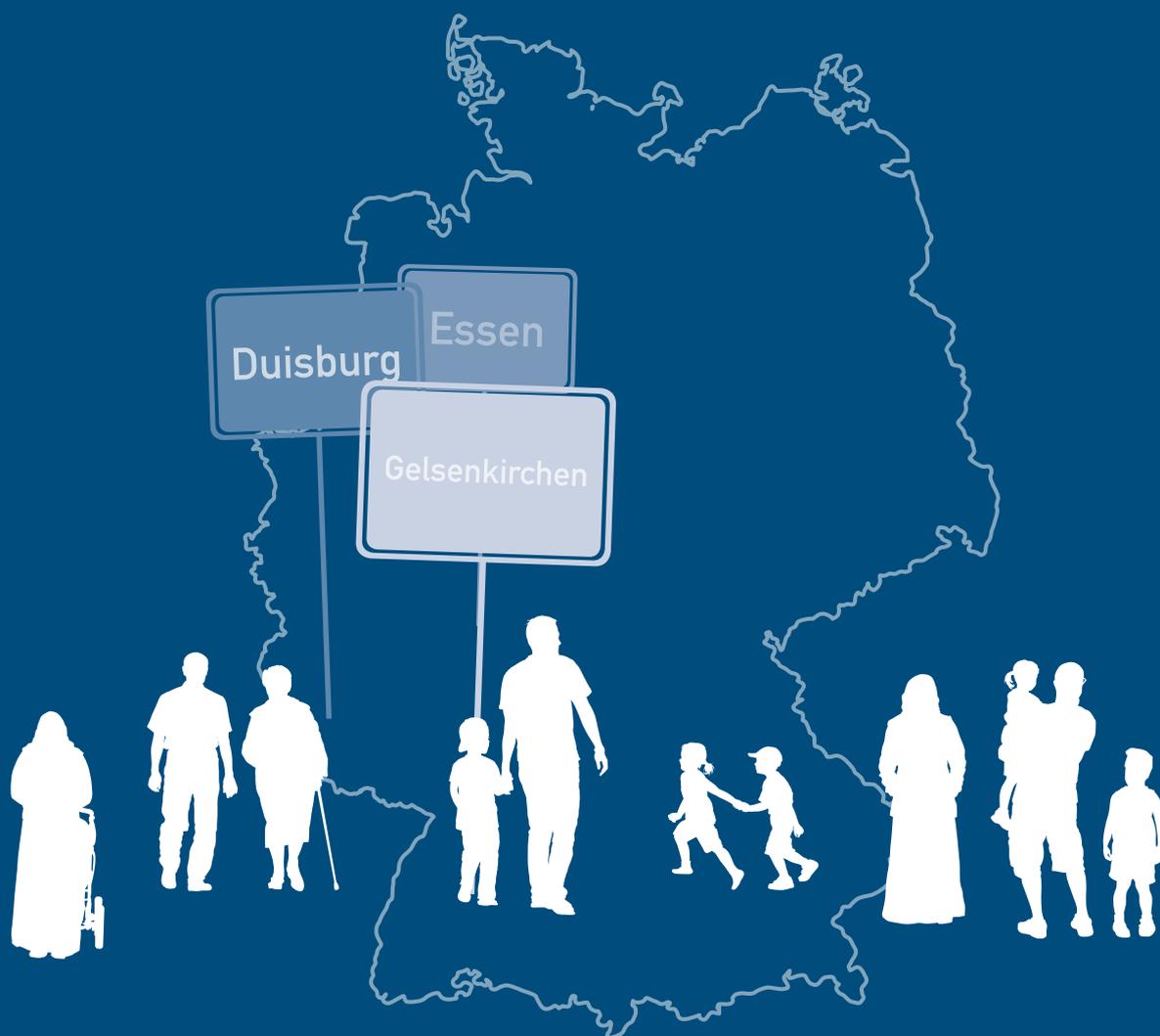
Auseinandersetzungen und Debatten rund um den Islam prägen tagtäglich die Schlagzeilen der deutschen und französischen Presse. Am 28. Mai kamen Vertreter aus der Politik, den Medien und der Wissenschaft in der Bonner Akademie zusammen, um über „Jugend und Islam – deutsch-französische Perspektiven“ zu diskutieren.

Auf dem Podium saßen **Prof. Dr. Claire de Galemert**, Soziologin am CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) in Paris, **Serap Güler**, Mitglied des Landtages und Mitglied im Bundesvorstand der CDU, **Dr. Sascha Lehnartz**, 2008 bis Ende 2014 Frankreichkorrespondent der Zeitung „DIE WELT“, **Dr. Willi Steul**, Intendant des Deutschlandradios, sowie Moderator **Alexander Marguier**, stellvertretender Chefredakteur des Magazins „CICERO“.

150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der gemeinsamen Einladung der Bonner Akademie und des Institut Français. ■



I. PRAXIS – WAS INTEGRATION UND INTEGRATIONSPOLITIK LEISTEN KÖNNEN



GELUNGENE INTEGRATION

DEBATTE, DEFINITION UND PRAKTISCHE POLITIK



Prof. Dr. Volker Kronenberg
Co-Projektleiter und Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirats der Bonner
Akademie, Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn



Marco Jelic
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn

POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

In seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 stieß der damalige Bundespräsident Christian Wulff mit der Aussage „**der Islam gehört mittlerweile auch zu Deutschland**“ eine weitreichende Debatte an. Eine Debatte über das Selbstverständnis einer Republik, die sich in den Jahrzehnten seit ihrer Gründung zu einem ethnisch und kulturell vielfältigen Land gewandelt hat und die zugleich über lange Zeit hinweg politisch uneins war, ob bzw. inwieweit Deutschland ein Einwanderungsland sei. Der Umstand, dass vor über fünfzig Jahren ein Zuzug von sogenannten „Gastarbeitern“ nach Deutschland einsetzte, veranlasste keine der etablierten Parteien im Bund über **eine systematische Integrationspolitik** nachzudenken, zumal man davon ausging, dass die meisten dieser angeworbenen Arbeitskräfte aus Süd- und Südosteuropa nach einiger Zeit in ihre Heimat zurückkehren würden. Dem war jedoch nicht so. Im Gegenteil: Viele „Gastarbeiter“ der ersten Generation blieben auf Dauer, sie trugen durch

ihre Arbeit zum Anstieg des Wohlstands und – über den „Familiennachzug“ der eigenen Angehörigen – zu einem Anstieg des Migrantenanteils an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik bei. Gegenwärtig leben **über 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland**, etwa jeder Fünfte entstammt einer Zuwandererfamilie. Während die Bevölkerungszahl insgesamt sinkt, steigt der Anteil der Migranten, von denen mehr als die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Jedes dritte in Deutschland lebende Kind hat ausländische Wurzeln. Unter Berücksichtigung von Herkunftsländern und -regionen bilden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund mit knapp 16 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von Polen mit gut acht Prozent.

Eine umfassende gesetzliche Regelung der Zuwanderung nach Deutschland, flankiert von systematischen Integrationsbemühungen, wurde erst 2005 mit dem „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ geschaffen. In der Folgezeit fanden sieben Integrationsgipfel auf politisch höchster Ebene im Bundeskanzleramt statt und es wurden ein Nationaler Aktionsplan Integration sowie die „Deutsche Islamkonferenz“ unter der Federführung des Bundesinnenministeriums ins Leben gerufen. Trotz dieser – wenn auch verspäteten – unzweifelhaft kons-

“JEDES DRITTE IN
DEUTSCHLAND LEBENDE
KIND HAT AUSLÄNDISCHE
WURZELN.”

truktiven politischen Bemühungen um eine effektive Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft und ungeachtet einer inzwischen parteiübergreifend weitgehend konsensuellen **Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik als Einwanderungsland**, ist der politisch-gesellschaftliche Konflikt um das richtige Maß an und die richtigen Maßnahmen für gelungene Integration, ja überhaupt um den angemessenen Umfang von Einwanderung noch nicht beigelegt. Publikumserfolge wie Thilo Sarrazins polemische Streitschrift „Deutschland schafft sich ab“ oder heftiger Widerspruch zu Wulffs Islam-Ausführungen verdeutlichen dies, nicht zuletzt auch ein parteiübergreifendes Ringen um die Notwendigkeit oder Wünschbarkeit eines neuen Einwanderungsgesetzes, das den Fokus im Lichte der demografischen Herausforderung weniger auf die Begrenzung als vielmehr auf die Steuerung von Einwanderung und entsprechende Integrationsmaßnahmen legt. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der wiederkehrenden Debatten um Zuwanderung und Integration, um den richtigen Umgang mit Islamkritik von populistischen Bewegungen wie Pegida, demonstrativ den Schulterschluss mit Wulff sucht und von der Notwendigkeit spricht, den „Dialog mit den Religionen noch zu verstärken“, zeigt dies, wie wichtig, aktuell und gleichzeitig komplex das Thema der Integration im Jahre 2015 ist.

DIESE KOMPLEXITÄT ERWÄCHST AUS DEM DOPPELCHARAKTER DER INTEGRATION.

Diese Komplexität erwächst aus dem Doppelcharakter der Integration. Sie enthält eine wissenschaftlich-analytische Dimension und eine politisch-normative Komponente. In der öffentlichen wie in der politischen Debatte treffen oftmals teils gegensätzliche Vorstellungen davon aufeinander, was unter „Integration“ zu verstehen sei. Mancher bezweifelt gar grundsätzlich die Tauglichkeit des Begriffs und favorisiert jenen der „Inklusion“. Doch der Inklusionsbegriff ist im öffentlichen Verständnis mit Menschen mit Behinderung verbunden, sodass eine Ausweitung des Inklusionsbegriffs auf die politisch-gesellschaftlichen Herausfor-

derungen von Integration nicht sinnvoll erscheint. Etymologisch meint Integration die „Wiederherstellung eines Ganzen“. Der Soziologe Hartmut Esser begreift Integration als „Zusammenhalt von Teilen in einem systemischen Ganzen“. Dem gegenüber stünde der Zerfall der Gesellschaft, die Segmentation. Während Esser jedoch in der Assimilation, also in der Anpassung der Migranten an die Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft, den einzigen Weg sieht, um soziale Konflikte und Segmentation zu vermeiden, plädiert eine andere Wissenschaftsströmung um Rainer Geißler für den **Mittelweg der interkulturellen Integration**. Zum einen sei diese humaner, da Migranten ein Bedürfnis danach hätten, ihre Herkunftskultur zu pflegen, zum anderen dürfe man den kulturellen Reichtum nicht „wegassimilieren“, sondern müsse die interkulturellen Potentiale nutzen. Der rein assimilative Gedanke ist im heutigen Integrationsdiskurs kaum mehr vorzufinden und wird auch von der Politik nicht länger als zielführend erachtet. Allerdings, so die Auffassung des Sozialwissenschaftlers Berthold Löffler, trete auch immer deutlicher zu Tage, dass eine Integrationspolitik, die lediglich die deutsche Sprache und das abstrakte Grundgesetz als groben Rahmen vorgebe, zu wenig sei, um eine für die Gesellschaft gemeinschaftsstiftende, verbindende Wirkung zu haben.

WAS MEINT UND WORAUF ZIELT „INTEGRATION“?

Der dem Projekt der Bonner Akademie zugrunde liegende Integrationsbegriff geht in seinem Grundverständnis von einem kulturellen Pluralismus aus, der die Akzeptanz, die Wertschätzung und den Respekt gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt nach dem Prinzip der „Einheit-in-Verschiedenheit“ voraussetzt. Integration ist zu verstehen als Wechselwirkung zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung mit Anforderungen an beide Seiten. Politisch gilt das Prinzip eines Förderns und Forderns zur Erreichung von Integration und zielt auf eine „gleichberechtigte ökonomische, rechtliche und politische Partizipation aller Bürger an den zentralen Gütern der Gesellschaft zum Zwecke der Herstellung von Chancengleichheit und des Abbaus von Diskriminierung und Ungleichheit.“ (Bundeszentrale für Politische Bildung) **Integration vollzieht sich dabei nicht in einem wertelosen Raum**. So bilden die deutsche Sprache und die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung den Rahmen, in dem Integration sich entfalten kann.



Die Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh von außen

Foto: Flickr/creative commons

Im Jahr 1952 legte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei fest, welche Prinzipien im Kern unser Gemeinwesen ausmachen. Es sind mehr als nur Begriffe, es sind **die Werte der liberalen Demokratie, der Freiheit, der Gleichheit und des Pluralismus**. Diese pluralistische Offenheit, die damals festgelegt wurde, darf nicht nur auf dem Papier, in Artikeln und Paragraphen existieren; diese fundamentalen Werte müssen tagtäglich im sozialen Miteinander gelebt werden. Daraus entwickelt sich eine Offenheit gegenüber der Vielfalt – an Meinungen, an Kulturen, an Religionen – und eine gelebte demokratische Werteorientierung, die verbindender Bestandteil und Kitt dieser Gesellschaft ist. Um diese gelebte Kultur der Anerkennung zu verankern, spielt Bildung, vor allem auch politische Bildung, eine wesentliche Rolle. So wie die Sprache gilt es auch die demokratischen Werte dieser Gesellschaft anschaulich und lebendig zu vermitteln, um die Basis, den fruchtbaren Boden für Integration zu schaffen.

Grundsätzlich müssen zwei Dimensionen der Integration unterschieden werden: die strukturell-funktionale und die kulturell-identifikatorische Integration. Strukturelle Integration meint die politische, rechtliche und sozio-ökonomische Teilhabe an/in allen Prozessen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Kulturelle Integration beinhaltet die emotive, identifikatorische Bindung an das Gemeinwesen.

“LIBERALE
DEMOKRATIE, FREIHEIT,
GLEICHHEIT UND
PLURALISMUS”

Ziel des Integrationsprozesses ist nicht die assimilative, einseitige Anpassung der Migranten an die sozio-kulturellen Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft, vielmehr gilt es, eine Akkulturation zu fördern. Einen Prozess, der in Folge von Migration durch direkten und andauernden Kontakt der Zuwanderer und Einheimischen zu Veränderungen in den Kulturen der beiden Gruppen führen kann, wobei die Bindung zum Herkunftsland mit der Bereitschaft zur Öffnung für die Mehrheitsgesellschaft einhergeht.

Zu den Parametern, die erfolgreiche Integration in diesem Projekt erfassbar, messbar und greifbar machen sollen, zählen auf Seiten der Migranten im Bereich der kulturellen Integration **die Identifikation mit „Deutschland“ und/ oder dem Herkunftsland**, wobei die Identifikationsebenen – ob Stadt, Region oder Staat – miteinbezogen werden sollen. Ebenso zählt die Einstellung zu religiösen Normen wie auch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung dazu. Ein weiterer Parameter betrifft **die sozialen Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft**, wobei die erwiesene Annahme zugrunde liegt, dass Austausch, Kontakt und Dialog integrativ förderlich sind. Auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft wiederum gilt als Parameter für das Gelingen der Integration die Offenheit gesellschaftlicher Normen, Werte und Einstellungen gegenüber einem kulturellen Pluralismus.

DAZU ZÄHLT DIE EINSTELLUNG
ZU RELIGIÖSEN NORMEN
WIE AUCH ZUR FREIHEITLICH-
DEMOKRATISCHEN GRUND-
ORDNUNG.

Strukturell-funktional zielen die Parameter auf migrantischer Seite auf die Einbeziehung in Institutionen, im Bildungswesen und im Arbeitsmarkt. Der Zugang und die Nutzung von Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Kindergärten stellt ebenfalls ein wichtiges Kriterium dar. Auch **die Partizipation der Migranten in der Zivilgesellschaft** soll eine Aussage zur strukturellen Integrationssituation ermöglichen. Spiegelbildlich erfassen die Parameter auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft den Grad der Offenheit der Institutionen.

Grundlegende Kompetenzen und durchgängige Voraussetzungen, um Integration erfolgreich zu gestalten, sind für Migranten der **Zugang zu Bildung, gute Sprachkenntnisse und Medienkompetenz**. Gerade die Sprachkenntnisse sind ein zentraler Baustein der Integration. Doch auch in diesem Bereich musste sich erst ein integrationspolitischer Perspektivenwechsel vollziehen: Kaum zehn Jahre ist es her, als verpflichtende Deutschkurse für Migranten von Teilen der politischen Elite noch als „Zwangsgermanisierung“ bezeichnet wurden. Heute ist man sich politisch einig, dass die deutsche Sprache den Schlüssel zu einer gelungenen Integration darstellt. Die Mehrheitsgesellschaft kann wiederum ihren Beitrag zur Integration durch eine institutionelle wie soziale und kulturelle Offenheit leisten.

NRW UND RUHRGEBIET

Doch diese Offenheit und Akzeptanz scheinen gesellschaftlich immer dann ins Wanken zu geraten, wenn „der Islam“ und „die Muslime“ im Fokus des Integrationsdiskurses stehen. Die Meinungen zu „dem Islam“ reichen oftmals von Skepsis über Argwohn bis hin zu offener Ablehnung, wobei letztere in dieser Zeit vor allem durch die Anhänger der Pegida-Bewegung auf die Straßen, zumeist in Ostdeutschland, getragen wird. In der Bundesrepublik leben ca. vier Millionen Muslime, davon 98 Prozent in den sogenannten „alten“ Bundesländern. Das Land Nordrhein-Westfalen, und hier im Besonderen das Ruhrgebiet, ist historisch gesehen von Zuwanderung geprägt. Der Migrantenanteil, gerade in den urbanen Ballungsräumen, ist überdurchschnittlich hoch. An Rhein und Ruhr ist Integration daher eine gesellschaftliche und politische Kernaufgabe. Nach Erhebungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW aus dem Jahr 2010 leben zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Muslime mit deutscher oder ausländischer Staatsbürgerschaft in NRW, die aus einem der 49 muslimisch geprägten Herkunftsländer stammen oder deren Eltern oder Großeltern von dort zugewandert sind. Berücksichtigt man, dass in NRW insgesamt rund 18 Millionen Menschen leben, beträgt **der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes zwischen 7 und 8 Prozent**. Dies ist anteilig eine etwas höhere Quote als für ganz Deutschland mit einem Wert von rund 5 Prozent. Die deutliche Mehrheit stammt mit einem Anteil von 63,5 Prozent aus der Türkei. Aus der Studie des Arbeits-, Integrations- und Sozialministeriums geht hervor, dass Muslime durchschnittlich strukturelle Integrationsde-

fizite im Bereich der Bildung und des Arbeitsmarktes aufweisen. Doch es gilt zu differenzieren: Während Muslime aus dem Iran und aus Südostasien durchschnittlich ein hohes Bildungsniveau erreichen, weisen Muslime aus der Türkei im Vergleich das niedrigste auf. Die Erwerbstätigenquote liegt bei ca. 66 Prozent (deutschlandweit 72 Prozent). Insgesamt, so die Studie des Ministeriums, schneidet unter den Muslimen, was die strukturelle Integration anbelangt, die türkische Community am schwächsten ab.

Betrachtet man die Glaubensrichtungen der in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime, zeigt sich erwartungsgemäß, dass die sunnitische Glaubensrichtung stark vertreten ist. Der **Anteil der Sunniten** unter den Muslimen beträgt **80,4 Prozent**. Die **Aleviten** stellen mit **9,1 Prozent** die zweitgrößte Glaubensgruppe dar. Es folgen **Schiiten** mit einem Anteil von **6,1 Prozent**. Von den Muslimen in Nordrhein-Westfalen gehören weiterhin kleinere Gruppen der Glaubensgemeinschaft der Ahmadiyya, der Ibadiyya oder den Sufi/Mystikern und anderen nicht näher spezifizierten Konfessionen an. Die Studie des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales kommt zu dem Ergebnis, dass die Religion für Muslime in Nordrhein-Westfalen insgesamt eine größere Rolle spielt als bei Muslimen bundesweit. Rund **43 Prozent der Muslime in NRW bezeichnen sich** laut der Befragung **als „sehr stark religiös“**. Diese Religiosität spiegelt sich aber nicht im Organisationsgrad religiöser Vereine wider. Nur 24,8 Prozent der Muslime organisiert sich in religiösen Organisationen und Vereinen, der Großteil in nicht-religiösen (Sportvereine, Gewerkschaften etc.). Unter den religiösen Vereinen ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) der größte in NRW. Die im Bau befindliche Zentralmoschee liegt in Köln. Als integratives Musterbeispiel, gar als „Wunder von Marxloh“, gilt die DITIB Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh. Seit ihrer Eröffnung 2008 ist sie ein religiöser und kultureller Ort des Austausches und ein selbstverständlicher Bestandteil der Duisburger Stadtgesellschaft.

Einwanderung und kulturelle Vielfalt waren historisch gesehen schon immer prägend für die Region an Rhein und Ruhr. Auch oder gerade deswegen gingen integrationspolitische Impulse oft von dieser Metropolregion im Westen aus. So war es der ehemalige Ministerpräsident des Landes NRW, Heinz Kühn, der im Auftrag der damaligen Bundesregierung 1979 mit dem „Kühn-Memorandum“ einen ersten integrationspolitischen Gestaltungsversuch vorlegte, dessen

EINWANDERUNG & KULTURELLE VIELFALT WAREN SCHON IMMER PRÄGEND FÜR DIE REGION AN RHEIN UND RUHR.

weitreichende Maßnahmen damals jedoch aufgrund des fehlenden politischen Willens nur unzureichend umgesetzt wurden. Erst knapp 20 Jahre später, 1998, mit der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder, war der Wille, die Themen **Zuwanderung und Integration auf die bundespolitische Agenda zu setzen**, stärker vorhanden. Ein wichtiges, landespolitisches Signal, das den Stellenwert einer gestaltenden, aktiven Integrationspolitik in NRW unterstreicht, war die Schaffung eines Integrationsministeriums im Jahr 2005 unter der schwarz-gelben Regierung Jürgen Rüttgers' (CDU). Integrationsminister Armin Laschet (CDU) sah in der Integration der Migranten die „dritte deutsche Einheit“, die es zu vollenden gelte, nach der Integration der Heimatvertriebenen und der Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, die Ausbildung islamischer Imame an den Hochschulen des Landes NRW – all dies waren weitere integrationspolitische Schritte, um insbesondere den interreligiösen Dialog zu fördern. Die verschiedenen Maßnahmen mündeten 2012 in der Verabschiedung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Das Herzstück des Gesetzes – im Übrigen das erste seiner Art in einem deutschen Flächenland – bilden die „Kommunalen Integrationszentren“. Aufgabe dieser Zentren ist einerseits die Bündelung, Förderung und Koordinierung lokaler Integrationsprojekte, vor allem im Bereich der Bildung, aber auch Integration als Querschnittsaufgabe in der Kommune zu verankern. Es ist der innovative politische Versuch, die Integration vor Ort, im Lokalen, landesweit zu koordinieren und zu strukturieren. Genau in diesem Bereich bewegt sich auch das Projekt der Bonner Akademie. Es soll einen Beitrag leisten, die vielseitigen kommunalen Integrationsbemühungen und -akteure, speziell im Ruhrgebiet, zu erfassen und zu beleuchten, um daraus praktische Handlungsstrategien für eine bedarfsorientierte, zielführende Integrationsarbeit vor Ort, im Ruhrgebiet, abzuleiten. ■

PARAMETER ERFOLGREICHER INTEGRATION – EIN MODELL ¹



¹ Zusammengestellt von Karsten Jung, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

MUSLIME IN NRW UND IM RUHRGEBIET ¹

Statistisch aussagekräftige und belastbare Zahlen zur Anzahl der Muslime in Deutschland zu finden, gestaltet sich schwierig. Die Angabe, zu welcher Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung man sich hingezogen fühlt, erfolgte bei der letzten Volkszählung ZENSUS 2011, nur auf freiwilliger Basis,² was zur Folge hatte, dass sich nur 1,9 Prozent³ der Befragten zum Islam bekannte. Laut Berechnungen in einschlägigen Studien⁴ wird der Anteil der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 5 Prozent (zwischen 3,8 und 4,2 Millionen Muslime) deutlich höher eingeschätzt.

Bundesrepublik Deutschland

- Rund 81 Millionen Einwohner
- Rund 5 Millionen Muslime
- = rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung

Die Quote der Muslime in **Nordrhein-Westfalen** liegt höher: Hier leben zwischen **1,3 und 1,5 Millionen Muslime**⁵ mit einer deutschen oder ausländischen Nationalität, die aus einem von 49 muslimisch geprägten Herkunftsländern stammen. Bei einer Gesamtbevölkerung in NRW von rund 18 Millionen Menschen, liegt der Anteil der Muslime demnach zwischen 7 und 8 Prozent.

Der Großteil der Menschen mit muslimischem Glauben in Nordrhein-Westfalen lebt im **Ruhrgebiet**,⁶ wo nach Schätzungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zwischen **500.000 und 700.000** Muslime heimisch sind.⁷

Stadt	Einwohner gesamt ⁸	Geschätzte Einwohnerzahl Muslime ⁹
Essen	569.884	40.000 – 50.000
Duisburg	486.855	45.000 – 50.000
Gelsenkirchen	257.850	40.000

Nach Schätzungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung¹⁰ stehen Muslimen in Deutschland **2.350 Moscheen** zur Verfügung.¹¹ Von rund **840** Moscheen in Nordrhein-Westfalen befinden sich ca. **370** im Ruhrgebiet.¹² Die Anzahl der Moscheevereine in den Städten Essen, Duisburg und Gelsenkirchen schätzen die Verantwortlichen wie folgt:

Stadt	Geschätzte Anzahl der Moscheevereine ¹³
Essen	25
Duisburg	37
Gelsenkirchen	20

ANMERKUNGEN:

¹ Zusammengestellt von Jonas Fehres, Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

² Fragebogen online abrufbar: https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fragebogen/Fragebogen_Haushaltebefragung.pdf?__blob=publicationFile&v=13

³ Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage von Ferda Ataman: Wer ist Moslem und wenn ja, wie viele?, in: <http://mediendienst-integration.de/artikel/wer-ist-muslim-und-wenn-ja-wie-viele.html>. (abgerufen am 18. Mai 2015)

⁴ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg 2009.

⁵ Vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (Hrsg.): Muslimisches Leben in NRW, Düsseldorf 2010.

⁶ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland.

⁷ Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW, auf Anfrage der Verfasser.

⁸ Information und Technik Nordrhein-Westfalen: Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte in NRW. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus vom 9. Mai 2011, in: <https://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/eckdaten/r511dichte.html>. (abgerufen am 8. Mai 2015)

⁹ Schätzung der zuständigen Verwaltungsstellen der jew. Kommune auf Anfrage der Verfasser.

¹⁰ Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung: Muslimische Gebetshäuser. Begegnungen im Ruhrgebiet, in: <http://zfti.de/veranstaltungen/muslimische-gebetshaeuser-begegnungen-im-ruhrgebiet>. (abgerufen am 5. Mai 2015)

¹¹ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg 2012.

¹² Zahl einschließlich der alevitischen Cem-Häuser.

¹³ Schätzung der Kommunalen Integrationszentren der jew. Kommune auf Anfrage der Verfasser.

¹³ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland.

AUS DER STUDIE „MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES (HRSG.): MUSLIMISCHES LEBEN IN NRW, DÜSSELDORF 2010.“

Herkunft der in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime

- Betrachtet man die Zusammensetzung der in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime nach ihrer Herkunft, zeigt sich, dass mit einem Anteil von 65,3 Prozent die deutliche Mehrheit aus der **Türkei** stammt.
- Bei der zweitgrößten Gruppe handelt es sich um **Muslime aus Südosteuropa**, die mit einem Anteil von 10,8 Prozent vertreten sind. Jeweils 9 Prozent der Muslime sind aus **Nordafrika** und dem **Nahen Osten** zugewandert bzw. weisen einen entsprechenden Migrationshintergrund auf. Muslime aus **Süd-/Südostasien, Iran und dem sonstigen Afrika** stellen zusammen 5,4 Prozent der in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime. 0,4 Prozent der nordrhein-westfälischen Muslime kommen aus **Zentralasien/GUS**.

Konfessionszugehörigkeit

- Der Anteil der **Sunniten** unter den in den Haushalten lebenden Muslimen beträgt 80,4 Prozent.
- Die **Aleviten** stellen mit 9,1 Prozent die zweitgrößte Glaubensgruppe dar, gefolgt von den **Schiiten** mit einem Anteil von 6,1 Prozent. Von den Muslimen in Nordrhein-Westfalen gehören weiterhin kleinere Gruppen der Glaubensgemeinschaft der Ahmadiyya, der Ibadiyya oder den Sufi/Mystikern und anderen nicht näher spezifizierten Konfessionen an.

Altersdurchschnitt

- Der Altersdurchschnitt der muslimischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen beträgt **30,5 Jahre**. Es handelt sich also um eine relativ junge Bevölkerungsgruppe.

Religiöse Selbsteinschätzung und Glaubenspraxis

- Die häufigste genannte Selbsteinschätzung in Bezug auf ihren Glauben lautet bei den nordrhein-westfälischen Muslimen „eher gläubig“ (47,9 Prozent), gefolgt von „sehr stark gläubig“ (42,9 Prozent). Demgegenüber ist der Anteil der Befragten deutlich geringer, der angibt, „eher nicht gläubig“ (6,1 Prozent) oder „gar nicht gläubig“ (3,1 Prozent) zu sein. Im Vergleich zeichnen sich die Muslime in Nordrhein-Westfalen durch eine stärkere Religiosität aus als Muslime bundesweit.¹³
- 38,4 Prozent der befragten Muslime in Nordrhein-Westfalen **beten** nach eigenen Angaben **täglich**.
- Muslime in Nordrhein-Westfalen begehen religiöse Feste und Feiertage deutlich häufiger als Angehörige einer sonstigen Religion. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass drei Viertel aller befragten Muslime auf die Frage, ob die großen religiösen Feste der eigenen Religionsgemeinschaft begangen werden, mit ja antworten.

Mitgliedschaft in Vereinen

- Insgesamt sind 54,1 Prozent der befragten nordrhein-westfälischen Muslime **Mitglied in einem Verein**. Die mit deutlichem Abstand häufigste Nennung ist hier die Mitgliedschaft in einem deutschen Sportverein.
- Der **Organisationsgrad** der Muslime in einer religiösen Gemeinde oder einem religiösen Verein ist mit einem Anteil von 24,8 Prozent im Vergleich dazu relativ gering.

MUSLIME IM RUHRGEBIET – DIALOG FÖRDERN, TEILHABE VERWIRKLICHEN

KURZANALYSE DER LEITFADENGESTÜTZTEN EXPERTENINTERVIEWS



Marco Jelic
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn

1. METHODIK UND FRAGESTELLUNG

Im Zuge des Projektes „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ wurden in der ersten Phase der Bestandsaufnahme **21 qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews** durchgeführt. Ziel war es, durch die Befragung relevanter, in den Integrationsprozess involvierter Akteure, einen breiten Überblick über die Situation im Ruhrgebiet zu gewinnen, um so positive Errungenschaften wie auch Bedarfe, Probleme und Herausforderungen des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens ansatzweise herauszufiltern. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, sie findet in allen gesellschaftlichen Systemen statt. Es ging demnach darum, sich ein möglichst breitgefächertes Bild zu machen und die Integrationsthematik im Hinblick auf die Muslime aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten: Wie gestaltet sich das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen im Ruhrgebiet? Welche Strukturen gibt es schon auf kommunaler Ebene? Wo besteht Nachhol- und Handlungsbedarf? Wie und auf welcher Ebene kann die Politik Integration steuern? Welchen Beitrag leisten die Träger von lokalen Integrationsprojekten in Bezug auf die Jugend- und Altenhilfe? Welche Rolle spielen die Moscheegemeinden im Integrationsprozess? Das Spek-

trum der befragten **Experten** umfasst Wissenschaftler, Vertreter der Landes- und Bundespolitik, die Leiter der Kommunalen Integrationszentren, lokale Projektverantwortliche in der integrativen Jugend- und Altenhilfe, Akteure des Bildungssystems und der Arbeitswelt sowie die Vertreter der Kirchen und Moscheegemeinden. Was die methodische Durchführung anbelangt, so wurden die Fragenkataloge aus einem allgemeinen Pool an Fragen erstellt und auf jeden Akteur und seinen Bereich zugeschnitten. Die Interviews fanden im Zeitraum vom 22. April bis zum 13. Mai 2015 – teils telefonisch, mehrheitlich jedoch im persönlichen Gespräch – statt.¹ Die für das Projekt ausgewählten, exemplarischen „Leuchtturm-Städte“ im Ruhrgebiet waren **Essen, Duisburg** und **Gelsenkirchen**. Dem Anspruch einer allumfassenden Repräsentativität kann durch eine inhaltlich zwar breit angelegte, aber letztlich doch stichprobenartige Auswahl nicht Genüge getan werden. Vielmehr vermag die Auswertung der Interviews, Tendenzen, Zielrichtungen und Problemstellungen aufzuzeigen, die wiederum in den weiteren Projektphasen eine sinnvolle, lösungsorientierte Vertiefung und Spezialisierung ermöglichen.

“INTEGRATION IST EINE QUERSCHNITTSAUFGABE, SIE FINDET IN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN SYSTEMEN STATT.”

2. ANALYSE DER AKTEURSGRUPPEN

In Auszügen sollen im Folgenden zentrale Aussagen der Experteninterviews mit Blick auf die verschiedenen Akteursgruppen dargestellt werden.

A. WISSENSCHAFTLER

Professor Aladin El-Mafaalani lehrt an der FH Münster im Fachbereich Sozialwesen. Als Experte für die Themen Migration und Integration mit dem Schwerpunkt auf der Stadt- und Kommunalpolitik sieht er die Ursachen für Probleme im Ruhrgebiet vor allem in den sozialen Verwerfungen – also in hoher Arbeitslosigkeit sowie in struktur- und finanzschwachen Kommunen:

Aladin El-Mafaalani:

„Segregation wird dann zum Problem, wenn Armut und prekäre Verhältnisse die Ursache sind. Im Ruhrgebiet lebten alle in Arbeitervierteln, dann sind durch den Strukturwandel die Arbeitsplätze weggebrochen. Das ist das Typische für das Ruhrgebiet. Das heißt, hier korrelieren Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit. (...) Das Wichtigste für die Integration ist der Arbeitsmarkt.“



Eine weitere Hürde liege, so Professor El-Mafaalani, in diskriminierenden Strukturen, die den Zugang beispielsweise zum Arbeitsmarkt für muslimische Jugendliche erschweren würden. Dennoch gehe die Entwicklung der letzten 20 Jahre im Ruhrgebiet in Sachen Teilhabe und Partizipation „in die richtige Richtung“. Wichtig sei dabei, das Ruhrgebiet wieder strukturell „attraktiv“ zu machen.

Aladin El-Mafaalani:

„Man muss die benachteiligten Viertel attraktiv machen. Damit Unternehmen da bleiben und damit die Jugendlichen, die dort Abitur machen, nicht wegziehen. (...) Ich plädiere deshalb für einen kommunalen Finanzausgleich, wenn beispielsweise ein Jugendlicher in Dortmund ausgebildet wurde und dann nach Köln zieht, dass Köln im Gegenzug der Stadt Dortmund einen finanziellen Ausgleich zahlt, um so den Strukturwandel voranzutreiben. Denn die kommunalen Finanzen sind entscheidend. Zu viele Maßnahmen werden auf Landesebene und Bundesebene verwaltet, das Problem, worüber wir die ganze Zeit sprechen, ist aber ein städtisches, so dass nur die Stadt selbst es regeln kann. Aber genau diese Städte haben dann eine Haushaltssperre aufgrund ihres katastro-

phen Haushalts. Das ist der Punkt, über den man reden muss. Alles andere sind Luftschlöser.“

B. POLITIKER

Die Politik gibt den gesetzlichen Rahmen vor, innerhalb dessen sich Integrationsprozesse vollziehen können. Auf Landesebene wurden Interviews mit den NRW-Landtagsabgeordneten **Serdar Yüksel** (SPD), **Serap Güler** (CDU) und **Arif Ünal** (Bündnis 90 / Die Grünen) geführt. Die Bundestagsabgeordnete **Cemile Giousouf** (CDU) wurde als Akteurin der bundespolitischen Ebene interviewt.

Allen Politikern wurde zu Beginn des Gesprächs dieselbe Frage gestellt:

„Wie würden Sie den Begriff ‚Integration‘ möglichst knapp und eindeutig definieren? Welche Kriterien würden Sie an eine gelungene Integration anlegen?“

Serdar Yüksel:

„Integration bedeutet für mich unter Wahrung der kulturellen, der sprachlichen und der religiösen Identität ein gleichberechtigtes Mitglied der Mehrheitsgesellschaft zu sein.“



Serap Güler:

„Integration heißt für mich Teilhabe an der Gesellschaft. Die wichtigsten Indikatoren für eine gelungene Integration sind einerseits der Erwerb der Landessprache, weil eine gesellschaftliche Teilhabe sonst nicht möglich ist. Zum Zweiten gehört für mich Arbeit dazu, weil eine Integration in den Arbeitsmarkt über finanzielle Unabhängigkeit andere Möglichkeiten eröffnet.“



Arif Ünal:

„In der Bundesrepublik ist eine multiethnische, eine multireligiöse Gesellschaft entstanden. Es ist eine vielfältige Gesellschaft und die Gemeinsamkeit ist unser Grundgesetz. Deswegen sage ich: Vielfalt in Einheit, Vielfalt unter dem Dach des Grundgesetzes.“



Cemile Giousouf:

„Integration bedeutet für mich, dass jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft oder Konfession gleiche Chancen hat, ohne aufgrund dessen diskriminiert zu werden.“



Dies erfordert sowohl von Migranten als auch von der Mehrheitsgesellschaft eine aktive Mitsteuerung des Integrationsprozesses. Migranten haben die Pflicht die Sprache zu lernen und das Grundgesetz zu akzeptieren, andererseits muss die Mehrheitsgesellschaft sich auf behördlicher Ebene und in Bezug auf den Arbeitsmarkt öffnen.“

Die Definitionen zeugen parteiübergreifend von einem gemeinsamen Grundverständnis, das Teilhabe und Chancengerechtigkeit unter Wahrung kultureller Vielfalt auf dem Fundament des Grundgesetzes gewährleistet. Gleichzeitig wird die beidseitige aktive Gestaltung der Integration vorausgesetzt. In der Beurteilung der Integration der Muslime aus der ersten „Gastarbeitergeneration“ waren die Experten sich einig, dass diese zwar in den Arbeitsmarkt integriert waren, sprachlich und gesellschaftlich jedoch weitestgehend isoliert blieben. Was die jüngeren Generationen von Muslimen betrifft, fällt die Analyse der Politiker differenzierter, teils sogar gegenläufig aus. Man könne zwar einerseits einen Anstieg an Bildungsaufsteigern beobachten, andererseits bestünden in der Breite immer noch strukturelle Hürden bei der Integration im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sowie Rückzugstendenzen in die eigenen kulturellen Milieus aufgrund von Diskriminierungserfahrungen.

Arif Ünal:

„Für die zweite und dritte Generation, die hier geboren und aufgewachsen sind, ist dieses Land die Heimat. Sie sind hier geboren, gehen hier zur Schule und haben deutsche Freunde. Sie sprechen die Sprache und haben die gleichen Laufbahnen. Sie können sich nicht anders definieren. Für diese Generationen sehe ich kein Problem, sie haben sehr interkulturelle Freundschaften. Sie sind interkulturell orientiert, das ist eine zusätzliche Kompetenz.“

Serap Güler:

„Gerade bei jüngeren Muslimen ist auch das Phänomen der Segregation zu beobachten. Die Integration ist teilweise schlechter gelungen als bei Kindern der Gastarbeitergeneration. Das hat viel damit zu tun, dass die junge Generation von Muslimen ein anderes Bewusstsein für Ausgrenzung und Diskriminierung hat. Solche Dinge gehen nicht an ihnen vorbei. Die Gastarbeitergeneration hat vieles noch als gegeben hingenommen, ohne es zu hinterfragen. Das ist der große Unterschied. Schlechte Erfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft führen zu Rückzug und Abspaltung. Das Gefühl, dass man unerwünscht ist, führt dazu, dass man nur noch mit Seinesgleichen verkehrt.“

Die politischen Steuerungsmöglichkeiten von Integrationsprozessen sind von Ebene zu Ebene unterschiedlich. Jedoch würden Gesetze alleine nicht ausreichen, um Integration erfolgreich zu gestalten, betont Serdar Yüksel.

Serdar Yüksel:

„Es braucht vor allem einen Mentalitätswechsel mit dem Ziel, bei allen gesellschaftlich relevanten Gruppen eine Willkommenskultur zu etablieren. Die Gesellschaft muss erkennen, dass Deutschland multiethnisch und multikulturell ist. Eine Willkommenskultur muss tagtäglich von Menschen vor Ort gelebt werden. Das geht nicht über Gesetzestexte.“

Arif Ünal sieht in diesem Zusammenhang auch die politischen Akteure in der Pflicht, die Diskurse, Wahrnehmungen und Einstellungen in der Gesellschaft mitprägen würden.

Arif Ünal:

„Die Politik kann nicht alles regeln, aber sie hat eine große Verantwortung. Die in dieser Gesellschaft vorhandenen Vorurteile entstehen nicht aus heiterem Himmel. Sie werden sichtbar durch Bewegungen wie Pegida oder durch Äußerungen und Positionen der politischen Elite. Wir brauchen zunächst einmal einen verantwortungsvollen Umgang mit der Vielfalt in unserem Land.“

Die Bundespolitik könne gesetzgeberische Weichen stellen und Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, so die Bundestagsabgeordnete Giousouf.

Cemile Giousouf:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft ist für Menschen aus sogenannten Drittstaaten mit Sicherheit ein emotional wichtiges Thema, was die CDU mittlerweile auch erkannt hat. Viel wichtiger ist jedoch die Frage danach, wieviel Geld in Bildungsprojekte investiert wird.“

Für Serap Güler spielen die Kompetenzen auf Länder-ebene für die Integrationspolitik die entscheidende Rolle.

Serap Güler:

„Viel wichtiger sind aber die Länder, weil sie den Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung gestalten. Politik muss dafür Sorge tragen, dass Kinder mit Migrationshintergrund schon in der Kita Sprachförderung erhalten, um in der Schule gegenüber den anderen keine Nachteile zu haben.“

C. KOMMUNALE AKTEURE, LOKALE PROJEKTE

Mit dem Integrations- und Teilhabegesetz im Jahr 2012 entstanden landesweit Kommunale Integrationszentren (KIZ) zur Koordinierung und Bündelung der lokalen Integrationsprojekte. Als Experten für die kommunale Ebene fungierten somit **Mustafa Cetinkaya**, Leiter des Gelsenkirchener Integrationszentrums, **Dr. Helmuth Schweitzer**, Leiter in Essen, sowie **Elisabeth Pater**, Leiterin des KIZ in Duisburg. Alle drei Leiter betonen die Bedeutung nachhaltiger Dialogstrukturen für die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und Moscheegemeinden in der Kommune.

Elisabeth Pater:

„Auf Dauer ist es wichtig, dass man die Moscheegemeinden einbindet und zwar langfristig. Das geschieht momentan auf unterschiedliche Weise, etwa über Stadtteil-Arbeitskreise und Runde Tische. Hier sind die Moscheegemeinden direkt in kommunalen Strukturen eingebunden. Straßenfeste fördern die Integration auch und sind wichtig, weil sie Spaß machen. Hier wird die bunte Vielfalt einer heterogenen Gesellschaft positiv für die Mehrheitsbevölkerung dargestellt und das Selbstwertgefühl der Menschen mit Migrationshintergrund gestärkt. Wichtiger als Straßenfeste ist jedoch langfristige Netzwerkarbeit.“



Dr. Helmuth Schweitzer:

„Das Problem, das ich sehe, ist, dass diese Angebote, wie der Tag der offenen Moschee, vor allem von Leuten genutzt werden, die ohnehin guten Willens sind. Sie können am 3. Oktober zum Tag der offenen Moschee einladen, damit die Nachbarn sehen, dass es nichts anderes als in der Kirche ist und sie so die Angst etwas verlieren. Aber Menschen, die keine Affinität zu Religionen haben, werden da auch nicht hingehen. Zwar ist das Interesse an Moschee-Führungen in den letzten Jahren gewachsen, doch auch das geschieht durch Multiplikatoren. Bis eine Moschee in der Nachbarschaft als selbstverständlich angesehen wird, dauert es seine Zeit, weshalb wir unsere Projekte langfristig angelegt haben. Alles in allem hat sich aber in den letzten 15 Jahren die Öffnung der Kommunen zu den Moscheen positiv entwickelt.“



Mustafa Cetinkaya:

„Wir in Gelsenkirchen verfügen im Bereich der Integrationsprojekte über sehr spezifische Maßnahmen, um zum Beispiel die Bildungssituation von jungen Menschen an-

zugleichen. Wir haben erkannt, dass junge Migranten oftmals nicht so gute Schulabschlüsse erreichen wie gleichaltrige Einheimische. Aus diesem Grund bieten wir gezielt Förderunterricht an, um junge Migranten zu fördern. So können sie bessere Abschlüsse erreichen, haben größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und stehen insgesamt sozial besser da. Ein weiteres Integrationsprojekt, welches wir betreuen, ist das Projekt ‚Brücke – Eltern für Eltern‘. Wir haben herausgefunden, dass vielen Eltern mit Migrationshintergrund wichtiges Wissen im Bereich der Bildung und Betreuung ihrer Kinder fehlt. Mit Hilfe des Projektes informieren sich die Eltern selbst oder über Referenten.“



Neben der Förderung von Bildungsangeboten widmen sich die KIZ der Umsetzung von Integration als Querschnittsaufgabe, was auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und Behörden betrifft. In diesem Punkt sieht der ehemalige Polizeidirektor und Integrationsexperte **Dr. Bernd Liedtke** noch Nachholbedarf in Nordrhein-Westfalen:

Dr. Bernd Liedtke:

„Wir müssen den Anteil von interkulturellen Fortbildungen in der öffentlichen Verwaltung deutlich erhöhen. Wir müssen an die Amtsleiter ran und sie für das Thema Integration sensibilisieren. Wir brauchen auch spezifische Fortbildungen für Polizisten. Es ist ein Unterschied, ob ich in Kleve oder in Dortmund Streife fahre. Polizisten im Ruhrgebiet brauchen aufgrund der heterogenen Gesellschaftsstruktur eine besondere interkulturelle Sensibilisierung.“



Der Wunsch nach Professionalisierung der muslimischen Organisationen und Verbände ist sowohl auf Seiten der Kommune vorhanden als auch auf Seiten der Vereine selbst. So können diese als Dialogpartner und Sprachrohr ihre Anliegen kommunizieren. Dieses Ziel verfolgt das vom Goethe-Institut initiierte und u.a. in Essen ansässige Projekt „Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure“ unter der Leitung von **Sebastian Johna**. In Essen arbeitet Johna eng mit der „Kommission Islam und Moscheen“ zusammen.

Sebastian Johna:

„Wir wollten Funktionsmitglieder, d. h. Vorstände, Imame, also eher ältere Menschen weiter qualifizieren, sprachlich und inhaltlich, damit sie ihre täglichen Aufgaben besser erfüllen können. Unser Ziel war es, muslimi-

sche Funktionsträger weiter zu professionalisieren. Da gab und gibt es einen großen Bedarf.“

Während zunächst nur Professionalisierung der Vorstände als Ziel angedacht war, soll jetzt auch die muslimische Jugend durch eine gemeinsame Plattform zu Partizipation und Engagement animiert werden.

Sebastian Johna:

„Wir wollen die Teilhabe junger Muslime an der Stadtgesellschaft stärken. Hier geht es nicht um ihre Qualifikation, sondern um die Schaffung bzw. das Aufzeigen von Teilhabemöglichkeiten.“

Neben der Zusammenarbeit mit Moscheevereinen gibt es im Ruhrgebiet zahlreiche Initiativen, die sich gezielt der interkulturellen Kinder- und Jugendförderung in der Kommune widmen. Zu nennen wäre der Verein PLAN B Ruhr, der ein breites Leistungsspektrum der interkulturellen Kinder- und Jugendhilfe anbietet – von der sozialpädagogischen, ambulanten Betreuung von benachteiligten Familien über die Schulförderung bis hin zu der Pflegekinderhilfe. All dies findet in enger Kooperation mit den kommunalen Jugendämtern statt. Die interkulturelle Ausrichtung von PLAN B mit 80 Mitarbeitern aus 24 Nationen erleichtert Zugänge zu den muslimischen Familien, vor allem bei der Lernförderung, erklärt die Geschäftsführerin **Gülseren Celebi**.

Gülseren Celebi:

„Wir bieten vor Ort in den Schulen Lernförderung an. Wir haben auch Personal vor Ort, Lehramtsstudenten als Honorarkräfte, die multikulturell aufgestellt sind. So entsteht eine institutionelle Nähe, die total wichtig für die Familien ist. Die Familien wissen, wenn ich zum PLAN B komme, werde ich jemanden finden, der meine Sprache spricht. In den Schulen, wo wir sind, funktioniert das. Die Eltern wissen, dass sie da kommunizieren können.“



Was die dritte Generation der muslimischen Jugendlichen angeht, zeichnet sie ein eher pessimistisches Bild, sieht aber die Lösungspotentiale bei den Eltern:

Gülseren Celebi:

„Was Integration angeht, würde ich sagen, dass die deutsche Politik und Gesellschaft, die dritte Generation verloren hat. Ich denke, die vierte Generation sollte man gewinnen. (...) Man muss tatsächlich im Kindergarten anfangen und die Familien erreichen, um präventiv zu

wirken. Wir brauchen mehr Elternbildungsangebote, kultursensibel und mehrsprachig. Ich bin eine Verfechterin der Erziehungshilfe, ich würde daher bei den Eltern ansetzen und sagen: Wenn es den Eltern gut geht, geht es den Kindern gut.“

Einen innovativen Ansatz verfolgt das Projekt „Heroes – Gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre, ein Projekt für Gleichberechtigung von Jungs e.V.“ aus Duisburg. Jugendliche mit zumeist muslimischem Glaubenshintergrund werden zu Multiplikatoren ausgebildet und leiten in Schulen Workshops zu den Themen Geschlechterungerechtigkeit, stereotype Rollenzuschreibungen und soziale Stigmatisierung. Letztes Jahr erreichten die „Heroes“ mit ihrer Sensibilisierungsarbeit rund 1200 Schülerinnen und Schüler, berichtet die Projektleiterin **Susanne Lohaus**.

Susanne Lohaus:

„Wir arbeiten in den drei- bis vierstündigen Workshops in Rollenspielen. Es wird viel über das Thema Geschlechterungerechtigkeit diskutiert, auch emotional. Wichtig ist uns, dass wir den Jugendlichen Denkalternativen anbieten. Wir haben die Wahrheit nicht gepachtet, wir wollen die Jugendlichen zum Nachdenken animieren. (...) Uns geht es vornehmlich um die Auseinandersetzung mit bestehenden Männerrollen. Die Jungs sagen oft: ‚Wir werden von außen in eine bestimmte Schublade gesteckt, das möchten wir nicht‘. Das macht sie regelrecht wütend. Sie ziehen sich nicht zurück, sondern wollen das Problem der Rollensigmatisierung lösen. Sie wollen nicht die muslimischen ‚Vorzeigjungs‘ sein, sondern sagen: ‚Wir haben ein gesellschaftliches Problem mit Sexismus, das möchten wir lösen.‘ Es geht um eine Rollenemanzipation. (...) Das Feedback in den Klassen ist immer sehr positiv. (...) Am Anfang des Workshops denken viele muslimische Jugendliche: ‚Oh nein, das Ganze geht gegen meine Religion und Kultur.‘ Dadurch, dass unsere Jungs selbst einen muslimischen Hintergrund haben, ist dieses Problem schnell aufgelöst.“



Das Projekt soll auch die Wahrnehmung junger Muslime in der Öffentlichkeit positiv verändern.

Susanne Lohaus:

„Wir wollen Jungs in den Fokus setzen, die die Mehrheit repräsentieren. Die Mehrheit der muslimischen Jungs hat kein Problem mit Ehrunterdrückung. Wir wollen das über unser Projekt in die Öffentlichkeit transportieren

und die Wahrnehmung dahingehend verändern. Natürlich sind wir, besonders unsere Jungs, harten Diskussionen ausgesetzt. Oft schlägt ihnen Rassismus entgegen.“

Der Ort, wo Integration tagtäglich stattfindet, wo Weichen gestellt und Einstellungen geprägt werden, ist die Schule. Die Herbert-Grillo-Gesamtschule in Duisburg-Marxloh hat einen Migrantenanteil von rund 90%. Der Großteil stammt aus dem türkisch-sunnitischen Kulturkreis. Die Schule verfügt über ein integratives Leitbild, ein interkulturelles Lehrerzimmer, aber auch über das Klassenzimmer hinaus, versteht sie sich als Stadtteil-Schule, die die Integration als Akteur vor Ort, im Austausch mit der Kommunalpolitik, mitgestaltet. Schulleiter **Thomas Zander** sieht Bildungsdefizite in sprachlichen Mängeln und bildungsfernen Elternhäusern begründet. Wichtig sei es, den Schülerinnen und Schülern Perspektiven aufzuzeigen.

Thomas Zander:

„Uns ist es auch wichtig, unsere Schülerinnen und Schüler über den schulischen Rahmen hinaus für die Gesellschaft fit zu machen. Es ist ganz wichtig, mit ihnen aus Marxloh rauszugehen. Für viele ist die Duisburger Innenstadt schon eine ganz andere Welt. Berufsfelderkundungen sind auch ganz wichtig. Wir wollen unseren Schülerinnen und Schülern die Vielfalt der Berufswelt nahebringen. Für viele gibt es nur KFZ-Werkstätten, Friseure, Lebensmittelläden, Brautmodengeschäfte, Bäckereien und Restaurants als potentielle Arbeitgeber. Wir wollen ihnen deshalb zeigen, dass die Welt größer ist als Duisburg-Marxloh. Wir machen Ausflüge in den Zoo und in den Kletterpark. Sie gehen mit der Schule in eine Theateraufführung oder verbringen eine Woche im Jugendwaldheim. Wichtig ist, dass die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, über den Tellerrand zu schauen.“



Ein weiterer Integrationsfaktor, der an der Schule aktiv praktiziert wird, ist die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt.

Thomas Zander:

„Wir geben allgemein viele Gelegenheiten, damit sich die Schülerinnen und Schüler in diesem Thema aktiv einbringen können, auch über Referate und Plakate. Wir versuchen uns gegenseitig zu Fest- und Feiertagen zu gratulieren. Die muslimischen Schüler wünschen den Lehrerinnen und Lehrern frohe Weihnachten und gestalten die Adventszeit im Klassenraum. Wir berücksichtigen die muslimische Fastenzeit im Schulalltag und versuchen zum Zuckerfest der Muslime zu gratulieren. Das sind kleine, aber ganz wichtige Gesten. Die Kinder spüren die allgemeine Wertschätzung und das Interesse an ihrer Religion und Tradition. So etwas verbindet – alle Menschen feiern das Leben, nur in anderen Formen.“

sichtigen die muslimische Fastenzeit im Schulalltag und versuchen zum Zuckerfest der Muslime zu gratulieren. Das sind kleine, aber ganz wichtige Gesten. Die Kinder spüren die allgemeine Wertschätzung und das Interesse an ihrer Religion und Tradition. So etwas verbindet – alle Menschen feiern das Leben, nur in anderen Formen.“

Neben dem Bildungssystem ist der Arbeitsmarkt ein elementarer Pfeiler der strukturellen Integration. Traditionell ist das Ruhrgebiet industriell geprägt. Auch wenn im Kontext des Strukturwandels mit dem Wegbrechen des Bergbaus neue Herausforderungen einhergehen, so scheint es so zu sein, dass die Integration im Betrieb oder „unter Tage“ weiter fortgeschritten ist als in der Gesamtgesellschaft. Schon 1972 wurden betriebliche Mitbestimmungsrechte, das aktive und passive Betriebsratswahlrecht, auf „ausländische“ Kolleginnen und Kollegen ausgeweitet; Migranten organisierten und engagierten sich früh in den Gewerkschaften. **Ali Simsir** ist freigestellter Betriebsrat beim Energiekonzern Evonik Industries AG. Auch er bestätigt, dass das Zusammenleben und -arbeiten unterschiedlicher Kulturen und Religionen in seinem Unternehmen funktioniere. Er räumt aber auch ein, dass dies in kleineren, mittelständischen Betrieben nicht zwangsläufig der Fall sein müsse. Am Evonik-Standort Marl arbeiten 6850 Menschen aus 53 Ländern. Das Unternehmen fördere in Zeiten der Globalisierung die Vielfalt als Ressource. Auch der Betriebsrat und die Gewerkschaft IG BCE würden in diesem Bereich aktiv zusammenarbeiten.

Ali Simsir:

„Hier gibt es ‚Diversity‘ als Konzept, es gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und es wird auch angewandt. Es gibt interkulturelle Ausbilder, Betriebsräte, Ingenieure etc. Bei Evonik haben wir Vereinbarungen zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz. Wir haben uns auf den gemeinsamen Nenner verständigt, der besagt, dass hier nicht zählt, ob man Muslim oder Türke ist. Sondern man ist Facharbeiter. Es halten sich alle daran. Der Betrieb scheint aber ein ‚gallisches Dorf‘ zu sein, denn innerhalb des Werkzauns funktioniert das Zusammenleben: Man arbeitet Hand in Hand, man isst zusammen, man tauscht sich aus. Kaum sind die Menschen jenseits des Werktores, geht es auseinander.“



Arbeit ist integrationsstiftend. Das war sie auch für die sogenannte erste „Gastarbeitergeneration“ aus der Türkei. Diese ist nun in Rente und befindet sich teilweise im pflegebedürftigen Alter – das Thema der kultur-

sensiblen Alterspflege rückt somit immer mehr in den kommunalpolitischen Fokus. Die Stadt Gelsenkirchen hat – zunächst aus einer rein arbeitsmarktpolitischen Motivation – das Konzept der interkulturellen Altenpflege entwickelt, bei dem Pflegekräfte interkulturell ausgebildet wurden. Zusammen mit dem Projektpartner Konkret Consult Ruhr wurden in einem Folgeprogramm in fünf stationären und einer ambulanten Pflegeeinrichtung organisationspolitische Prozesse angeschoben, um sich stärker auf Kunden mit Migrationshintergrund auszurichten. Laut dem Geschäftsführer der Beratungsfirma, **Thomas Risse**, tendiere die Nachfrage der muslimischen Community momentan aber „gegen null“. Somit befinde man sich in einem „Teufelskreis“ aus Angebot und Nachfrage, da so der Druck auf die Pflegeeinrichtungen fehle, sich kultursensibel auszurichten. Auch kulturelle Hemmnisse einer Inanspruchnahme von Pflegediensten auf Seiten der muslimischen Community seien festzustellen.

Thomas Risse:

„Die eine Seite sagt: ‚Das Angebot ist nicht auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten‘ und die andere erwidert: ‚Wir können keine Plätze vorhalten, wenn wir keine Nachfrage haben. Das können wir uns nicht leisten.‘ (...) Wenn man die Zielgruppe, also die muslimische Community, selber fragt, bekommt man Antworten, die man auch schon kennt, wie etwa ‚Ich möchte Sicherheit in der Pflege‘ usw. Zum wahren Kern stößt man aber nicht vor. Es existiert eine Art kulturelle Grenze. Ich habe oft in Interviews gehört, dass die Angehörigen unter einem großen Druck stehen. Es gibt eine Art ungeschriebene Regel, die besagt, dass die Pflege ihrer Eltern bei ihnen liegt. Die Inanspruchnahme eines professionellen Pflegedienstleiters ist häufig noch ein kulturelles ‚no-go‘ für die muslimische Community. Das führt dazu, dass es schwierig ist mit Ihnen ins Gespräch bzw. ins Geschäft zu kommen.“



Es seien jedoch generationelle Wandlungsprozesse innerhalb der Familien zu erwarten. Daher sei die kultursensible Altenpflege eine zukünftige Herausforderung.

Thomas Risse:

„Das Thema ist da und wird auch diskutiert. Es gibt einige Experten mit Zuwanderungshintergrund, die sagen: ‚Abwarten, es ist nur eine Frage der Zeit.‘ Wir sind mit unserem Vorhaben zehn Jahre zu früh. Die erste Einwanderergeneration wird zunehmend pflegebedürftiger. Dann müssen sich auch die Anbieter dementsprechend aufstellen und nachjustieren. (...) Vertrauen spielt eine

große Rolle, das ist uns sehr deutlich geworden. Den Pflegeeinrichtungen wird oftmals zu wenig davon entgegengebracht. Das ändert sich nur langsam mit Hilfe von Aufklärungsarbeit. Man muss direkt mit den Menschen reden und in die muslimischen Communities gehen.“

Genau diese Art der vertrauensbildenden Maßnahmen leisten Beraterinnen und Berater der Stadt Gelsenkirchen, unterschiedlicher Herkunft und mit Erfahrung in der Altenpflege. Sie klären in Kindertagesstätten, Migrantenorganisationen oder Moscheen zum Thema „Pflege“ auf.

Eva Carlitscheck:

„Wir befinden uns momentan in einem Lernprozess. Ich gehe fest davon aus, dass das Thema interkulturelle Altenpflege alle Beteiligten in der Stadt weiterhin beschäftigen und eine weitere Öffnung stattfinden wird.“



Flächendeckend ist die kultursensible Pflege noch nicht etabliert, doch schon Anfang der 1990er Jahre wurde in Duisburg ein Pilotprojekt gestartet – das Multikulturelle DRK-Seniorenzentrum „Haus am Sandberg“. Heimgeschäftsführer **Ralf Krause** erklärt sein Konzept.

Ralf Krause:

„Wir sind sehr multikulturell. Das Besondere ist, dass wir jeden Menschen ganzheitlich und individuell betreuen möchten. Bei muslimischen Bewohnern kommt der Hodscha ins Haus. Wir haben muslimische Köchinnen und türkisch sprechendes Pflege-, Betreuungs- und Verwaltungspersonal. In unser Haus kommen muslimische Ehrenamtsgruppen. Das ist fantastisch. Alle zwei Tage kommen muslimische Frauen aus Moscheevereinen und kochen, reden oder machen Musik für und mit unseren Bewohnern. Wir haben türkisch- und arabischsprachige Fernsehsender und Zeitungen. Wir feiern auch alle traditionellen Feste unserer Bewohner, egal ob russische, türkische oder deutsche.“



D. VERTRETER DER KIRCHEN UND DER MOSCHEEN

Der interreligiöse Dialog hat eine lange Tradition im Ruhrgebiet. Das Bistum Essen hat beispielsweise in jeder Stadt Dialogbeauftragte, es gibt gemeinsame Projekte, Arbeitskreise und Runde Tische. Es werden multireligiöse Gottesdienste und Feste gefeiert. **Dr. Detlef Schneider-Stengel**, Referent für den interreligiösen Di-

alog des Bistums Essen, spricht von einem offenen, positiven Austausch mit den muslimischen Gemeinden, bei dem Probleme gemeinsam angepackt würden.

Dr. Detlef Schneider-Stengel:

„Der interreligiöse Dialog ist im Ruhrgebiet und NRW stark organisiert und strukturiert. Auch wenn er von einzelnen Menschen lebt, braucht er eine feste Struktur, nur so kann er langfristig erfolgreich sein.“



Als Beispiel für eine feste, koordinierte Struktur wäre in Essen der Zusammenschluss von 24 Moscheen zur „Kommission Islam und Moscheen in Essen“ zu nennen, die Ansprechpartner für zahlreiche interreligiöse Initiativen und Projekte sind. Der Vorsitzende **Muhammet Balaban** will den beidseitigen Austausch und das gegenseitige Interesse stärken.

Muhammet Balaban:

„Muslimische Verbände vor Ort leisten sehr viel. Da gibt es etwa den Tag der offenen Moschee oder Wohltätigkeitsbasare zu bestimmten Zeiten im Jahr. Dort werden nicht-muslimische Menschen zum Ramadan- und Opferfest eingeladen. Da bewegt sich auf nicht-muslimischer Seite momentan allerdings wenig. Momentan nehmen nur wenige Menschen, die Einladungen an. Wir brauchen Mechanismen, die es schaffen Menschen zusammen zu bringen. Gemeinsames Tee oder Kaffee trinken schafft eine gemeinsame Basis. Moscheen können das nicht alleine leisten. Da muss die Kommune Unterstützung leisten und fragen und erkunden, warum der Nachbar nicht kommt. (...) Wir wollen nicht missionieren, sondern lediglich unsere Nachbarn und ihre Kinder aufklären. Nicht die grausamen Bilder, die im Zusammenhang mit dem Islam in den Medien präsent sind, sollen den Islam in den Köpfen prägen. Die Muslime, die hier seit 50 Jahren leben, von diesen Menschen ist nie eine Gefahr ausgegangen. Nachbarn müssen vertrauen lernen und erkennen, dass das Zusammenleben mit Muslimen kein Problem darstellt. Das ist das Ziel unserer Aufklärungsarbeit.“



Als Plattform für den interreligiösen Dialog fungiert der „Initiativkreis Religionen in Essen“, in dem Vertreter des Islams, des Christentums und des Judentums zusammenkommen. Einzigartig ist deren „Arche-Noah-Projekt“, bei dem Schulen, Moscheen und weitere Institutionen aus dem Stadtgebiet ganz praktisch am Bau einer Arche mitwirken. Federführend bei der Organisation ist der evangelische Pfarrer, **Willi Overbeck**.

Willi Overbeck:

„Wir sind als Theologen im ‚Initiativkreis Religionen‘, aber wir agieren mehr mit soziokulturellen Mitteln, also mit breitenkulturellen Mitteln. Die Gestaltung der Planken für unsere Arche ist ein solches breitenkulturelles Mittel. Das sieht dann so aus: Ich bekomme einen Anruf von einem Imam: ‚Willi, wir sind hier mit einer Frauengruppe und die Frage ist, darf die Planke nur Gemälde sein oder darf man auch einen Koranvers aufschreiben?‘ Ich sage: ‚Halil, klar, das kannst Du machen. Denk nur an die Gestaltung, es muss am Ende ein schönes buntes Bild entstehen. Wenn Du aber einen Vers aus dem Koran nimmst, schreibe bitte auch die deutsche Übersetzung dazu. Dann sieht jeder, was ihr geschrieben habt.‘ Daran merkt man, wie sehr sich Menschen mit dieser Aufgabe beschäftigen. Diese Art von Beschäftigung führt die Menschen auf eine indirekte Art zueinander. Mitten in der Stadt wird so das Thema Vielfalt in den Raum gestellt. Alle Teilnehmer bilden gemeinsam eine Erfolgsgemeinschaft.“



Die größte Moschee Deutschlands ist die DITIB Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh. Ob ihrer Offenheit und Transparenz als „Wunder von Marxloh“ betitelt, ist sie seit ihrer Eröffnung ein kultureller und religiöser Ort des Austausches. Rund tausend Muslime kommen aus der ganzen Umgebung zum Freitagsgebet. Die Offenheit zeigt sich nicht nur architektonisch an den großen Fenstern, sondern an der kommunalen Eingebundenheit, an Aktivitäten wie dem Tag der offenen Moschee, sowie der Durchführung multireligiöser Gottesdienste. Seit 2014 ist der junge Imam **Ibrahim Sarilarli** einer von drei Imamen der Moschee. Jede Religion vermittele ethische Werte, erklärt der Imam.

Ibrahim Sarilarli:

„Zunächst einmal brauchen wir eine Gesellschaft, in der wir unseren Kindern und Jugendlichen ethische Werte wie Respekt, Toleranz und Nächstenliebe vermitteln. Wenn wir gemeinsam und kontinuierlich daran arbeiten, dann werden wir eine weltoffene und tolerante Gesellschaft als Ergebnis erhalten, von der wir alle profitieren werden.“



Es gelte, die Religionsverbundenheit der Jugend zu stärken. Denn der Glaube sei sinnstiftend „in einer schnelllebigen und konsumorientierten Zeit“. Im Rahmen der Jugendarbeit betreut die Moschee jede Woche rund 40 Jugendliche – das Angebot reicht von Sportaktivitäten

bis zu religiösen Gesprächsrunden. Gelungene Integration bedeute, so Sarilarli, seine eigene Kultur und Religion zu bewahren und gleichzeitig „am gesamtgesellschaftlichen Prozess zu partizipieren“. In den letzten Jahrzehnten habe man Fortschritte erzielt:

Ibrahim Sarilarli:

„Wir leben seit 50 Jahren hier. Genauso wie die anderen Religionsgemeinschaften sich hier anpassen, passt der Islam sich auch an. Die Akzeptanz gegenüber anderen Menschen ist wichtig, um friedlich zusammenleben zu können. Das Thema Integration könnten wir langsam abschließen, wir haben schon viel erreicht. Unsere Jugendlichen gehen auf die Hochschulen oder machen eine Berufsausbildung. Das war eher das Problem der ersten und zweiten Generation. Die dritte Generation ist hier aufgewachsen, ist hier in den Kindergarten gegangen, sie kennen die anderen Mitmenschen und sie sprechen die hiesige Sprache. Unser Ziel ist es, dass sie ihre eigene Sprache auch gut sprechen und eine Bindung zu ihrer Religion haben.“

Wichtig ist dem Imam der Dialog mit den anderen Weltreligionen, der sich in gemeinsamen Initiativen, wie der Nacht der offenen Gotteshäuser und Dialogkreisen widerspiegelt.

Ibrahim Sarilarli:

„Der Mittelpunkt unserer Lehre ist die Barmherzigkeit. Daher beginnen auch alle Suren im Koran mit einer Anfangsformel, welche die Barmherzigkeit des Schöpfers betont. Das, was wir vermitteln, ist der Ein-Gott-Glaube, so wie es auch in den anderen abrahamitischen Religionen der Fall ist. Die Anknüpfungspunkte zwischen den abrahamitischen Religionen sind so immens, dass man schon alleine darüber stundenlang sprechen könnte. (...) Natürlich haben wir sehr gute Kontakte zu den anderen Religionen, dem Christentum und dem Judentum. Das ist für uns wichtig. Wir wollen ein harmonisches Zusammenleben, welches durch die Betonung von Gemeinsamkeiten und gegenseitiger Akzeptanz erzielt wird.“

Gegenüber negativen medialen „Islam“-Bildern, die beispielsweise durch Berichte über islamistischen Terror des IS generiert werden und in der Gesellschaft oftmals zu einer undifferenzierten Wahrnehmung des Islams führen können, findet der Imam deutliche Worte:

Ibrahim Sarilarli:

„Keine Religion kann irgendeine Gewalt legitimieren. Das ist auch im Islam so. Man darf anderen Menschen nicht schaden. Im Koran steht ein Vers, der besagt: ‚Tö-

test du einen Menschen, so hast du die ganze Menschheit getötet.‘ (...) Bevor man einer Religion etwas unterstellt, muss man sie erst kennen und recherchieren. Der Islam ist eine Religion der Liebe und akzeptiert niemals die Gewalt. Der Missbrauch des Glaubens fügt uns einen immens großen Schaden zu, wogegen wir aber mit aller Kraft gegenwirken, zum Beispiel mit Präventionsarbeiten für Kinder und Jugendliche, so dass diese von den ‚Hassindustrien‘ nicht missbraucht werden können.“

Im Islam gibt es unterschiedliche Strömungen und Ausrichtungen, die die Lehre des Propheten Mohammed auf unterschiedliche Weise interpretieren. In der Türkei gehört die große Mehrzahl der Gläubigen dem sunnitischen Islam an. Die Verhältnisse spiegeln sich auch im muslimischen Leben in NRW wider. Auch hier bilden türkische Sunniten die größte Gruppe an Muslimen. Die Aleviten gehören in der Türkei einer Minderheit an, in NRW stellen sie die zweitgrößte Gruppe dar – allerdings was die Anzahl betrifft mit großem Abstand zur Gruppe der Sunniten. **Niyazi Sahin** ist Vorsitzender des Duisburger „Forum für mehr Demokratie e.V.“ und war jahrelang Vorsitzender des Alevitischen Kulturvereins.

Niyazi Sahin:

„Die Aleviten sind generell in die Säkularkultur eingebunden. Teile des Islams akzeptieren sie, andere Teile lehnen sie ab. Sie beten zum Beispiel nicht fünf Mal am Tag, aber sie akzeptieren den Propheten. Sie sind weniger religiös, aber bereit mit allen Religionen offen zu arbeiten.“



Bevor man über das Verhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft spreche, müssten seiner Ansicht nach zunächst inner-islamische Fragestellungen thematisiert werden, um eine „gemeinsame Zielrichtung“ des Islams in Deutschland zu erarbeiten.

Niyazi Sahin:

„Meiner Auffassung nach fehlt nicht die Akzeptanz für andere Religionen oder für die Einheimischen, sondern für andere Strömungen innerhalb des Islams, z. B. zwischen Aleviten und Sunniten, da gibt es Kontroversen. Die Aleviten meinen, dass die Moscheegemeinden eine Re-Islamisierung betreiben. Die Moscheen wiederum sagen, die Aleviten gehörten nicht zum Islam. (...) Die verschiedenen religiösen Gruppen kommen zwar zum Austausch zusammen, aber wenn die Zielrichtungen wiederum nur innerhalb des eigenen Vereines

EIN HETEROGENES, FACETTENREICHES BILD DER INTEGRATIONSSITUATION DER MUSLIME IM RUHRGEBIET.

erarbeitet werden, entsteht nicht das gewünschte Ergebnis. Die Zusammenkünfte werden zwar organisiert, aber danach wird die Umsetzung, also die Erarbeitung, einer gemeinsamen Zielrichtung, nicht realisiert.“

3. AUSWERTUNG UND FAZIT

Die Interviews zeichnen ein heterogenes, facettenreiches Bild der Integrationssituation der Muslime im Ruhrgebiet. Die Bandbreite zum Thema „Integration“ scheint auf den ersten Blick groß zu sein: Sie reicht von der Aussage des Imams „Integration könnten wir langsam abschließen“ bis zum Befund Serap Gülers, die Integration der jüngeren Muslime sei teilweise schlechter gelungen als bei Kindern der „Gastarbeitergeneration“. Bei genauerer Betrachtung und begrifflicher Trennschärfe lösen sich die Widersprüchlichkeiten zumeist auf. Denn man muss stets zwischen den strukturellen Faktoren einer Integration in das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt und der identifikatorischen Ebene unterscheiden.

Darüber hinaus muss festgehalten werden: **Es gibt nicht „die Muslime“ und auch nicht „den Islam“.** Mehrheitlich war in den Gesprächen der türkisch-sunnitische Kulturkreis, als größte Gruppe, im Fokus der integrationspolitischen Diskussion. Im Zuge des Projektes wurde mit Niyazi Sahin auch ein Experte der alevitischen Gemeinde zu Rate gezogen, der wiederum andere, inner-islamische Problemstellungen thematisierte. Wiederum andere Sichtweisen und Bedarfe ergeben sich bei Muslimen aus dem arabischen Raum, aus afrikanischen Ländern oder aus Bosnien. Differenzierung, Perspektivenwechsel und Kontextualisierung müssen daher stets leitende Maximen sein. Die ganze Bandbreite muslimischen Lebens im Einzelnen zu erfassen, war praktisch kaum möglich. Dennoch schärfen die Experteninterviews den Blick für bestehende Probleme und zielführende Lösungen.

Im Ruhrgebiet ist die Integrationsthematik vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Gegebenheiten, der Finanzlage der Kommunen und im Kontext der Herausforderungen eines sich im Prozess befindlichen Strukturwandels zu betrachten. Problemlagen der **Integration der Muslime im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt** treten unter den genannten sozialen Voraussetzungen noch deutlicher hervor. Muslime besuchen statistisch gesehen immer noch überproportional häufig Hauptschulen und sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen – auch wenn die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in diesem Bereich, auch im Ruhrgebiet, durchaus positiv zu bewerten ist. Die Ursachen für die mangelnde Bildungs- und Beschäftigungsintegration sind somit multipler Natur, gemäß Experten spielen vor allem soziale und systemische Faktoren, nicht religiös-kulturelle eine Rolle. Die jüngere, dritte Generation der Muslime, das wurde vielfach in den Experteninterviews deutlich, schwankt zwischen dem Willen, aktiv an dieser Gesellschaft teilzuhaben und dem Gefühl, nicht zugehörig zu sein, obwohl man hier geboren ist. Ausgrenzung, Stigmatisierung und soziale Schieflagen wie im Ruhrgebiet können Rückzugstendenzen befördern. Die Politik, auch das haben die Interviews bestätigt, muss daher auf allen Ebenen darauf abzielen, *Chancengleichheit und Teilhabe* in verschiedenen relevanten gesellschaftlichen Systemen, insbesondere in denen des Bildungswesens und des Arbeitsmarkts, herzustellen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren können ein Steuerungselement sein, um diskriminierende Hürden für Muslime beim Zugang zu Arbeit abzubauen. Frühkindliche Sprachförderung verbessert die Startchancen im Bildungssystem. Letztlich, so betonten es auch die Experten aus der Politik, braucht es aber einen Wandel in den Köpfen hin zu einer echten akzeptanzbasierten Willkommenskultur, die *Vielfalt als Chance und Ressource* begreift. Diese lässt sich allerdings kaum offiziell verordnen, kann aber durch Dialog und Kontakt gefördert werden und so aus der Gesellschaft selbst heraus entstehen. Auf den Ebenen der Bundes- und Landespolitik können Rahmenbedingungen geschaffen und Prozesse eingeleitet werden. **Integrati-on, strukturell wie auch identifikatorisch, vollzieht sich** – auch das ist eine Erkenntnis der Befragung – **im Mikrokosmos der Kommune.**

Die Experteninterviews mit den kommunalen Akteuren haben gezeigt, dass es in den Städten Essen, Duisburg und Gelsenkirchen schon lange Dialogstrukturen, Foren und Plattformen des Austausches gibt. Als erfolgs-

versprechend werden von Seiten der Stadt *nachhaltige, institutionalisierte Kooperationsformen* betrachtet. Eine übergeordnete, koordinierende Funktion übernehmen die Kommunalen Integrationszentren. Diese streben auch notwendiger Weise die *interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltungsstrukturen* an, sehen sich aber mit einer schwierigen finanziellen Haushaltslage konfrontiert.

Des Weiteren gibt es eine Vielzahl an Vereinen und Einzelprojekten, die im Bereich der **integrativen Kinder- und Jugendhilfe** tätig sind und teils von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Sie können – sofern sie interkulturell kompetent sind – eine hilfreiche Ergänzung zu staatlichen Angeboten darstellen. Sie können da Hilfestellung leisten, wo beispielsweise auf muslimischer Elternseite eventuell sprachliche Barrieren und daraus resultierend eine Scheu vor Institutionen besteht, wie z. B. der Schule der Kinder. Wichtige Erfolgsbestandteile sind „Kulturmittler“, das sind mehrsprachige Betreuer, Pädagogen, Mitarbeiter und „Vorbilder“ aus der eigenen Community. Im Bereich der Altenhilfe verstärken die Kommunen ihr Engagement, dieses Thema aufgrund der demografischen Notwendigkeit in Angriff zu nehmen und die Pflegedienste und -einrichtungen kultursensibel auszurichten. Es gibt noch kein flächendeckendes Angebot, weder im Ruhrgebiet noch in NRW, auch weil die Nachfrage bisher gering war. Die Komponenten der Marktlogik bedingen sich hier gegenseitig. Aber auch kulturelle Konventionen in muslimischen Familien, die die Pflege als eigene Aufgabe betrachten, könnten ein Grund für die geringe Nachfrage sein. Da generationelle Wandlungs- und Individualisierungsprozesse in vielen muslimischen Familien zu beobachten sind, kann man davon ausgehen, dass **der Bedarf an kultursensibler, vor allem ambulanter Pflege** in Zukunft steigen wird.

Insgesamt wurde in den Expertengesprächen die Rolle der Zivilgesellschaft, der Migrantenselbstorganisationen und der religiösen Organisationen für die Integ-

EINE ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNG WIRD SEIN, MUSLIMISCHE STRUKTUREN NOCH STÄRKER IN DEUTSCHLAND ZU ORGANISIEREN.

ration „vor Ort“, im Stadtteil hervorgehoben. Nur ein kleiner Teil der „Muslime“, Schätzungen gehen von rund 24% aus, organisiert sich in Moscheevereinen. Dennoch können die Gemeinden eine wichtige *Dialogfunktion als Sprachrohr muslimischer Bedürfnisse* einnehmen und gleichzeitig durch eine *Brückenfunktion* in ihre Community hinein wirken. Die meisten Moscheegemeinden befinden sich in einem Öffnungsprozess, der aus der Notwendigkeit eines Selbstverständnisses erwächst, in der Kommune als Akteur gehört zu werden und mitzugestalten. Des Weiteren besteht das Bedürfnis durch Transparenz, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen, Vorbehalten in der Mehrheitsgesellschaft entgegenzutreten zu wollen. Mit der kommunalen und interreligiösen Einbindung der Moscheegemeinden steigen die Anforderungen an die muslimischen Vorstände und Funktionäre, weshalb eine *Professionalisierung der Strukturen* beidseitig als zielführend erachtet wird. Erfahrungsgemäß klappt die Zusammenarbeit da, wo Stadt und Moscheegemeinde in ihren Anliegen offen und transparent aufeinander zugehen. Kritisch, aber nicht unbedingt integrationshemmend, wurde von vielen Experten die politische Interessenlage großer Moscheeverbände gesehen. Eine zukünftige Herausforderung, so scheint es, wird es sein, muslimische Strukturen noch stärker in Deutschland zu organisieren. Die Ausbildung der Imame an deutschen Universitäten und die Einführung islamischen Religionsunterrichts sind erste Schritte in diese Richtung. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Die Interviews wurden von Marco Jelic und Kevin Medau durchgeführt. Beide sind als Wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn tätig.

EINSTELLUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN IM RUHRGEBIET



Prof. Manfred Güllner
Gründer und Geschäftsführer
des Meinungsforschungsinstituts
forsa sowie Professor für Publizistik
und Kommunikationswissen-
schaften an der FU Berlin

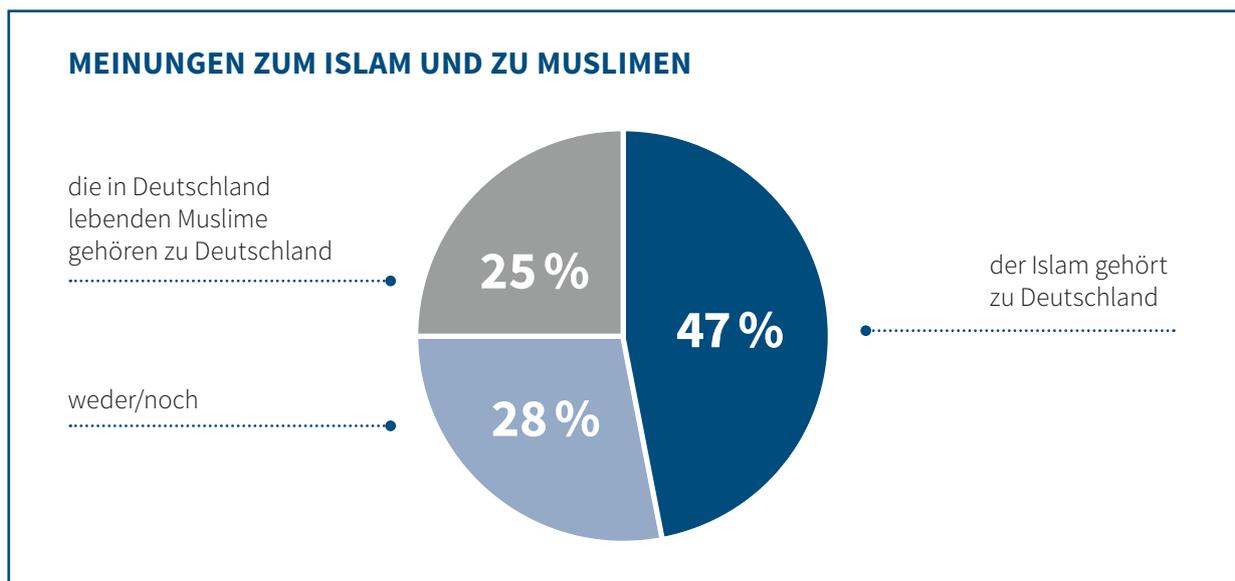
1. MEINUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN

Die Einschätzung des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, dass **der Islam zu Deutschland gehöre**, teilen 47 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet. Ebenso viele (48%) aber sind nicht dieser Meinung.

Dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, meinen in überdurchschnittlichem Maße Männer, über 60-Jährige, Hauptschüler sowie die Anhänger der

Union, der FDP und vor allem der AfD, von denen alle den Islam nicht als Teil der deutschen Gesellschaft ansehen.

Von denen, die Wulffs Einschätzung, dass der Islam zu Deutschland gehöre, nicht teilen, glaubt aber die Hälfte, dass zwar nicht der Islam, aber doch die hier lebenden Muslime zu Deutschland gehören.



DER ISLAM IN DEUTSCHLAND UND IM RUHRGEBIET

Der Islam gehört



Dass **der Islam zum Ruhrgebiet gehöre**, glauben mit 60 Prozent deutlich mehr Revierbewohner als der Meinung zustimmen, der Islam gehöre zu Deutschland insgesamt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das Ruhrgebiet seit jeher ein Schmelztiegel für Zuwanderer aus unterschiedlichen Ländern war.

Obwohl der Islam von vielen im Ruhrgebiet nicht als Teil der deutschen Kultur angesehen wird, bereitet er nur wenigen Bundesbürgern (18%) und auch nur wenigen Bürgern des Ruhrgebiets (21%) Unbehagen. Lediglich die große Mehrheit der AfD-Anhänger (71%) verspürt durch den Islam Unbehagen.

2. DAS BILD DES ISLAMS BZW. VON MUSLIMEN IM RUHRGEBIET

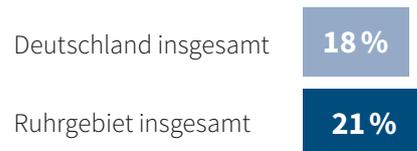
Das **Bild des Islams** bzw. der Muslime bei den Menschen im Ruhrgebiet ist ambivalent. Auf der einen Seite geben 63 Prozent an, sie würden Muslime in ihrem Umfeld kennen, die sie als Freunde oder Kollegen bezeichnen würden, und 44 Prozent halten den Islam für eine Religion in der Welt, die ähnliche Werte wie das Christentum vertritt.

Jeweils 28 Prozent aber halten den Islam für eine Religion bzw. Kultur, die sich der **Modernisierung** und der **Aufklärung widersetzt** sowie Frauen und Andersgläubige unterdrückt, z. B. durch den Zwang, eine Burka zu tragen. Und weitere 11 Prozent sehen im Islam eine Gemeinschaft, die wie Al Qaeda oder der „Islamische Staat“ Terror verbreitet.

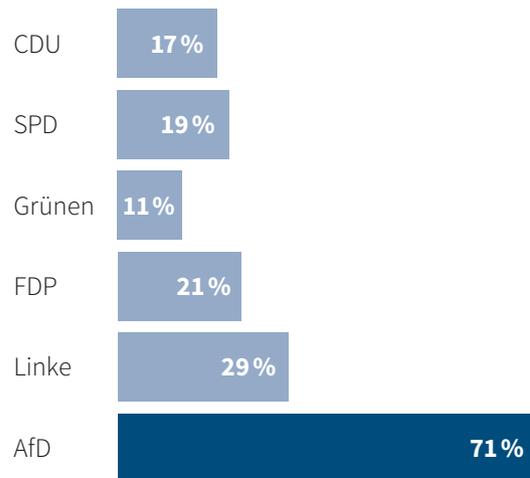
Positive Einschätzungen des Islams und der Muslime finden sich bei jüngeren Bewohnern des Ruhrgebiets

UNBEHAGEN AM ISLAM

Der Islam bereitet Unbehagen



Anhänger der



eher als bei älteren, während die Älteren deutlich verhaltener über den Islam urteilen. Geradezu von Hass geprägt ist die Meinung der AfD-Anhänger über den Islam und die in Deutschland lebenden Muslime.

3. KONTAKTE MIT MUSLIMEN IM ALLTAG

Im Alltag kommen 61 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet in Geschäften oder Restaurants mit Muslimen in Kontakt, 55 Prozent bei der Arbeit, 45 Prozent im Freundeskreis, 25 Prozent in Vereinen oder Verbänden, 14 Prozent im Familienkreis und 12 Prozent in anderen Bereichen ihres Lebens.

9 Prozent der Befragten geben an, im Alltag kaum oder gar nicht mit Muslimen in Kontakt zu kommen.

Im Freundeskreis kommen in überdurchschnittlichem Maße die unter 45-Jährigen Revierbewohner in Kontakt mit Muslimen. Kontakt mit Muslimen in Vereinen oder Verbänden bzw. im Familienkreis haben die unter 30-Jährigen häufiger als die anderen Altersgruppen.

63 Prozent der Bewohner des Ruhrgebiets geben an, in ihrem privaten Umfeld Muslime zu kennen, die vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert sind. 53 Prozent kennen auch im beruflichen Umfeld vollständig integrierte Muslime. Aus dem Fernsehen bzw. den Medien kennen 50 Prozent, in der Politik 43 Prozent und im kulturellen Bereich 41 Prozent Muslime, von denen sie glauben, sie seien vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert.

Im privaten Umfeld kennen die jüngeren, unter 45 Jahre alten Ruhrgebietler öfter Muslime, die vollständig integriert sind, als die älteren Bewohner des

Ruhrgebiets. Im beruflichen Umfeld und in der Politik kennen insbesondere Revierbewohner im erwerbsfähigen Alter (30- bis 59-Jährige) vollständig integrierte Muslime.

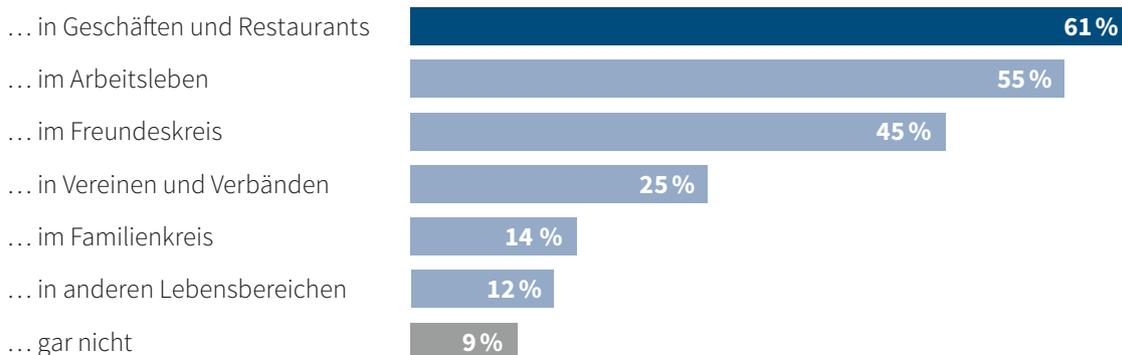
Das **Zusammenleben** zwischen Deutschen und Muslimen im Alltag verläuft trotz der relativ hohen Zahl von Befragten, die vollständig integrierte Muslime kennen, offenbar nicht völlig reibungslos. Zwar bewerten nur sehr wenige Befragte (5%) das Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimen **als sehr problematisch**. 46 Prozent aber bewerten das Zusammenleben **als teilweise schwierig**. Dass das Zusammenleben von Deutschen und Muslimen im Alltag unkompliziert und **weitgehend reibungslos** verläuft, glaubt nur knapp die Hälfte (46%) der Revierbewohner.

Um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimen im Ruhrgebiet zu verbessern, halten 85 Prozent der Befragten verpflichtende **Sprachkurse** für Menschen mit unzureichenden Deutschkenntnissen für geeignet. 71 Prozent sind für verstärkte öffentliche **Förderungen von Integrationsprojekten** wie z. B. gemischte Sportvereine, Jugendzentren oder Seniorentreffs.

Dass ein **besseres gegenseitiges Verständnis der anderen Kultur** – z. B. durch ein verpflichtendes Schulfach „Integration“ – zur Verbesserung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Muslimen beitragen könnte, meinen 63 Prozent.

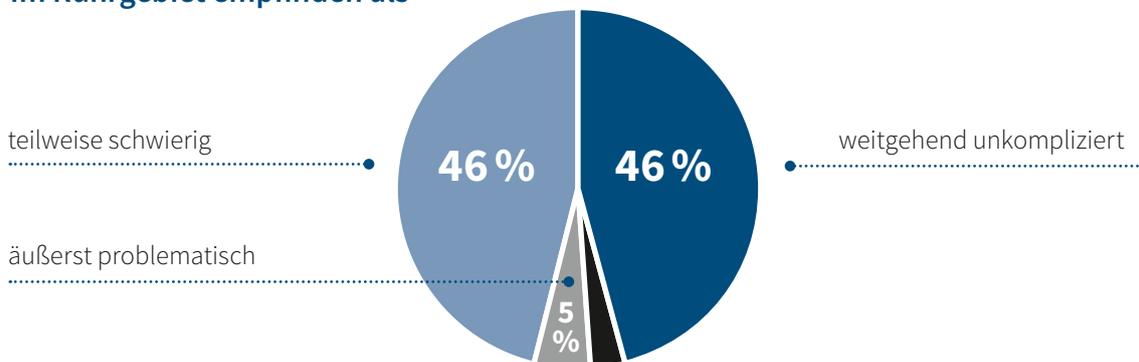
KONTAKTE ZU MUSLIMEN

Es kommen mit Muslimen in Kontakt ...



EINSCHÄTZUNG DES ZUSAMMENLEBENS VON MUSLIMEN UND DEUTSCHEN IM RUHRGEBIET

Das Zusammenleben von Deutschen und Muslimen im Alltag im Ruhrgebiet empfinden als



Um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimen reibungsloser zu gestalten, sind nach Einschätzung der Revierbewohner **Deutsche und Muslime gleichermaßen gefordert**. So meint jeweils gut ein Drittel, dass die Deutschen sich den Muslimen und ihrer Kultur stärker als heute öffnen sollten bzw. dass die Muslime verpflichtet seien, sich stärker als bisher der deutschen Kultur und Gesellschaft anzupassen.

Dass die Muslime stärker in die Pflicht genommen werden sollten, meinen insbesondere Befragte mit formal niedriger Bildung sowie die Anhänger der CDU und der AfD. Von den Deutschen erwarten eine Öffnung hin zu den Muslimen und ihrer Kultur eher die unter 30-Jährigen, Befragte mit Abitur oder Studium sowie die Anhänger der Grünen und der Linkspartei.

4. HINDERNISSE AUF DEM WEG ZU EINER ERFOLGREICHEN INTEGRATION

Ein problemloses Zusammenleben von Muslimen und Deutschen wird nach Meinung der Revierbewohner durch eine Vielzahl von Hürden erschwert. Die größte Hürde eines problemlosen Zusammenlebens von Deutschen und Muslimen ist nach Einschätzung von 74 Prozent aller Befragten im Ruhrgebiet die vorhandene **Sprachbarriere**, weil – so wird das von den Befragten eingeschätzt – mangelnde Sprachkenntnisse den Kontakt erschweren. Ein weiteres Hindernis für

eine erfolgreiche Integration der Muslime sind die **kulturellen Unterschiede**, die nach Meinung von 61 Prozent der Befragten zu Abschottungstendenzen führen. 59 Prozent meinen, das **fehlende Interesse** auf beiden Seiten – den Deutschen und den Muslimen gleichermaßen –, miteinander in Kontakt zu kommen, sei auch eine große Hürde, die ein problemloses Zusammenleben erschwere.

Dass **religiöse Unterschiede** ein großes Hindernis eines problemlosen Zusammenlebens von Deutschen und Muslimen sind, da die Werte des Islam nicht mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar seien, meinen 43 Prozent aller Befragten. 39 Prozent sehen **fehlende Angebote im öffentlichen Raum**, die erleichtern könnten, miteinander in Kontakt zu kommen, als einen weiteren Grund an, ein problemloses Zusammenleben zu verhindern.

5. BEREITSCHAFT VON ELTERN IM RUHRGEBIET ZUR TEILNAHME IHRER KINDER AN INTEGRATIVEN JUGENDPROJEKTEN

Die Bemühungen um eine bessere Integration der jüngeren Generation der Muslime sind seit geraumer Zeit gefördert worden. Insofern sagen auch 32 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren, dass ihre Kin-

der bereits an Integrationsprojekten teilnehmen und weitere 47 Prozent würden die Teilnahme ihrer Kinder an Integrationsprojekten aktiv unterstützen. 19 Prozent würden die Teilnahme ihrer Kinder an Integrationsprojekten nur unterstützen, wenn ihre Kinder das vorbehaltlos wollen oder wenn sie dadurch Vorteile erhielten, z. B. durch finanzielle Unterstützung für Sportkleidung etc.

Alles in allem würden also **integrative Jugendprojekte** bei den Eltern im Ruhrgebiet auf eine eher positive Resonanz stoßen.

6. MEINUNGEN ZUR EINRICHTUNG VON MUSLIMISCHEN KRANKENHÄUSERN ODER ALTENHEIMEN

Bei den Überlegungen zur Verbesserung der Integrationsbemühungen wurde bislang die ältere Generation der Muslime weitgehend ausgeklammert. Das spiegelt sich auch in dem Ergebnis auf die Frage der **Akzeptanz muslimischer Krankenhäuser** bzw. **Altenheime** wider. So würden nur 20 Prozent der Revierbewohner die Einrichtung von muslimischen Krankenhäusern oder Altenheimen unterstützen, um den Vorbehalten von Muslimen gegenüber christlichen Krankenhäusern oder Altenheimen gerecht zu werden. Weitere 18 Prozent würden das nur unterstützen, wenn die Einrichtungen von den Muslimen selbst finanziert und keine Steuergelder dafür verwendet würden.

Mehrheitlich (57%) würden die Befragten die Einrichtung von muslimischen Krankenhäusern oder Altenheimen aber nicht unterstützen.

Wenn in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Altenheimen oder Schulen muslimische Gebetsräume – ähnlich wie die christlichen Gebetsräume – eingerichtet werden würden, dann fänden das allerdings 66 Prozent der Befragten gut, 28 Prozent nicht so gut.

7. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die Ergebnisse der Befragung der Bewohner des Ruhrgebiets zeigen, dass insbesondere **die jüngeren Deutschen** im Revier hier wohnende Muslime in allen Bereichen – Arbeitswelt, öffentlicher Raum, privater Alltag – nicht nur akzeptieren, sondern überwiegend auch **ohne größere Schwierigkeiten** mit ihnen zusammenleben.

Dennoch gibt es – vor allem in der **älteren Generation** und in jenen Gruppen, die wie die AfD-Anhänger anfällig für rechtsradikales Gedankengut sind – noch immer **ausgeprägte Vorbehalte** gegen den Islam, die weitere erfolgversprechende Integrationsbemühungen erschweren.

Eine erfolgreiche Integration von Muslimen in Deutschland erfordert – auch nach den vorliegenden Ergebnissen dieser Studie im Revier – vielfältige Ansätze und kontinuierliche, differenzierte Bemühungen. ■



Die Zeche Zollverein im Ruhrgebiet

Foto: Flickr/creative commons

III. THEORIE – INTEGRATION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ISLAM UND SÄKULARER MODERNE



RELIGION UND MODERNE

EINE NÖTIGE KLÄRUNG



*Prof. Dr. Clemens Albrecht
Institut für Soziologie und
Politikwissenschaft der
Universität Koblenz-Landau*

Was der Problembär Bruno für das Verhältnis der Deutschen zur Natur war, ist der Islam für das Verhältnis zur Religion. Bruno riss Schafe, benahm sich also ganz nach Bärenart. Das Problem: Er tat es in unserer Nachbarschaft, nicht in irgendwelchen wilden Randzonen Europas. Und **der Islam stellt Wahrheitsansprüche jenseits von Wissenschaft**, verhält sich also ganz wie eine universalistische Religion.¹ Und er tut dies ebenfalls in unserer Nachbarschaft.

Nun gibt es hier bereits andere universalistische Religionen, Christentum und Judentum, aber an die haben wir uns gewöhnt, sie sind eingeehgt in Kirchen, Synagogen, Fakultäten, sie sind domestiziert, es sind gewissermaßen die Zoo-Religionen Europas, die man sich an Festtagen anschaut, für die Kinder, aus Tradition. Und es gibt zahlreiche Stimmen, die fordern, auch diese Bereiche gehörten aufgelöst, die letzten Glaubensbestände sollten in die Freiheit entlassen werden, damit alle in den Genuß der einzig legitimen, der wissenschaftlichen Weltanschauung kommen könnten.²

Verhältnisse, in denen religiöse Bekenntnisse in dem Sinne Privatsache sind, dass sie keine über das Individuum hinausreichende Geltungsansprüche stellen, nennen wir „modern“. In diesem schillernden Begriff spiegelt sich vieles: Epochenbezeichnung, Selbstverständnis, Programmatik. Die Paradoxie: Der Begriff der Moderne hat seinen eigenen universalistischen

Geltungsanspruch, er entfaltet sich nicht nur als empirischer Begriff, der bestimmte soziale und geschichtliche Phänomene beschreibt, sondern auch als Überzeugung, Erwartung und Programmatik. Insofern hat die Moderne auch ihre eigene Glaubensgeschichte, sie lässt sich verstehen als Fortsetzung der Suche nach gültigen Ordnungen.³

Von dieser Position aus formuliert sich das Unbehagen am Islam in Deutschland. Es lautet in seiner vereinfachten Fassung: Der Islam ist eine Religion, die sich noch nicht modernisiert hat, weil sich seine Entwicklung außerhalb Europas vollzog. Die christlichen Kirchen aber haben in mehreren Stufen ihre Lektion gelernt und sind dadurch modernisierungsfähig geworden.

- Europas Selbsterfleischung in den religiösen Bürgerkriegen konnte nur beendet werden, indem der moderne Staat seine Suprematie-Ansprüche durchgesetzt hat. Das Ergebnis ist die **Trennung von Staat und Kirche**.
- Das christliche Monopol auf Weltdeutung und damit auf die Lebensgestaltung der Einzelnen wurde in der Aufklärung gebrochen und abgelöst durch die **moderne Wissenschaft**, die nun empirisch fundiert den rationalen Diskurs über Wahrheitsfragen anleitet und zur Entzauberung und technischen Beherrschbarkeit der Welt führt.

“INSOFERN HAT
DIE MODERNE AUCH
IHRE EIGENE GLAUBENS-
GESCHICHTE.”

- Beide Entwicklungen zusammengenommen haben die Welt in einen **Prozess der Säkularisierung** hineingeführt. Religion ist Privatsache und löst sich als Restbestand traditionaler Welterklärung allmählich auf.
- Wer mit der entzauberten und zunehmend komplexen Welt nicht zurecht kommt, flüchtet in fundamentalistische Bewegungen, die die geschichtliche Entwicklung umkehren wollen.

So oder so ähnlich lautet die Master-Erzählung über Europa, den Islam und die Moderne. Sie unterschlägt genau das, was sie religiöser Weltdeutung nicht zu bewältigen unterstellt: Komplexität. Dies zeigt sich an einigen Debatten, die im Folgenden grob skizziert werden sollen.

DIE ERZÄHLUNG UNTERSCHLÄGT GENAU DAS, WAS SIE RELIGIÖSER WELTDEUTUNG NICHT ZU BEWÄLTIGEN UNTERSTELLT: KOMPLEXITÄT.

1. STAAT UND KIRCHE

Es gibt zwei Urszenen, die das Verhältnis zwischen Politik und Religion in Europa begründeten: Der Einzug von Henri IV. in Paris, verbunden mit einer Konversion („Paris ist eine Messe wert!“), und das Ende des 30jährigen Krieges im Westfälischen Frieden.

Vom ersten Ereignis stammt die Erfahrung, dass einzig eine dritte Gewalt, die über den streitenden Konfessionen steht, die religiösen Bürgerkriege zu überwinden vermag. Diese Gewalt ist der weltanschaulich neutrale Staat, der den Rechtsfrieden herstellt, indem er individuelle Religionsfreiheit garantiert. Staaten wurden seit Bodins Souveränitätslehre zu den neuen Handlungseinheiten der Geschichte, und im „Westfälischen System“ erkennen sie sich in einer Art Gesellschaftsvertrag gegenseitig an und steuern die Verhältnisse untereinander durch gemeinsam akzeptierte Regeln.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich ein spezifisches Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in Europa. Es ist in erster Linie durch den hohen Grad der Instituti-

onalisierung auf beiden Seiten geprägt, was die Verrechtlichung der Beziehungen erlaubt und damit eine relativ stabile Gestaltung des Verhältnisses jenseits der Schnellebigkeit von Regierungen und religiösen Bewegungen. Ein nach Europa migrierter Islam müsse sich nun, so die Erwartung, zuerst einmal eine ähnlich kohärente soziale Form wie die Kirche geben, um „Ansprachpartner“ mit gleichem Verbindlichkeitsgrad gegenüber dem Staat zu sein. Dann könne der Islam auf dieser Grundlage lernen, die politischen und rechtlichen Geltungsansprüche („Scharia“) an die politische Gemeinde abzutreten und sich auf die Vermittlung, Weitergabe und Pflege des religiösen Kultus zu beschränken.

So richtig diese Forderung grundsätzlich ist, so stark muss sie doch modifiziert werden durch die Beobachtung, dass die Trennung zwischen Staat und Kirche auch innerhalb Europas zu sehr unterschiedlichen Formen geführt hat. Man kann vier Systeme voneinander unterscheiden: 1. den **Laizismus** (Frankreich), 2. die **Staatskirchen** (Skandinavien, Griechenland), 3. die **Nationalkirchen** (Polen) und 4. das **System der bikonfessionellen Privilegierung** (Westdeutschland). Schon hier stellt sich die Frage, ob die verschiedenen islamischen Einwanderergemeinden nicht in den einzelnen Ländern Europas so unterschiedliche Verhältnisse finden, dass die Erwartungen an einen einheitlichen „Euro-Islam“ nicht sehr realistisch sind.

Aber auch von Seiten des Staates aus wird die Debatte nicht übersichtlicher, stellt doch gerade der Gedanke der europäischen Einigung das Denken über Staatlichkeit auf eine völlig neue Grundlage jenseits des Westfälischen Systems; denn dieser Prozess besteht gerade aus der Abgabe von Souveränitätsrechten, die es fraglich erscheinen lassen, wer auf der anderen Seite mit welchen Vollmachten verhandelt. Wann werden wohl die Konkordatsverträge mit einer europäischen Institution ausgehandelt?

Kann man also von der Seite der Religion aus eine Tendenz zur Entinstitutionalisierung beobachten, die durch die Gemeinde-Verfassung des Islam bestätigt wird, so gibt es auch eine Tendenz zur Entinstitutionalisierung des Politischen. Die steigende Verrechtlichung ist hier kein Widerspruch, eher Ausdruck dieser Lage.

Zusätzlich stellt sich in globaler Perspektive die Frage, ob das System der politischen Ordnung durch territorial definierte Nationalstaaten nicht der Versuch des Westens war, seine eigene innere Ordnung zu universa-

lisieren, welches mit einer Welle der „zweiten Entkolonialisierung“ an seine Grenzen gekommen ist. Die Zahl der „failing states“ wächst, konzentrische Herrschaftsordnungen gewinnen als konkurrierendes Modell zum nationalstaatlichen Gewaltmonopol an Boden.⁴

2. AUFKLÄRUNG UND RELIGION

Auch hier gibt es eine mythische Urszene: den Prozess gegen Galileo Galilei. Auch diese Geschichte hat ihre Brüche, wenn etwa Galilei auf dem Argument beharrt, Ebbe und Flut seien ein Beweis für das heliozentrische System, was ihm noch ein Jahrhundert später bei aufgeklärten Geistern wie Pascal und Mersenne Skepsis eintrug.⁵

Die Aufklärung ist alles andere als eine einheitliche Denkbewegung, die sich mit ihren „Wahrheiten“ gegen die „Dunkelmacht“ der Kirche durchsetzen musste. Wie differenziert die Geschichte verlief, zeigt die Diskussion um eine Frage, die Pierre Bayle 1682 gestellt hatte: Ist eine Gesellschaft von Atheisten möglich?⁶ Die anschließende Debatte währte über Jahrhunderte, und es lassen sich aus dem Konzert der Antworten drei Grundmelodien isolieren: 1. **Rousseaus Zivilreligion**, die über das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten vergesellschaftet und durch nationale Feiertage etc. rituell verbindlich gemacht wird; 2. **Voltaires Volksreligion**, d.h. die Überzeugung, es sei gut, wenn einfache Leute eine Art Glauben hätten, denn er ver helfe ihnen zu einer moralischen Lebenshaltung, während die Gebildeten derlei nicht nötig hätten; 3. **Holbachs Ersatzreligion**, d.h. der Versuch, Riten und Glaubensinhalte säkular nachzubilden. Er führt zu so merkwürdigen Produkten wie den „Zehn Geboten der Sozialistischen Moral“.⁷

Insofern sollte jeder, der sich auf „die Aufklärung“ beruft, zunächst befragt werden: auf welche? Auf die materialistische (Helvétius; d’Holbach), auf die skeptische (Voltaire), auf die kritische (Kant) oder auf die meta-kritische (Hamann) – oder gar auf die religiöse (Luther, Pascal)? Alle bieten bestimmte Deutungen von Religion, in allen finden sich Elemente der Aufklärung wie Elemente der Ideologisierung, und darum gehört die Denkfigur einer „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno) zum Fundament jeder gegenwärtigen Reflexion über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Glaube; denn es gibt eben auch den wissenschaftlich orientierten Glauben und die zum Glauben mutierte Wissenschaft.

3. SÄKULARISIERUNG UND RESAKRALISIERUNG

Die Kirchen Europas entleeren sich. Die Zahl der Kirchengaustritte, beschleunigt von Skandal zu Skandal, ist dabei nur eine Seite, die andere die zunehmende Zahl von Menschen, die ohne jeden Bezug auf transzendente Wahrheiten ihr Alltagsleben zu bestreiten scheinen. Die wissenschaftliche Debatte über diese „Säkularisierung“ füllt Bibliotheken, ich nenne hier nur einige Aspekte.

Zum einen scheint es eine universal beobachtbare Korrelation zwischen wachsendem Wohlstand und Religionsdistanz zu geben. Religion hat auch einen alten magischen Charakter, sie ist Mittel des Menschen zur Bewältigung von Notsituationen.

Die Gegenbeispiele aber sind Legion und führen schon bald zu einer anderen These. Der amerikanische Religionssoziologe Peter L. Berger wird nicht müde, darauf aufmerksam zu machen, welche Lebendigkeit das religiöse Gemeindeleben in den USA hat. Es führt ihn zu dem Ergebnis: **Säkularisierung ist ein europäischer Sonderweg**.⁸ Und tatsächlich: Wer das Wachstum der Kirchen in Asien beobachtet (allein in China gab es 2014 mehr als eine halbe Million Taufen), wer die Entwicklung der protestantischen Gruppen in Lateinamerika sieht, der kann schwerlich behaupten, Modernisierung ginge in jedem Fall mit Säkularisierung einher.

Und schließlich ist da noch Thomas Luckmanns These von der „unsichtbaren Religion“ zu nennen, d.h. die Vermutung, dass wir mit Säkularisierung nur ein Nullsummenspiel der De-Institutionalisierung von Religion beobachten: in dem Maße, in dem die Kirchen Mitglieder verlieren, wächst die individuelle Spiritualität.

4. FUNDAMENTALISMUS UND MODERNE

Das westliche Selbstbild ist geprägt von der Differenzierungstheorie. Diese Vorstellung von einem Fortschritt, der durch immer größere Vielfalt auch in den fundamentalen Vorstellungen über die Welt und die Rolle des Menschen in ihr geprägt ist, verlangt bei gleichzeitiger Intensivierung der gesellschaftlichen Kontakte immer höhere Anforderungen an die Toleranz gegenüber anderen Vorstellungen. Aus dieser Perspektive erscheint jedes dogmatische Festhalten an spezifischen Formen als vergeblichen Widerstand gegen generelle Entwicklungstendenzen.

Als mit der iranischen Revolution ein radikaler Gegenentwurf sichtbar wurde, interpretierte man den neu entdeckten „Fundamentalismus“ deshalb auch gerne auf der historischen Zeitachse als eine Bewegung, die irgendwie „zurück zur religiösen Einheit des Mittelalters“ gehen möchte.⁹

GERADE DIE MODERNE IST DURCH EIN KOMPLIZIERTES VERHÄLTNISS ZWISCHEN EINHEIT UND DIFFERENZ GEPRÄGT.

Einmal abgesehen von der Frage, was Mediävisten heute zur These von der „Einheit des Mittelalters“ sagen, wird dabei die gesamte Diskussion unterschlagen, die schon immer fragt, ob gerade steigende Differenzierung nicht gleichzeitig von zentripetalen Gegenkräften begleitet sein müsse. Emile Durkheim sprach von „organischer Solidarität“, Talcott Parsons von der Integrationskraft der „Werte“, Niklas Luhmann war der Überzeugung, dass die Funktionseinheit moderner Gesellschaften dies gleichsam von alleine leiste. Wie auch immer: Gerade die Moderne ist durch ein kompliziertes Verhältnis zwischen Einheit und Differenz geprägt. Deshalb wird gerne übersehen, dass der religiöse Fundamentalismus nicht aus dem Islam und seinem Widerstand gegen die westliche Welt entstanden ist, sondern aus protestantischen Gruppen in den USA Anfang der 1920er Jahre.¹⁰

Übersehen wird auch, dass der Islamismus erst unter modernen Bedingungen entstehen konnte. Sayyid Qutb, von Nasser ins Gefängnis gesteckt, übertrug den Begriff der Jahillya (Barbarei, Unwissenheit), den Mohammed zur Bezeichnung der vorislamischen Götterdienste gebraucht hatte, auf die gegenwärtige Gesellschaft. Wie der Prophet mit dem Götzendienst müsse der Gläubige mit der bestehenden Gesellschaft zuerst radikal brechen, bevor er sein Leben am göttlichen Gesetz ausrichten könne. Im Bruch mit der bestehenden Gesellschaft ist der Islamismus eben nicht eine Rückkehr zu älteren Traditionen der Koranauslegung, die dann dogmatisiert werden, sondern eine Modernisierung des Islam durch die Übernahme marxistischer Revolutionstheorien.

Eine genaue Betrachtung der großen Master-Erzählung über den Islam in den westlichen Gesellschaften ergibt also auch eine Umkehr der Problemperspektive: Nicht nur der Islam muss sich fragen, inwiefern er eine Religion unter vielen in einer pluralistischen Gesellschaft sein kann und möchte, sondern diese Gesellschaften müssen sich fragen, ob das Bild von **Differenzierung und Pluralisierung** nicht selbst eine weltanschauliche Grundlage darstellt, die an die Stelle der religiösen Überzeugungen kosmologischer und theologischer Art getreten ist: als funktionales Äquivalent für universalistische Religionen und in seinen Forderungen gegen den Islam universale Verbindlichkeit einklagt.

Ein Teil des Problems liegt immer bei den Schafhaltern. Bruno steht heute im Museum. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Zur Debatte über die Entstehung der Wahrheitsansprüche in den sog. „sekundären Religionen“: Assmann, Jan, *Die Mosaische Unterscheidung oder der Preis des Monotheismus*, München / Wien 2003.

² Vgl. dazu die Programme des Humanistischen Verbandes oder der Giordano-Bruno-Gesellschaft.

³ Tenbruck, Friedrich H., *Die Glaubensgeschichte der Moderne*, in: *Zeitschrift für Politik*, 23, 1976, S. 1-15.

⁴ Vgl. Trotha, Trutz von, *Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit*, in: *Leviathan*, 28, H. 2, 2000, S. 253-279.

⁵ Vgl. dazu Brandmüller, Walter, *Galilei und die Kirche. Ein „Fall“ und seine Lösung*, Aachen 1994, S. 172ff.

⁶ Bayle, Pierre, *Pensées diverses sur la comète*, 2 Bde., (1682), Paris 1939, S. X; vgl. Albrecht, Clemens, *Aufklärung über, Aufklärung als Religion. Bayles Paradox und die Frage nach dem Ganzen*, in: C. Bohn / H. Willems (Hg.), *Sinn-generatoren. Fremd- und Selbstthematization in soziologisch-historischer Perspektive*, Konstanz 2001, S. 535-550.

⁷ „1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen. 2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht einzusetzen.“ etc.; vgl. Schmitt, Karl, *Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR*, Paderborn / u. a. 1980, S. 40.

⁸ Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas, *Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen*, Gütersloh 1995, S. 40.

⁹ Vgl. Meyer, Thomas, *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*, Reinbek 1989.

¹⁰ Ausführlich in: Albrecht, Clemens, *Religiöser Fundamentalismus: Gegenentwurf zur Moderne? Zur Soziologie der Hoffnungen*, in: B. Schröder (Hg.), *Religion in der modernen Gesellschaft. Überholte Tradition oder wegweisende Orientierung?*, Leipzig 2009, S. 171-189.

„AUCTORITAS, NON VERITAS FACIT LEGEM“ (HOBBS)

SÄKULARER VERFASSUNGSSTAAT UND ISLAM: GEGENWARTSDIAGNOSTISCHE ANMERKUNGEN



*Prof. Dr. Gottfried Küenzlen
Institut für Theologie und Ethik
der Universität der
Bundeswehr München*

1. DIE SÄKULARITÄT DES STAATES

Säkularität des liberalen Verfassungsstaates heißt: Die Legitimität des Staates ruht nicht auf religiösen (oder weltanschaulichen) Wahrheitsansprüchen, vielmehr kennt der Staat vorrangig nur eine „Wahrheit“: **Die Sicherung des bürgerlichen Friedens.** Um deswillen ist er da und um diese Grundaufgabe erfüllen zu können, bedarf er im Wesentlichen dreier Voraussetzungen: Des Gewaltmonopols, der Bindung an das positive Recht und – damit verbunden – der prinzipiellen Neutralität (nicht: Indifferenz!) gegenüber religiösen, weltanschaulichen oder politisch-ideologischen Botschaften und Lehren.

Es ist hier nicht der Ort, die Stufen und Stadien der historischen Entwicklung hin zum säkularen Verfassungsstaat näher zu beschreiben – ein Vorgang, der sich nicht bruchlos-linear, sondern in vielfach auch gegenstrebigem Kehren entwickelte. Zusammengefasst lässt sich die Geschichte dieser Entwicklung als „Prozess religionspolitischer Aufklärung“ (Hermann Lübke) beschreiben, in dem sich ideenpolitisch die Scheidung von Religion und Politik und institutionell eine bestimmte Trennung von Kirche und Staat vollzogen.

Das Ergebnis dieses Vorgangs religionspolitischer Aufklärung ist die Entkoppelung von religiöser Überzeugung und Bürgerrecht. Denn erst so, durch eine sich durchsetzende **Scheidung von Religion und Politik**, ließ sich eine befriedete und geschützte bürgerliche Ordnung herstellen und sichern – jenseits der unterschiedlichen, oft in Konfessionskämpfe verstrickten Religionsparteien und ihrer konkurrierenden Wahrheitsansprüche.

In der Logik dieser Entwicklung lag die Vollendung der Säkularität und damit der prinzipiellen Religionsunabhängigkeit des Staates. Diese fanden ihren klarsten Ausdruck darin, dass der Verfassungsstaat westlicher Prägung zur Garantiemacht prinzipieller Religionsfreiheit wird; wie denn überhaupt die Entwicklung des liberalen Verfassungsstaates der säkularen westlichen Moderne eng mit der Herausbildung des Grundrechtes „Religionsfreiheit“ verwoben ist. Entscheidend hierbei ist, dass das Freiheitsrecht „Religionsfreiheit“ den Bürgern erlaubt, ihren Glauben oder Unglauben leben zu können, *ohne* dass das bürgerliche Zugehörigkeitsverhältnis da-

“DAS ERGEBNIS DIESES VORGANGS RELIGIONSPOLITISCHER AUFKLÄRUNG IST DIE ENTKOPPELUNG VON RELIGIÖSER ÜBERZEUGUNG UND BÜRGERRECHT.”

durch beschädigt oder gefördert würde. Garantiemacht solcher Religionsfreiheit kann der Staat aber nur als „säkularer“, also religionsneutraler Staat sein. Deshalb ist der Verfassungsstaat nicht Heilsgemeinschaft, sondern Rechtsgemeinschaft. In solcher Selbstbegrenzung des Staates, der auf eine eigene religiöse oder sonstige weltanschauliche „Wahrheit“ verzichtet, liegt die Voraussetzung dafür, dass er leisten kann, was er soll: Sicherung des bürgerlichen Friedens und Gewährleistung der Freiheit der Gesellschaftsmitglieder, mit oder ohne religiöse Bindung in Frieden leben zu können.

SICHERUNG DES BÜRGERLICHEN FRIEDENS UND GEWÄHRLEISTUNG DER FREIHEIT DER GESELLSCHAFTSMITGLIEDER.

So weist das staatlich zu schützende Grundrecht „Religionsfreiheit“ in zwei Richtungen: Zum einen geht es um „**negative Religionsfreiheit**“, deren Kern darin besteht, dass kein Bürger zu einem religiösen Bekenntnis oder zu einer Mitgliedschaft in einer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft gezwungen werden kann. Zum anderen geht es um „**positive Religionsfreiheit**“. Diese bedeutet, gerade wegen des Religionsneutralitätsgebotes des Staates selbst, den Staatsbürgern die Möglichkeit zu gewähren, ihren religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen auch im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen.

Schon hier ist auf die anhaltend *aktualitätsbestimmte* Bedeutung dieser modernitätskonstituierenden Bedeutung der Scheidung von Religion und Politik und damit der Säkularität des Staates zu verweisen, durch die erst in dem von Konfessionskriegen zerrütteten Europa der bürgerliche Friede gesichert wurde.

Denn nur so wird auch künftig in einer womöglich religiös bewegten, vielleicht gar in einer durch religiöse Konflikte angespannten Gesellschaft der innere Friede geschützt werden können. Diese für die europäische Entwicklung so fundamentale Unterscheidung von Religion und Politik könnte gerade zu einem Überlebensimperativ der westlichen Welt werden – für den

Fall, dass religiöse Ideen einströmen, die diese Scheidung nicht kennen und sie sich womöglich nicht anverwandeln können oder wollen. Die Unterscheidung Augustinus' zwischen der *civitas Dei* und der *civitas terrena*, Martin Luthers Lehre von den Zwei Reichen, die Hobbessche Losung: „**auctoritas non veritas facit legem**“ – dies sind, bei aller Differenz, doch die bestimmenden Grundlagen des abendländischen Verhältnisses von Religion und Politik. Diese Grundlagen gilt es neu zu verstehen und unter den heutigen Reallagen neu zu formulieren und womöglich zu verteidigen – als kulturelle Bestände gelungener Aufklärung und als Voraussetzung der Sicherung des inneren bürgerlichen Friedens.

Dies ist deshalb von so elementarer Bedeutung, weil die Unterscheidung von Religion und Politik, die Politik und das staatliche Handeln von religiösen oder säkularen Letztbegründungen entlastet. So ist es nicht Aufgabe der Politik, das Heil für die Menschen zu schaffen, sondern sie soll das allgemeine Wohl der Gesellschaftsmitglieder zu befördern oder zu sichern suchen; ansonsten könnte der Weg eines politischen Gemeinwesens in die Theokratie eines religiösen Fundamentalismus führen – oder in den Totalitarismus politisch säkularer Religionen, der, angetrieben von säkularen Heilsversprechen, im vergangenen Jahrhundert – als Nationalsozialismus oder Kommunismus – seine blutige Spur durch Europa zog.

2. DIE SÄKULARITÄT DES STAATES UND DER ISLAM: ANFRAGEN

Wenn ich diesen Abschnitt in die offenhaltende Perspektive von Anfragen stelle und so weniger mit festgefühten Thesen aufwarte, dann dies vorrangig deshalb, weil das Thema selbst sich schnellfertigen Antworten entzieht. Auch bietet die in Deutschland präsente Islamwissenschaft hier wenig sicheren Halt, zeigt in solchen Fragen vielmehr ein höchst widersprüchliches Bild.

Die erste Grundfrage, der nicht auszuweichen ist und im Interesse eines *realistischen Dialogs* nicht ausgewichen werden darf, lautet selbstverständlich: Kann der Islam durch alle seine unterschiedlichen Strömungen hindurch, gerade auch der bei uns ankommende Islam, ohne Preisgabe seiner selbst, diese Säkularität des Staates, die die Religionsfreiheit, Pluralität der Meinungen und Lebensstile überhaupt erst ermöglicht, nicht nur hin- sondern annehmen?

Es wäre leichtfertig, wollte man übersehen, dass viele Muslime unter uns diese Frage mit einem vollen Ja beantworten und dies in ihrer staatsbürgerlichen Existenz auch leben. Genauso leichtfertig wäre freilich auch, die beobachtbaren gegenstrebigenden Tendenzen zu leugnen und der Frage auszuweichen: Wie liberalitäts- und demokratieverträglich sind bestimmende Strömungen des bei uns einziehenden Islam nun tatsächlich?

Wie immer hier die realen Lagen im Einzelnen aussehen mögen – die mich hier beschäftigende Frage ist prinzipieller: Sind dem Islam, in den unterschiedlichen Stufen und Stadien seiner historischen Entwicklung und in all seinen mannigfaltigen gegenwärtigen Ausprägungen, nicht Grundlagen einverwoben, die dem liberalen Verfassungsstaat westlicher Prägung entgegenstehen und entgegenstehen *müssen*?

Im Kontext dieses Beitrags ist insbesondere zu fragen, ob die abendländisch so wirkungsmächtige (wenngleich häufig durchbrochene) Scheidung von Religion und Politik innerislamisch wirklich aufgenommen werden kann? Der realistische Blick auf die islamische Geschichte und Gegenwart zeigt jedenfalls eine sich immer neu durchhaltende Einheit insbesondere von Religion und Staat.

3. ISLAM UND ISLAMISMUS

Wer vom gegenwärtigen Islam redet, darf vom Islamismus nicht schweigen.

So gewiss „Islam“ und „Islamismus“ nicht gleichgesetzt werden dürfen, so gilt aber auch: Die These, dass „der Islam“ mit dem Islamismus eigentlich gar nichts zu tun hätte, ist eine Behauptung hilfloser Apologetik – komme sie von innermuslimischer Seite oder von Seiten einer realitätsblinden westlichen Kulturintelligenz. Man muss nur die einschlägigen Dokumente islamistischer Bewegungen studieren, um zu verstehen, wie hier die Grundlagen islamischer Überlieferung explizit zur Legitimation islamistischer Theorie und vor allem Praxis beansprucht werden. Auch zeigt jeder Blick auf die heutigen politischen Lagen, dass der Islamismus eine dominierende Ausprägung des gegenwärtigen Islam darstellt.

Insbesondere ist – im Zusammenhang unseres Themas – die Feststellung unausweichlich: Die **Frage nach der Einheit von Religion und Politik ist im Islamismus keine Frage mehr**, vielmehr gehört diese Einheit

zum Kern islamistischer Selbstvergewisserung mit dem Zielbild eines islamistischen Staates.

4. RISIKO UND DILEMMA DES LIBERALEN VERFASSUNGSSTAATES

Wenn also die Religions- und Weltanschauungsneutralität und damit die Säkularität des liberal-demokratischen Rechtsstaates Bedingung der Sicherung des inneren Friedens und bürgerlicher Freiheit ist, die den Staat „Staat“ und die Religion „Religion“ sein lässt, dann heißt eine der entscheidenden Fragen: Wie lässt sich die Säkularität des Staates sichern?

Die Dringlichkeit dieser Frage und zugleich der erste Schritt zu ihrer Beantwortung erschließt sich erst dann wirklich, wenn wir uns des Risikos bewusst werden, das der freiheitliche Rechtsstaat eingeht und eingehen muss – und damit des Dilemmas, dem er notwendig unterliegt. Dieses Risiko besteht darin, dass der freiheitliche Rechtsstaat auf Bürger angewiesen ist, die sich, gewiss nicht nur, aber doch auch Gemeinwohlinteressen verpflichtet wissen, ohne dass dies, unter den Bedingungen staatlich gewährter Freiheit, staatlich verordnet werden könnte.

WER VOM GEGENWÄRTIGEN ISLAM REDET, DARF VOM ISLAMISMUS NICHT SCHWEIGEN.

Diesem Dilemma könnte der Staat somit nur unter der Preisgabe seiner freiheitsgewährenden Neutralität und damit seiner „Säkularität“ entrinnen. Sein Risiko also, das er eingegangen ist, heißt: **„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“**

Dieser schon vor 40 Jahren formulierte Satz ist als „Böckenförde-Theorem“ in die einschlägige Literatur eingegangen – häufig geradezu liturgisch zitiert, nicht selten kontrovers diskutiert, worauf nicht näher einzugehen ist.

Aber in der Konsequenz des von Böckenförde umschriebenen Sachverhaltes lässt sich zu einer ersten Antwort auf die oben gestellte Frage finden: Wie lässt

sich die „Säkularität“ des Staates sichern? Dies kann eben nur dann gewährleistet sein, wenn der Staat und das staatliche Handeln selbst auf Letztbegründungen verzichten, sich der vopolitischen Voraussetzungen ihrer selbst bewusst sind und sich damit staatlicher Selbstbegrenzung verpflichtet wissen.

Hier ist es insbesondere die Verfassung, in der der Staat sich auf die Voraussetzungen bezieht, die er selbst nicht setzen kann, aus denen er aber lebt.

Die Anerkennung der nichtdisponiblen Würde des Menschen und damit die staatliche Selbstbegrenzung sind solche vopolitischen und näherhin vorstaatlichen Voraussetzungen. Dies heißt aber dann: Der demokratische Staat hängt in seiner Grundrechtsvoraussetzung selbst von der ethischen Kultur seiner Bürger ab. Der grundrechtsgebundene und damit auch zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität verpflichtete Staat ist auf gesellschaftliche Kräfte und Mächte angewiesen, in denen lebendig gehalten wird, worauf er selbst in seiner wertorientierten Verfassung ruht. Die **Grundwerte der Verfassung** (Freiheit, Würde des Menschen als Person, Schutz des Lebens usw.) müssen kulturell zuhause sein. Was gesellschaftlich nicht kulturkräftig ist, kann auch staatlich auf Dauer nicht gewährleistet sein.

Also: Eine gegenwartsdiagnostische Analyse des säkularen, liberalen Verfassungsstaates – und damit seines in Risiko und Dilemma ablaufenden Dramas – besteht

im Kern auch in der Frage nach seinen vopolitischen Voraussetzungen. Hier nun kommt auch die in einer Gesellschaft gelebte Religion ins Spiel.

Hierzu abschließend nur so viel: Gegenüber dem *Christentum* hieße die Frage, ob es bei seinem anhaltenden kulturellen Geltungsschwund überhaupt noch kulturbestimmende Kraft ausübt, auf die der säkulare Staat zur Sicherung seiner selbst und seiner vopolitisch-kulturellen Grundlagen doch angewiesen wäre.

Und der *Islam*? Würde er sich in Selbstghettoisierung verkapseln oder ihm eine von außen aufgedrängte Ghettoisierung drohen, wäre dies nicht nur für den Islam und seine Gläubigen ein unheilvoller Weg, es wäre dies auch ein unheilvoller Weg für den freiheitlichen Verfassungsstaat, der von der ethischen Kultur seiner Bürger lebt.

Zuletzt aber: Weder das Christentum noch der Islam können als *Religion* auf ihren demokratischen Nutzwert reduziert werden. Wer über Religion redet, gar sich darauf einlässt, betritt heißen Boden. Das Sperrige, das Dysfunktionale, das immer wieder auch gegen eine Zeit Stehende, wird Teil sein und bleiben müssen, wo es mit Religion ernst wird. Aber gerade darin gilt: **Nutzen und Funktion für eine Gesellschaft** wird eine Religion – sei es Christentum oder Islam – nur dann haben, wenn sie nicht um dieses Nutzens willen gelebt wird. ■



Blick von der Halde Haniel in Bottrop auf das Ruhrgebiet

Foto: Flickr/creative commons

ISLAM UND DEMOKRATIE

KONGRUENZ ODER DIVERGENZ?



Prof. Dr. Christine Schirmacher
Abteilung für Islamwissenschaft
und Nahostsprachen der
Universität Bonn

Welches Verhältnis haben Islam und Demokratie? Warum existieren bis heute unter den islamisch geprägten Staaten so wenige Demokratien? Liegt der Grund darin, dass Islam und Demokratie unvereinbare Gegensätze darstellen? Verbietaet der Islam die Einführung demokratischer Systeme? Diese Fragen sind nicht nur für den Nahen Osten und Nordafrika relevant, sondern auch für Europa, wo Muslime seit über 50 Jahren in demokratischen, zunehmend säkularen Gesellschaften leben und in manchen Regionen einen mittlerweile nicht unerheblichen Bevölkerungsanteil stellen.

Die meisten Zuwanderer aus islamisch geprägten Ländern schätzen demokratische Freiheiten und Strukturen, ja ziehen das Leben in westlichen Gesellschaften ihren Herkunftsländern bzw. den Herkunftsländern

“DIE MEISTEN ZU-
WANDERER AUS ISLAMISCH
GEPRÄGTEN LÄNDERN
SCHÄTZEN DEMOKRA-
TISCHE FREIHEITEN UND
STRUKTUREN.”

ihrer Vorfahren vor. Dennoch verzeichnen in den letzten Jahren islamistische Strömungen wie die Salafisten einen wachsenden Zulauf¹ und die Medienberichte über radikalisierte Jugendliche, die ihrem westlichen Lebensumfeld den Rücken kehren, um sich im Namen des Jihad etwa der Terrororganisation „Islamischer Staat“ anzuschließen, mehren sich.²

DER KAMPF UM DIE „IDEALE“ ISLAMISCHE ORDNUNG

Der Korantext gibt keine eindeutige Auskunft über die Frage, welche Herrschaftsform im Islam als ideal betrachtet wird. Zwar könnte aus dem unhinterfragbaren Vorbild Muhammads als Heerführer, Gesetzgeber und Prophet geschlussfolgert werden, dass die ideale islamische Herrschaft **geistliche und weltliche Herrschaft zugleich** sein sollte. Vor allem Führer aus dem islamistischen Spektrum wie etwa der bis heute wohl einflussreichste pakistanische Theologe, Autor und Politiker Abu l-A'la Maududi (1903-1979) haben den religiös verfassten Staat als einzig legitime Herrschaftsform propagiert und auf die Umsetzung dieses Ideals mit allen Kräften hingewirkt.³

Allerdings handelt es sich bei diesem Gedanken der Einheit von Staat und Religion vor allem um ein in die islamische Geschichte zurückprojiziertes Ideal. In Wirklichkeit musste sich die islamische Gemeinschaft spätestens nach der Regierungszeit der Muhammad nachfolgenden vier Kalifen (regierten 632-661 n. Chr.) in ihrer gesamten Geschichte mit der Tatsache auseinandersetzen, dass es einen einzigen Herrscher über die Gesamtheit der Muslime und eine Einheit von weltlicher und geistlicher Macht niemals mehr gegeben hat. Realität war vielmehr eine Vielzahl miteinander um die Macht ringender rivalisierender Familien, Dynastien und theologischer Gruppierungen, die sich

gegenseitig bekämpften und sich den Herrschaftsanspruch bzw. die Deutungshoheit über den Islam erbittert streitig machten. Spätestens mit dem Jahr 680 n. Chr. – der für die muslimische Gemeinschaft so folgenschweren Entscheidungsschlacht von Kerbela im heutigen Irak – gilt die Gruppierung der Schiiten von der Mehrheit der Sunniten klar getrennt und **die Gemeinschaft der Muslime als gespalten**. Von einer Einheit von weltlicher und religiöser Herrschaft oder auch nur von einer Einheit in der Frage, wer berechtigt ist, die gesamte Gemeinschaft der Muslime zu regieren oder auch nur zu repräsentieren, kann vom ersten islamischen Jahrhundert an nicht mehr die Rede sein.⁴

ISLAM UND DEMOKRATIE DAMALS UND HEUTE

Zur „Wiederfindung“ der Demokratie im Islam weisen muslimische Wortführer heute immer wieder darauf hin, dass schon der Koran eine Beratung des Herrschers befürworte, also die Einbeziehung mehrerer Stimmen in politische Entscheidungsprozesse. Zumeist werden für diese Sichtweise Sure 3,159 und 42,38 angeführt; beides Verse, die empfehlen, dass sich die gläubigen Muslime untereinander „beraten“ sollen. Der Begriff „beraten“, der im Koran im Arabischen in den beiden genannten Versen Verwendung findet, besitzt dieselbe Wurzel wie der heute im politisch-islamischen Bereich oft verwendete Terminus der „Shura“ („Beratung“), die aus islamisch-apologetischer Sicht als eine Art „islamische Demokratie“ im Laufe der islamischen Geschichte etabliert worden sein soll.

Es ist zwar richtig, dass in der Geschichte des Islam, wie von Apologeten häufig angeführt, die ersten vier Kalifen nach Muhammad aus einer Wahl hervorgingen; aber schon die Dynastie der Umayyaden machte das Kalifat ab dem Jahr 661 n. Chr. erblich. Sicher hat sich, wie die islamische Geschichtsschreibung erläutert, auch Muhammad mit seinen Vertrauten über Kriegszüge und Friedensschlüsse beraten. Realistisch betrachtet sind jedoch **weder in der islamischen Geschichte noch in der Gegenwart** – zumindest in arabischen Ländern – **Elemente einer echten Demokratie nachweisbar**, ja, nicht einmal die Macht wirksam kontrollierender Gremien, die einem westlich-demokratischen Parlament auch nur annähernd vergleichbar wären. Zwar tragen die Konsultativgremien einiger Länder, insbesondere in den Golfstaaten, den Titel „majlis ash-shura“ (Konsultativrat; beratendes Gre-

mium); dennoch sind gerade die Golfmonarchien absolute Monarchien, in deren „Beratergremien“ die einflussreichen Familien des Landes Vertreter entsenden. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Gremien die absolute Macht der Herrscherfamilie begrenzen, kontrollieren, den Herrscher bei Rechtsverstößen zur Verantwortung ziehen oder sogar absetzen könnten.⁵

Genau um diese Forderungen ging es den Menschen bei den Arabischen Revolutionen. Ihr wichtigstes Anliegen war der Wunsch nach Befreiung von der allgegenwärtigen Unterdrückung durch die korrupten Regime der arabischen Länder. Fehlende Freiheitsrechte und Perspektivlosigkeit (vor allem für die Jugend), wirtschaftliche Unter- und Fehlentwicklungen, eine allgegenwärtige Korruption und Unterdrückung waren wichtige Motoren der Revolutionen. Können heute nun die gewählten islamisch definierten Regierungen Demokratien etablieren?

„Der Islam“ als private Religionsausübung oder ethisches Wertegerüst wird einer Demokratie kaum entgegenstehen. Allerdings gilt das nur in Bezug auf den Islam als persönlicher Glaube, nicht in Bezug auf den **Islam als Rechtssystem**, das Gesetze, Werte und Normen bestimmt. Wo das Schariarecht Gesetz, Gesellschaftsordnung und Rechtsprechung prägt, wird es keine umfangreichen Freiheitsrechte im Sinne der UN-Menschenrechtscharta von 1948 geben, denn das Schariarecht kann in seinem klassischen Verständnis weder Männern und Frauen noch Muslimen und Nichtmuslimen noch Religionswechslern oder Atheisten Gleichberechtigung einräumen.

DEMOKRATIE UND SCHARIARECHT

Das Zivilrecht – also das Ehe-, Familien- und Erbrecht – in arabischen Ländern ist grundsätzlich am Schariarecht ausgerichtet, das heißt, es existiert dort kein säkulares Zivilrecht. Frauen sind dementsprechend rechtlich benachteiligt, Konvertiten und Minderheiten diskriminiert und benachteiligt. Es ist daher wohl nicht zu erwarten, dass sich eine grundlegende und umfassende Verbesserung der Frauen- und Menschenrechtssituation ergeben, so lange der gesellschaftliche Anspruch des Schariarechts nicht zur Disposition gestellt wird. So lange eine möglichst getreue Nachahmung der arabischen Gesellschaft des 7. Jahrhunderts n. Chr. von theologisch oder sogar politisch einflussreicher Stelle als gleichbedeutend betrachtet wird mit

Gerechtigkeit, Fortschritt und wahrer Zivilisation, so lange ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Ansprüchen des Schariarechts wohl kaum zu erwarten. „Von diesem religiösen Standpunkt aus erscheint die Moderne als Verlust und Rückfall, da sie die eigentlichen Ursprünge und deren Prämissen hinter sich läßt.“⁶

Heute finden sich unter muslimischen Theologen und Intellektuellen im Wesentlichen drei Positionen zur Demokratie:

- Eine **gänzlich ablehnende Haltung**, die Demokratie als ein westliches Konstrukt und als gänzlich unvereinbar mit dem Islam als Lebens- und Werteordnung betrachtet,
- eine **vordergründig zustimmende Positionierung**, die jedoch Teile der Demokratie durch islamische Prinzipien ersetzt und Demokratie an den Maßstäben des islamischen Rechts misst und
- eine **Demokratie und Freiheitsrechte vollends befürwortende Position**, die allerdings, da sie nicht selten in ihren Herkunftsländern von der etablierten Theologie marginalisiert und von den Machthabenden zum Schweigen gebracht wird, für die Werbung ihrer Auffassungen vorwiegend auf die Foren westlicher Universitäten und Gesellschaften beschränkt bleibt.

FAZIT

Demokratie entsteht nicht einfach von selbst, sie benötigt weltanschauliche Begründungen, die **auf übergeordneten, von einer Mehrheit anerkannten weltanschaulichen Grundlagen basieren** und aus diesen heraus erklärt werden können. Angesichts einer in islamisch geprägten Ländern – bei aller Unterschiedlichkeit in der religiösen Bindung und Praxis der Einzelnen – insgesamt starken Identifikation mit der Religion und den religiösen Werten des Islam kommt der islamischen Theologie eine Schlüsselrolle dabei zu, eine Versöhnung der klassischen islamischen Theologie mit Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechten (inklusive der Religionsfreiheit) zu finden – sonst wird es auf Dauer wohl kaum möglich sein, stabile demokratische Strukturen in dieser Region zu schaffen. Das Vorbild der Türkei allein reicht nicht aus, solange man das Grundprinzip der Laizität des türkischen Staates weit von sich weist.

“DEMOKRATIE ENTSTEHT NICHT EINFACH VON SELBST, SIE BENÖTIGT WELTANSCHAULICHE BEGRÜNDUNGEN.”

Darüber hinaus braucht es nicht nur Freiheitsrechte, es sind auch **wirtschaftliche Entwicklungen dringend nötig**. Denn ohne gerechte Verteilung des Ölreichtums bzw. eine Entwicklung der Region wird es kaum möglich sein, Demokratien zu etablieren. Kommt es zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen einer breiten Bevölkerungsmehrheit, kann der Islamismus durchaus weiter an Boden gewinnen. Den Menschen dieser Region sind vermehrte Freiheitsrechte und wirtschaftliche Entwicklungen dringend zu wünschen – die grundsätzliche Begründung vermehrter Freiheitsrechte bzw. die Suche nach einer die Mehrheit verbindenden ideengeschichtlichen Herleitung dieser Freiheitsrechte hat jedoch noch nicht einmal begonnen. ■

ANMERKUNGEN:

¹ S. die ausführliche Studie von Thorsten Gerald Schneiders (Hg.). *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*. Transcript: Bielefeld, 2014.

² S. etwa Guido Steinberg. *Der Islamische Staat in Irak und Syrien*. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/190499/der-islamische-staat-im-irak-und-syrien-isis> (24.5.2015).

³ So etwa in seiner Schrift *Abu-'l-A'îlâ Maudûdi. al-'uk' ma al-islâmiya*. Djidda, 1984 u.a.

⁴ Carol Kersten. *The Caliphate: The Caliphate and Islamic statehood: formation, fragmentation and modern interpretations*. Gerlach: Berlin, 2015..

⁵ Rainer Hermann. *Die Golfstaaten: Wohin geht das neue Arabien?* dtv: München, 2011.

⁶ Adonis. *Die Sackgasse der Moderne in der arabischen Gesellschaft*. in: Erdmute Heller; Hassouna Mosbahi (Hg.). *Islam, Demokratie, Moderne. Aktuelle Antworten arabischer Denker*. C. H. Beck: München, 1998, S. 62-71, hier S. 69.

STAAT UND ISLAM



*Prof. Dr. Bülent Ucar
Institut für Islamische Theologie
der Universität Osnabrück*

Der Islam wird in Deutschland nach wie vor als fremde Religion wahrgenommen. Wir befinden uns in einer Situation, die noch immer von Kontaktängsten geprägt ist. **Aus Kontaktängsten erwachsen Vorurteile, Ängste, Phobien.** Eine nicht vorhandene oder gestörte Kommunikation erschwert zudem einen Abbau dieser Vorurteile und Ängste. Darauf weisen zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre, beispielsweise der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bertelsmann Stiftung und der Deutschen Islam Konferenz hin. Das Fremde bleibt fremd, ja es muss fremd bleiben, wenn weder eine Auseinandersetzung damit noch wirkliche Kommunikationsbereitschaft des Fremden signalisiert wird. Hinzu kommt, dass ökonomische, politische und soziokulturelle Probleme islamisiert und somit auf einen einzigen Blickwinkel reduziert werden, sodass ein konstruktiver Umgang damit kaum mehr möglich ist. **Niemand aus der Mehrheitsgesellschaft wäre damit zufrieden nur durch seine Religionszugehörigkeit definiert zu werden.** Für uns Muslime ist das Alltag. So wird der Islam mediengestützt zum allgegenwärtigen Anderen, das auch angesichts seines extremistischen unverständlichen Ablegers zunehmend als Bedrohung im alltäglichen Leben empfunden wird. Hierbei ist die Mehrheitsgesellschaft, die gesellschaftliche Säkularisierung gewohnt ist, von der hohen Religiosität der Muslime irritiert, sie kann die Frömmigkeit, die vollen Moscheen und das aktive lebendige muslimische Gemeindeleben nicht nachvollziehen angesichts sich leerender Kirchen und eines anderen Religionsverständnisses.

Dies ist die gefühlte Ausgangslage für meine Gedanken zu Staat und Islam. Zur wissenschaftlichen Betrachtung möchte ich gern den Blickwinkel öffnen, die Rolle von Religion im säkularen Staat klären und kurz verschiedene Sichtweisen auf das Verhältnis Islam und Staat beleuchten, um dann zusammenfassend einen Ausblick für Deutschland zu wagen.

Zur Beschreibung von Religion im säkularen Staat, der Entwicklung der Demokratie und dem Clash of Civilizations möchte ich kurz auf die Worte von Wissenschaftlern zurückgreifen, die dies besser erklären können als ich. Mohssen Massarrat (ehem. Politik- und Wirtschaftswissenschaftler der Universität Osnabrück) weist auf die Entstehung der Demokratie hin, die eine Errungenschaft der hellenistischen Kultur im vorchristlichen Zeitalter sei. Mehr noch: Die Demokratiefähigkeit okzidentaler bzw. orientalischer Gesellschaften werde allein und selektiv auf ethische Quellen und Normen zurückgeführt, während alle anderen, für die Demokratieentwicklung mindestens genauso relevanten gesellschaftlichen Faktoren und historischen Besonderheiten der Staatsbildung im Okzident und Orient ausgeblendet würden. Dieser selektive Blick und die Annahme, dass der Islam die Demokratisierung islamischer Staaten blockiere, untermauere Samuel Huntingtons These vom unausweichlichen Clash of Civilizations und die Aufforderung an den Westen, auf die sich anbahnende islamische Herausforderung zu reagieren.¹

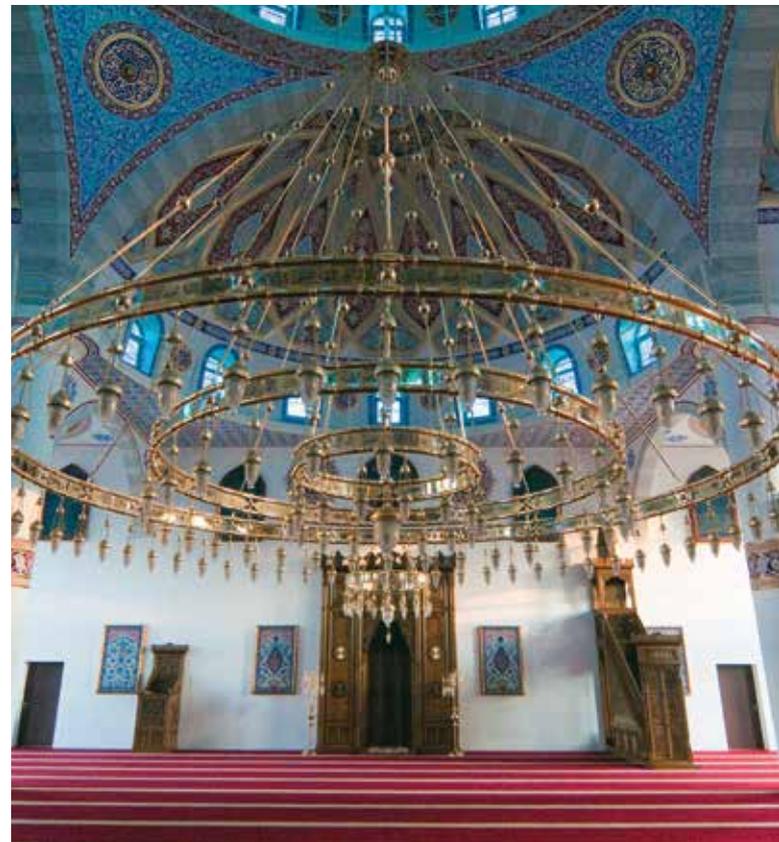
“WIR BEFINDEN UNS IN EINER SITUATION, DIE NOCH IMMER VON KONTAKT-ÄNGSTEN GEPRÄGT IST.”

Dietrich Jung (Abteilungsleiter am Center for Contemporary Middle East Studies an der University of Southern Denmark) schreibt, dass die Säkularisierung der Gesellschaft auf einen Bedeutungsverlust der Religion im Hinblick auf die Selbstbeschreibung der Gesellschaft hinweise. Diese definiere sich eben nicht durch einen religiös bestimmten Kontext von Werten und Normen, sondern durch eine Pluralität von ethischen, moralischen und ästhetischen Haltungen und Weltanschauungen. Es bestehe dabei kein Zweifel, dass die Religion im Rahmen dieser Pluralität eine wichtige Rolle spiele. Sie könne diese Rolle aber nur in Anerkennung dieser Pluralität wahrnehmen und müsse auf Absolutheitsansprüche verzichten. Die moderne Gesellschaft sei nicht durch einen inhaltlichen, sondern durch einen formalen Konsens definiert, der die Plattform für einen permanenten Verhandlungsprozess unterschiedlicher gesellschaftlicher Ansprüche darstelle.² Bei der Benennung von wesentlichen Charakteristika von säkularen demokratischen Rechtsstaaten äußert Mathias Rohe (Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg und Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa) sich folgendermaßen: Die Gemeinsamkeiten säkularer Staaten lägen in der **Trennung zwischen staatlicher Machtausübung von der Religion** (bzw. den Religionen), in der staatlichen Neutralität gegenüber Religionen und Weltanschauungen sowie deren grundsätzlichen Gleichbehandlung, unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Verbreitung. Sehr wohl kenne der säkulare Rechtsstaat jedoch die Möglichkeit, auch religiöse und weltanschauliche Positionen in die politische und auch rechtspolitische Debatte einzubringen. Zudem garantiere er weitreichende individuelle und kollektive religiöse Entfaltungsmöglichkeiten.³ Während Massarat darlegt, dass Demokratie und Christentum entstehungstechnisch nicht enger miteinander verbunden sind als Demokratie und Islam, weisen Rohe und Jung auf die Trennung von Staat und Religion hin im säkularen Staat, unterstreichen jedoch gleichzeitig die vorhandene Rolle von Religion(en) innerhalb dieser Staatsform.

Diese Trennung ist dem Islam fremd, er trennt nicht zwischen „weltlich“ und „religiös“, da jeder weltlichen Handlung eine religiöse Intention innewohnt. So betrachtet man Staat und Religion, bzw. Welt und Religion als Zwillingenbrüder. In dieser Welt bringen wir die Saat aus, deren Früchte wir im Jenseits zu ernten hoffen, daher kann man beides nicht voneinander

trennen. Es gilt ein Gleichgewicht zu finden, das **beiden Seiten den gleichen Wert zukommen lässt**. Eine zu große Gewichtung auf der weltlichen Seite könnte dazu führen, dass der Mensch sich anmaßt, Entscheidungen treffen zu wollen, die nur Gott zukommen, im schlimmsten Fall die über Leben und Tod von anderen Menschen. Eine zu starke Gewichtung auf der religiösen Seite kann gerade in der islamischen Welt zu einer Diktatur des de-facto-Klerus führen. Diese Erkenntnis führt dazu, dass islamische Gelehrte schon immer eine Einheit von Staat und Religion forderten, jedoch nicht Theologen in der Rolle als Staatsführer sahen. Hier kann man als prominentes Beispiel den einflussreichsten islamischen Gelehrten des Mittelalters, al Ġazālī (1058-1111), anführen, der islamische Gelehrte davor warnte, in die Dienste politischer Machthaber zu treten, da Gelehrte ein Selbstverständnis als Kontrollinstanz, Warner und Kritiker entwickeln sollten.

Doch wie sieht nun aus muslimischer Sicht die Verbindung von Staat und Religion aus? Hierfür gibt es mehrere Zugänge, drei Strömungen seien an dieser Stelle kurz skizziert:



Impression aus der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh
Foto: Flickr/creative commons

- Aus **traditionalistischer Sicht** gehören Staat und Islam zusammen, obwohl hier kein Primat in der Theologie besteht. Man findet sich mit dem Status quo ab. Für uns in der Diaspora besteht der Status quo im gesetzestreuem Umgang mit den hier gültigen Gesetzen. Dies bezeichnet aus muslimischer Sicht ein Muss.
- Im **modernen fundamentalistischen Verständnis** wird diese traditionalistische Sicht, dass Staat und Islam zusammengehören, dahingehend unterstrichen und verengt, dass dieser Gedanke eine Überhöhung erfährt, ein Überthema wird, sodass der Islambezug des Staates eine deutlich stärkere Gewichtung erfährt als der individuelle Glauben. In diesem Kontext wird der Islam zu einer politischen Ideologie umgeformt. Der Pakistaner al-Mawdūī und Sayyid Quṭb, der 1966 in Ägypten hingerichtet wurde, gelten als wichtige Protagonisten und Begründer dieser Denkrichtung.
- **Modernistische Auseinandersetzungen** mit dem Verhältnis von Islam und Staat, wie beispielsweise der Ägypter ‘Abd ar-Rāziq sowie der osmanische Gelehrte und erste Justizminister der modernen Türkei Seyyid bey, setzen den Schwerpunkt in umgekehrter Richtung. Hier wird der Staat als irrelevant für die Offenbarung gesehen und der Mensch in den Mittelpunkt gesetzt, sodass es nicht um die Bekehrung von Staaten sondern von Menschen geht. Dass der Prophet zugleich Staatsführer gewesen sei, gehöre nicht zur Kernbotschaft des Islam, sei vielmehr den besonderen historischen Umständen geschuldet.

Auch die Daten bezüglich der individuellen Religiosität der Muslime in Deutschland sprechen eine klare Sprache. **Rund 90% der deutschen Muslime bezeichnen sich** nach einer Untersuchung der Deutschen Islam Konferenz weiterhin **als religiös**, wobei 45% sich sogar als „sehr religiös“ wahrnehmen. Eine mögliche Diskrepanz zwischen der Selbstwahrnehmung

und der konkreten religiösen Praxis bzw. dem jeweiligen Religionsverständnis müsste jedoch genauer untersucht werden. Wenn wir uns nun die Situation in Deutschland ansehen und fragen: Wie steht es hier um Staat und Islam? Dann können in Deutschland ausreichende Möglichkeiten für die Interpretation des Islam gefunden werden, da hier kein strenger Laizismus vorherrscht, sondern eine wohlwollende hinkende Trennung von Staat und Religion. **Religion wird nicht als eine potentielle Gefahr für die öffentliche Ordnung gesehen, sondern vielmehr als ein Faktor, der das zivilgesellschaftliche Leben bereichert.** Wieviel bereits auf dem Weg ist, zeigt sich beispielsweise in der Deutschen Islam Konferenz, dem Islamischen Religionsunterricht, der Islamischen Theologie, dem Studentenwerk Avicenna, der Diskussion um islamische Wohlfahrtsverbände, muslimische Seelsorge etc. Und hier zeigt sich zudem, wie der Islam in Deutschland Profil gewinnen kann: bei der aktiven sozialen und karitativen Mitgestaltung der Gesellschaft, beim sich-Zeigen, sich-Einbringen, beim Mitgestalten des Ganzen, beim Heraustreten aus dem Schweigen. Und hier schließt sich der Kreis zu meinen Anfangsgedanken: Obwohl die Ausgangssituation in Deutschland für muslimisches Leben und gesamtgesellschaftliches Miteinander positiv ist, scheint mir primär eine verzwickte Kommunikationssituation eine gute gesunde Entwicklung zu behindern. Wünschenswert ist und bleibt eine Steigerung der Kommunikationsbereitschaft von beiden Seiten auf möglichst vielen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, um den gegenseitigen Ängsten sinnvoll entgegentreten zu können: Mit Wissen und Verständnis für und über einen selbst und den anderen. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Mohssen Massarrat, „Islam und Demokratie – ein Widerspruch? Versuch einer politikwissenschaftlichen Erklärung“, in: Bülent Ucar (Hg.), *Islam im europäischen Kontext. Selbstwahrnehmungen und Außensichten*, Reihe für Osnabrücker Islamstudien Bd. 9, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2013, S. 457-465, hier S. 457.

² Dietrich Jung, „Gott, Götter, Gottlosigkeit: Islam und säkulare Gesellschaft“, in: Bülent Ucar (Hg.), *Islam im europäischen Kontext. Selbstwahrnehmungen und Außensichten*, Reihe für Osnabrücker Islamstudien Bd. 9, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2013, S. 481-490, hier S. 484.

³ Mathias Rohe, „Muslimische Grundhaltungen zum Rechtsstaat in Europa“, in: Bülent Ucar (Hg.), *Islam im europäischen Kontext. Selbstwahrnehmungen und Außensichten*, Reihe für Osnabrücker Islamstudien Bd. 9, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2013, S. 467-480, hier S. 468.

MIT WISSEN UND VERSTÄNDNIS
FÜR UND ÜBER EINEN SELBST
UND DEN ANDEREN.

„DER“ ISLAM, „DIE“ KUNST UND „DIE“ SÄKULARE GESELLSCHAFT

DENKANSTÖSSE¹



Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet
Kunsthistorisches Institut
der Universität Bonn

Wie die Anführungsstriche im Titel signalisieren, betrete ich hier ein heikles Terrain und dies in mehrfacher Hinsicht: Zunächst bin ich keine Islamwissenschaftlerin, sondern Kunsthistorikerin, vornehmlich mit westlicher Kunstgeschichte befasst. Erst wenn die Kunstgeschichte sich zur Moderne und Gegenwart hin öffnet, wird sie indes international und setzt auch andere Maßstäbe als nationale. **Des Weiteren gibt es so wenig ‚den‘ Islam wie ‚die‘ Kunst oder ‚die‘ säkulare Gesellschaft an sich.** Wieso habe ich trotz dieser offensichtlich beschränkten Kompetenz dennoch die Einladung angenommen, einen Beitrag zu dieser Publikation zu leisten?

Spätestens seit den Globalisierungs- und Postkolonialismus-Debatten sind heftige Kontroversen um die Revision eurozentrischer Kategorien des Zugriffs auf Kunst und Kultur entstanden. In diesem Kontext bin ich vielfach mit Fragen der Angemessenheit der Herangehensweise konfrontiert worden; so kann ich vielleicht über unsere oft nicht reflektierten Vorurteile gegenüber dem Islam, der Kunst oder über einige Klischees sprechen, die einem besseren Verständnis im Wege stehen? Ich habe mehr Fragen als Antworten, möchte indes einige Fragwürdigkeiten, i.S. des Fragens würdigen anbieten. Vielleicht kann ich ein paar Denkanstöße aus einer anderen Perspektive beitragen.

Zunächst möchte ich betonen, dass auch die Wissenschaft keine Ausrede sein kann, wird doch nicht selten ‚Wissenschaftlichkeit‘ als Rechtfertigung oder gleichsam als Panacea für ultimative Richtigkeit benutzt. Im Sinne Martin Bubers, der sagte, **„Wahrheitsarroganz macht Dialog unmöglich“**, möchte ich im Weiteren versuchen, so sachlich wie möglich kurz über die eigenen Grenzen und Zweifel im Umgang mit sogenannter ‚islamischer Kunst‘ zu berichten. Das ‚sogenannt‘ meint indes nicht, dass der Kunstcharakter islamischer Bildwerke angezweifelt wird, sondern dass der westliche Begriff von ‚Kunst‘ auf Grund seiner historischen Bedingtheit der islamischen Bildkultur vermutlich nicht gerecht werden kann.

„ISLAMISCHE KUNST“?

Wenn man von islamischer Kunst spricht: Welche ‚Kunst‘ meinen wir? Welchen Islam? Es gibt zum einen jenen Islam aus der Vergangenheit in unseren westlichen Vorstellungen, das von Literatur und Mythologie vermittelte, prachtvoll orientalische Phantasie reich aus Tausendundeiner Nacht bzw. jene arabisch-islamische Sphäre des Exotischen, das Sehnsuchtsmächtige,

“ES GIBT SO WENIG
„DEN“ ISLAM WIE
„DIE“ KUNST ODER
„DIE“ SÄKULARE GESELL-
SCHAFT AN SICH.”

DIE KATEGORIEN WESTLICH UND NICHT-WESTLICH PERPETUIEREN MACHTVERHÄLTNISSE AUS GLOBALEN, ÖKONOMISCHEN UND POLITISCHEN VERHÄLTNISSEN.

das Goethe in seinem West-östlichen Diwan beschwor. Und am anderen Ende finden wir jenen Islam mit den von den Medien geprägten Vorurteilen, bestehend aus unterdrückten verschleierte Frauen und Terrorismus. Spätestens seit Edward W. Saids Werk ‚Orientalism‘ von 1979 wissen wir, dass die Kategorien, mit denen wir die Kulturen des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas beschreiben, aus dem ausgehenden 18. und dem 19. Jahrhundert stammen und in kolonialer Zeit entstanden sind. Die **Trennung in westlich und nicht-westlich nach geographischen Demarkationslinien**, die den Ländern und Kulturen von westlichen Besatzungsmächten auferlegt wurden, **können den komplexen Kulturen nicht gerecht werden**. Räumliche Separationen unterschlagen zeitliche Wechselwirkungen und z. B. all das orientalische und arabische Erbe sogenannter westlicher Kulturen seit der Antike über das Mittelalter bis heute hindurch. Die Kategorien westlich und nicht-westlich perpetuieren Machtverhältnisse aus globalen, ökonomischen und politischen Verhältnissen.

Würden wir ebenso die Frage nach dem ‚Christentum‘ und der Kunst stellen? Und wenn wir von säkularer Gesellschaft sprechen, welche meinen wir? Den Laizismus französischer Prägung? Oder wie würde man in Deutschland, einem Land, in dem wichtige Parteien ein C im Namen tragen, auf eine IDU – eine ‚Islamische demokratische Union‘ – reagieren? Sind manche Religionen ‚religiöser‘ als andere in unseren Augen?

ISLAM: RELIGION UND KULTUR

Mit dem Begriff ‚Islam‘ assoziiert man vor allem Religion und unterschlägt die restlichen vielfältigen Felder der Kultur und zugleich vergisst man, dass z. B. in der westlichen Kultur ca. 1500 Jahre lang auch die Künste weitgehend von der Religion geprägt waren. Im Übrigen sei daran erinnert, dass das Verhältnis der christ-

lichen Religion zu den bildenden Künsten auch ein komplexes und konfliktreiches gewesen und immer noch ist; speziell das Verhältnis katholischer Kirche zur modernen Kunst ist nach wie vor kontrovers. Man erinnere sich nur z. B. an die Debatten um das sogenannte Richter Fenster im Kölner Dom oder daran, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg gerade die Debatten um das Verständnis der Moderne, insbesondere der Abstraktion in den berühmten ‚Art Sacré‘-Debatten waren, die lange das westliche Verständnis von Kunst prägten (Sedlmayr: Verlust der Mitte). Dass das Thema ‚Kunst und Religion‘ auch in unserer westlichen Kultur weiterhin ganz allgemein der Reflexion bedarf, belegt z. B. ein Symposium im British Museum in London im Jahr 2014.²

Während des Symposiums wurde darüber nachgedacht, dass das Gros der Bild- und Kunstwerke der Museen etwas mit Kultur oder Religion zu tun hat und wie man heutzutage damit umzugehen habe, ganz abgesehen von der Frage, ob das Museum der richtige Ort dafür sei. Dies nur als Beleg, dass auch in der westlichen säkularen Gesellschaft wie England das Thema nach wie vor aktuell ist. Eines der wichtigsten Erkenntnisse des Symposiums war, dass vor allem die Vorurteile im Weg stehen.

KLISCHEES UND VORURTEILE

Nicht selten sind es die nach wie vor unreflektierten Kunst- und Kulturvorstellungen, die einem toleranten Miteinander im Weg stehen, so darf ich noch einen letzten kleinen Exkurs vorschieben, bevor ich mich dem ‚eigentlichen‘ Thema, der islamischen Kunst zuwende. Das, was allgemein als Kunst betrachtet wird, nämlich Bildwerke zum ästhetischen Genuss, ist eine Kategorie, die auch im Westen erst ca. in der Mitte des 15. Jahrhunderts (sogenannte Renaissance) entstanden ist, i.Ü. als ein luxuriöses Nebenprodukt erster Säkularisierungserscheinungen in den aufstrebenden Handelsstädten Italiens und der Niederlande. Es sei darauf verwiesen, dass die sogenannte säkulare westliche Gesellschaft ein **verqueres und bis heute nicht wirklich revidiertes Verhältnis zu eigener Kultur**, speziell auch zu religiösen Bildwerken hat. Es begann in der Renaissance, als man plötzlich nicht mehr nur vor einem Christus oder einer Maria betete, sondern vor einem Raphael, einem Michelangelo oder einem Dürer. Welche Rolle spielt die Qualität und die Machtart für die Frömmigkeit und den Glauben? Sind denn

die Pilger, die vor dem Kitsch in Lourdes oder Oberammergau oder Altötting beten, weniger gute Christen?

Des Weiteren haben sich die Bedingungen für die Entwicklung der Kategorie ‚Kunst‘ mit der Moderne ab 1800 und mit dem zweiten Säkularisierungsschub erst richtig entfaltet und krisenhaft zugespitzt, als die Museen entstanden; jene Sammelstellen für ort- und funktionslos gewordene Bildwerke. Denn mit der Revolution und der Trennung von Kirche und Staat (zumindest in Frankreich) und den Enteignungsaktionen wanderten die kultischen Bildwerke ins Museum. Die Madonnen und Kruzifixe wurden zu Kunstwerken und es entstanden sogenannte Museen mittelalterlicher Kunst. Man hat sich zwar daran gewöhnt, die Museen als natürliches Habitat der ‚Künste‘ zu betrachten, sie sind jedoch im Ursprung Sammellager de- und rekontextualisierter Bildwerke. Neben den enteigneten Bildwerken aus eigenen Kultstätten kamen zunehmend Bildwerke aus eroberten fremden Kulturen, denen jedoch nicht die Ehre der Unterbringung in einem Kunstmuseum zu Gute kam. Stattdessen wanderten sie als Untersuchungsobjekt oder exotisches Fundstück in ethnographische oder völkerkundliche Museen. Aus Altarbildern wurden Kunstwerke oder exotische Fundstücke und es begann die entfremdete rein ‚ästhetische‘ oder vermeintlich ‚wissenschaftliche‘ Begegnung mit Bildwerken, die nun als Kunst betrachtet wurden. Zugleich entstand die moderne autonome Kunst, die nur zur ästhetischen Betrachtung produziert wurde (Impressionismus etc.), und das entsprechende sogenannte Betriebssystem Kunst (Salons, Galerien, Ausstellungen, Kunsthandel, Sammlungen, Kunstgeschichte). Diese bürgerliche Erfindung³ sollte dann eine wechselvolle Geschichte haben, die den wenigsten auch westlichen Kunstliebhabern⁴ präsent ist. Diese ‚Kunst‘-Vorstellung hat sich spezialisiert und hat viele Bildwerke ausgeschieden, wie Kunsthandwerk, Design, Mode etc.

Diese diskriminierende Vorstellung ist vielfach implizit und widerspricht der Wahrnehmung und Anerkennung der meisten nicht westlichen Bildkulturen, weshalb man es spätestens seit der documenta X von Catherine David vorzieht, von ästhetischen Praktiken und Bildkulturen statt von ‚Kunst‘ zu sprechen.

Trotz der Tatsache, dass unsere Welt von der Globalisierung bestimmt wird, leben die Meisten geistig lieber in klar aufgeteilten Welten: **Hier der ‚Westen‘, dort die ‚Anderen‘**; hier der vermeintlich säkulare Westen, dort

die von der Religion beherrschte islamische Welt. Wenn man sich nur ein wenig mit islamischer Kunst und Kultur befasst, gerät das **vorherrschende Bild einer einheitlichen islamischen Welt und Kunst** schnell durcheinander: Es gibt den europäischen, den asiatischen, den afrikanischen Islam usw. und auch innerhalb der geografischen Unterteilungen existieren verschiedene Richtungen und Konfessionen. Spätestens seit dem 11. September 2001 und nun erneut seit den Pariser Ereignissen im Januar 2015 fällt es schwer, entspannt über Fragen islamischer Kultur zu kommunizieren.

RE-VISIONEN

Wie bereits erwähnt, gibt es ‚den‘ Islam genauso wenig wie ‚die‘ Kunst oder ‚die‘ säkulare Gesellschaft. Dennoch ist gerade ‚der‘ Islam in westlichen Kulturen mit vielen Vorurteilen behaftet. Um diesen zu entgegen und den Phobien nach 9/11 entgegenzuwirken, hat man z. B. im Metropolitan Museum die ehemalige Sammlung islamischer Kunst umbenannt in die ‚Art of Arab Countries‘⁵ (Kunst arabischer Länder), auch im Bewusstsein, dass die Kategorien, in denen die sogenannte Islamische Kunst gezeigt wird bzw. wurde, eurozentrischen Kategorien entstammen, die es zu überholen gilt. Die Museen bemühen sich, diese Bildkulturen nicht mehr als das ‚Andere‘ und/oder das Exotische auszustellen, damit man ihnen auf Augenhöhe begegnet.

Auch im Louvre hat man der Abteilung islamischer Kunst und Kultur eine neue Präsentationsform gegeben: Man hat sie aus dem Keller geholt, ihr einen spektakulären neuen Flügel eingeräumt und die Inszenierung der Exponate niemandem weniger als Walid Raad⁶, einem der engagiertesten politischen libanesischen Fotokünstler anvertraut. Damit möchte man signalisieren, dass **islamische Kultur nicht nur mit Religion** verbunden ist, sondern dass es **vielfältige kulturelle Ausdrucksformen** gibt.

GERADE ‚DER‘ ISLAM
IST IN WESTLICHEN KULTUREN
MIT VIELEN VORURTEILEN
BEHAFTET.

RELIGIONEN – BILDER UND KUNST

In der Bibel wie im Koran steht gleichermaßen: Du sollst Dir kein Bild machen. Dass dies von den großen Religionen unterschiedlich gehandhabt wurde und wird, ist Teil der Menschheitsgeschichte und ich darf daran erinnern, dass es auch innerhalb der christlichen Religion hierzu heftige Debatten gab.

Man sollte ‚Kunst‘ nicht absolut setzen, als ewigen überzeitlichen Wert – insbesondere nicht dessen unreflektiertes westliches Verständnis, sondern dessen jeweilige historische Verfasstheit und Vielfalt bedenken. Wenden wir uns also der islamischen Kunst zu.

MIT ISLAM VERBINDET MAN
EINE HOCHENTWICKELTE BUCH-
KUNST, DEKORATIVE KULTUR,
LITERATUR, KUNSTHANDWERK
UND ARCHITEKTUR.

SPEZIFIKʻ ISLAMISCHER KUNST

Mit Islam verbindet man gewiss eine hochentwickelte Buchkunst, dekorative Kultur, Literatur, Kunsthandwerk (Keramik, Textile, Teppiche, Goldschmiede) und Architektur. Es wäre vermessen in einer kurzen Intervention die **Vielfalt und den Reichtum der islamischen Kunst** charakterisieren zu wollen, es seien daher nur einige wenige herausragende Spezifika und Unterschiede aufgezählt, die immer wieder vernachlässigt werden. Islamische Kunst ist nicht nur religiös, sondern bezieht alle Lebensbereiche mit ein und sie zielt eher auf das Wesen, die spirituellen und geistigen Aspekte der Dinge und Sachverhalte als auf ihr Aussehen. Anders als im Westen haben das sogenannte Kunsthandwerk und die dekorative Kunst denselben Status wie alle bildenden Künste – Malerei und Skulptur sind nicht herausgehoben. Geometrie und Ornamente haben einen eigenen Status, denn Geometrie gilt als universale Sprache und dient der Reflexion der Schönheit der Schöpfung: Kreise sind unendlich und erinnern an Allah, komplexe Geometrie und Wiederholung spielen auf die unendliche Natur Allahs an, die Wiederholung der Muster erinnert daran, dass im Kleinen das Große

beinhaltet ist (Mikro-/Makrokosmos), jedes einzelne Element beinhaltet auch das Ganze. Kalligraphie ist eine der wichtigsten Künste und entsprechend genießt die Buchkunst einen hohen Status. Entgegen dem geläufigen Vorurteil, es gäbe keine religiöse islamische Kunst, gibt es durchaus eine religiöse Kunst – sie ist aber nicht figurativ. Prinzipiell gilt: Alles soll schön gestaltet werden und Kunst findet nicht in einer separaten Sphäre statt: Die ganze stoffliche Welt ist zugleich ein Platz der Poesie: Kaum ein Material verweigert sich der Einschreibung. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass **der islamische Kunstbegriff weit umfassender ist als der westliche**. Und nicht zuletzt gibt es eine vielfältige, vitale islamische Kunst der Moderne und Gegenwart, die jedoch weitgehend unbekannt ist bzw. ignoriert wird.

ISLAMISCHE KUNST HEUTE

Dass es auch eine **vielfältige und breitgefächerte zeitgenössische islamische Kunst** gibt, weiß man im Allgemeinen noch weit weniger, vielleicht kennt man einige Diaspora-Künstler, wie z. B. Shirin Neshat, Parastou Farouhar, Shadi Ghadirian oder Walid Raad, um nur einige wenige zu nennen. Bedenkt man die zahlreichen neuen Museen, wie z. B. das neu errichtete Museum islamischer Kunst in Doha (2008) oder das Agha Kahn Museum 2014 in Toronto eröffnet, die nicht nur das künstlerische, intellektuelle und wissenschaftliche Erbe der islamischen Zivilisation durch die Jahrhunderte von der iberischen Halbinsel bis China dokumentieren, sondern auch zeitgenössische islamische Kunst präsentieren, zeigt sich, dass wir erst am Anfang der Entdeckung islamischer Kunst stehen.

DER WESTEN UND ISLAMISCHE KUNST HEUTE

Als ich 2010 im Kunstverein in Bonn in die Organisation eines Symposiums zur Iranischen Kunst der Gegenwart involviert war, wurde ich mir meiner eigenen Beschränktheit und Voreingenommenheit bewusst. Ich entdeckte eine ungeheuer lebhafte und spannende Kunstszene, von der wir nichts wissen, weil sich der westliche Kunstmarkt nichts davon verspricht, die westlichen Medien Scheuklappen haben, weil die Islamwissenschaft sich vornehmlich mit vergangener Kunst sowie Kultur befasst und weil man zu viele Vorurteile hat.

Hierbei gilt es weniger, nach dem Islam zu fragen, als danach, welchen Platz und welche Funktion wir der Kunst in unserer Gesellschaft einräumen: Unterhaltung in der Freizeit? Schmuck und soziale Disktinktion? Hörten wir mehr auf Künstler_innen, hätten wir einen differenzierteren Blick auf die Welt.

FAZIT: VON KÜNSTLER_INNEN LERNEN, EINEN ANDEREN BLICK AUF DIE WELT GEWINNEN

Bereits ein erster Blick hat gezeigt: **Der Islam hat andere und umfassendere Kunstkonzepte als in der westlichen Welt bekannt ist.** Wir haben zu wenig Kenntnis und Interesse von- und aneinander. Die Kartographie unserer Wissenschaften entspringt dem 19. Jahrhundert, sie müsste revidiert werden. Das weite Feld der Islam- bzw. der Nah- oder Mittel-Ost-Wissenschaften wurde im 19. Jahrhundert von Europäern entworfen. Man kann sich also nicht nur auf die Wissenschaften verlassen, sondern es empfiehlt sich: Wir sollten mehr auf Künstler_innen hören.

Sie lehren uns den ethnographischen bzw. den post-ethnographischen Blick: Alle unsere Werte und Kategorien haben eine Geschichte, sie sind nicht absolut, sondern können sich wandeln. Man sollte anderen Kulturen auf gleicher Augenhöhe begegnen. Verstehen, Toleranz und Respekt gehen einher. Auch in unserer Kultur gilt: Wer interessiert sich für Kunst? Gar zeitgenössische Kunst? In unserer Gesellschaft, die dem Primat und dem Diktat der Ökonomie unterliegt, ist Kunst nur im Sinne von ‚creative industries‘, nicht als Seismograph unserer Befindlichkeit erwünscht. Jedoch ist die Kunst, wie Jean de Loisy sagt:

„L’art est la géographie de notre conscience”⁸

Kunst ist kein Luxus. Warum werden in unfreien Regimes als erstes die Künstler verfolgt? Warum gilt die Aggression des Islamischen Staates (IS) der Kunst und der Kultur? Weil sich darin die Identität und die Kultur des Menschen ausdrücken, seine Überzeugungen, Ängste, Visionen, Sehnsüchte, gewiss auch sein Glaube, aber auch der Ausdruck der freien individuellen Form des Menschseins, die sich jenseits der Vorschriften von Staat und Kirche entfalten wollen. Jedoch: Wer hört auf Kunst, interessiert sich für moderne Kunst? In beiden Kulturen – jener islamischen/arabischen Län-

der wie in unserer? Sich mit Kunst zu befassen, erlaubt es, ein umfassenderes Bild der jeweiligen Kultur zu erhalten, als wenn man nur den Medien oder der Politik folgt. Die Künste sollte man nicht der Willkür des Kapitals und der Märkte überlassen, ihr eine breite Rückkoppelung in der Gesellschaft zu verleihen, wäre Auftrag an die Politik: Es müssen viele Ausstellungen arabischer Kunst und Kultur auf breiter Basis gefördert werden. Kunst als eine Form der unmittelbaren Kommunikation, der freien Äußerung des eigenen in die Weltgeworfenseins bietet eine ideale ‚Kontaktzone‘ und Plattform der Begegnungen. ■

KUNST ALS EINE FORM DER UNMITTELBAREN KOMMUNIKATION BIETET EINE IDEALE ‚KONTAKTZONE‘ UND PLATTFORM DER BEGEGNUNGEN.

ANMERKUNGEN:

¹ Dieser kurze Essay ist der Versuch der Übertragung eines bebilderten Vortrags in ein bildloses Résumé und vermag nur bedingt die visuellen Argumente zu übersetzen. Man möge der durch den Rahmen eines Impulsreferats bedingten Knappheit der Stellungnahmen mit Nachsicht begegnen.

² Symposium „Understanding art in religion“, Oktober 2014 im British Museum. S. Robert Bracey, curator, British Museum: Understanding art in religion, Blog des British Museum: <http://blog.britishmuseum.org/2014/10/20/understanding-art-in-religion/> (abgerufen am 10.05.2015)

³ Nipperdey, Thomas, *Wie das Bürgertum die Moderne fand*, Stuttgart, 1998

⁴ Auch den meisten Kunsthistorikern ist die Revisionsbedürftigkeit des Konzepts ‚Kunst‘ selten bewusst. „Aufgelöst haben sich nicht nur das modernistische Kunstschaffen, sondern auch die damit verknüpften Gepflogenheiten von Museumsbetrieb und Kunstgeschichte.“ Foster, Hal, *Antinomien der Kunstgeschichte*, in: derselbe, *Design und Verbrechen, und andere Schmähreden*, Berlin, 2012, S. 111

⁵ Khalil, Mehri, *From "Islamic Art" to "Arab Lands, Turkey, Iran, Central Asia and Later South Asia": Reliving the Distortions of History*, 30. April 2013, in: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/11380/from-%E2%80%9Cislamic-art%E2%80%9D-to-%E2%80%9Carab-lands-turkey-iran-cent> (abgerufen am 11.05.2015)

⁶ *1967, Mitbegründer der sog. ‚Atlasgroup‘; Fotograf und Künstler, Dozent an der Cooper Union in New York. Sein Werk umfasst Fotografie, Videokunst, Text, Performance, zeitgenössische Geschichte seines Heimatlandes. Seit Oktober 2012 ist er Gründungsmitglied der Akademie der Künste in Köln.

⁷ Hussain, Zarah, *Introduction to Islamic art* (BBC 30.06.2009) http://www.bbc.co.uk/religion/religions/islam/art/art_1.shtml - top (abgerufen am 11.05.2015)

⁸ *Kunst ist die Landkarte unseres Gewissens.*

IV. VOR ORT – IMPRESSIONEN UND PERSÖNLICHE WAHRNEHMUNGEN AUS DEM RUHRGEBIET



DIE MUSLIMISCHE BEVÖLKERUNG IM RUHRGEBIET

DIE REALE GEGENWART DES ISLAM UND DER MUSLIME



Prof. Dr. Faruk Şen
Vorstandsvorsitzender der Türkisch-Europäischen Stiftung für Bildung und wissenschaftliche Forschung (TAVAK) und ehemaliger Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien

EINLEITUNG

Moscheeneubauten, die Höhe von Minaretten, Kopftuch ja oder nein, die deutsche Sprache als Voraussetzung für Integration. Dies sind einige Themen, welche seit langem in Deutschland, wie auch im Ruhrgebiet ausführlich diskutiert werden. Die Situation von Muslimen in Deutschland ist ein Gegenstand, welcher in den Medien und von der Politik häufig thematisiert wird. Im Zuge dieses Diskurses ist die Annahme, Muslime stellen einen Teil der Gesellschaft dar, welcher zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, jedoch nicht zur ‚deutschen Gesellschaft‘ gehört, weit verbreitet.

Aufgrund der hohen Aufmerksamkeit für die Situation von Muslimen und der Emotionalität, mit welcher der öffentliche Diskurs häufig einhergeht, ist es höchste Zeit, die reale Gegenwart des Islams und der Muslime im Ruhrgebiet näher zu betrachten. Im Folgenden wird dieses Thema unter Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und kultureller Aspekte beleuchtet.

Innerhalb von Deutschland ist das Ruhrgebiet im Hinblick auf seine Migrationsgeschichte und Bevölkerungsstruktur eine einzigartige Region, da sich dort **die ersten türkischen Migrantengruppen während der 1960er Jahre** niedergelassen haben. Gerade diese interkulturelle Prägung verleiht dem Ruhrgebiet seinen besonderen Charakter und seine ökonomischen wie kulturellen Stärken und Chancen. Zuwanderer aus verschiedenen

Herkunftsländern treffen im Ruhrgebiet nicht nur auf ein interkulturell kompetentes soziales Umfeld, sondern sind auch mitverantwortlich für die besondere Geschichte der Bergbauregion. Knapp die Hälfte von ihnen besitzt inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft. Für diejenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft gibt es keine sekundärstatistische Möglichkeit, von der deutschstämmigen Mehrheitsbevölkerung unterschieden zu werden.

ISLAM: EIN HINDERNIS FÜR DIE INTEGRATION?

Insbesondere mit dem Islam geht die deutsche Gesellschaft zunehmend in die Präjustiz. Dieser wird als eine fremde und bedrohliche Religion gesehen und als Negativbild geradezu spiegelbildlich der positiv bewerteten, christlich-säkular geprägten Gesellschaft gegenübergestellt. Dies hängt damit zusammen, dass sich die Integrationsdebatten in Deutschland auf den Islam konzentrieren und der Glaube der muslimischen Migranten vielfach als Ursache für Integrationsdefizite in Bildungseinrichtungen und in zivilgesellschaftlichen Institutionen im Ruhrgebiet angesehen wird.

“DAS RUHRGEBIET IST IM HINBLICK AUF SEINE MIGRATIONSGESCHICHTE UND BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR EINE EINZIGARTIGE REGION.”

Das Bild der Zuwanderung spiegelt sich unter anderem in den Städten Essen, Duisburg und Gelsenkirchen wider. In **Essen** sind zum Beispiel die Stadtteile **Vogelheim** und **Katernberg** typische ‚Migrantenstadtteile‘. Die drei Städte verfügen jeweils über ein kommunales Integrationszentrum, welches viele verschiedene Aufgabenbereiche abdeckt. Der Fachbereich interkulturelle Orientierung beispielsweise dient Institutionen und Fachdienststellen als Anlaufstelle in Fragen der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens. Neben den zahlreichen Arbeitsbereichen zur interkulturellen Förderung von Jugendlichen gibt es auch eine interkulturelle Altenhilfe. Dieser Bereich ist deshalb wichtig, da der demografische Wandel auch im Ruhrgebiet bewirkt, dass die Gruppe der Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte stetig größer wird.

In **Duisburg** hat sich besonders der Stadtteil **Duisburg-Marxloh** zu einem Zentrum für die türkischstämmige Bevölkerung entwickelt und bewegt sich zwischen Ghettoisierung und Integration. Diese Region hat sich somit äußerlich zu einer Art „Chinatown“ entwickelt.

DAS BILD DER ZUWANDERUNG SPIEGELT SICH UNTER ANDEREM IN DEN STÄDTEN ESSEN, DUISBURG UND GELSENKIRCHEN WIDER.

Die lokale Ökonomie und hier insbesondere die „Hochzeitsmeile“, ein deutschlandweit bekanntes Cluster von Geschäften mit Hochzeits- und Abendmoden, zieht mittlerweile Einkäufer aus dem gesamten Ruhrgebiet nach Duisburg-Marxloh. Nach eigenen Recherchen lassen sich in Marxloh insgesamt 153 Geschäfte finden, welche überwiegend in türkischem Besitz sind. Obwohl oft als **Positivbeispiel für Integration** benannt, kann diese Entwicklung auch angefochten werden und als ein Integrationshemmnis gesehen werden. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die deutschstämmige Bevölkerung zurückzieht¹ und dadurch kein Austausch zwischen der deutschstämmigen Bevölkerung und den Migranten des Stadtteils möglich ist. Wichtig ist jedoch zu verzeichnen, dass

sich dieser Stadtteil positiv auf die wirtschaftliche Integration entwickelt hat. Besonders die älteren Migranten verbringen viel Zeit in den zahlreichen Kaffeehäusern und Restaurants.

Entsprechend dieser Stadtentwicklung nimmt die Bekennnis zum Islam unter türkischstämmigen Migranten im Ruhrgebiet zu. Junge Muslime identifizieren sich immer mehr mit dem Islam und halten die fünf Säulen des Islam ein, auch wenn sie äußerlich nicht den Eindruck vermitteln und sich nicht traditionell muslimisch kleiden. Allgemein formuliert bedeutet das, dass sie das Glaubensbekenntnis innehalten, fünf Mal am Tag beten, Almosen zahlen, im Fastenmonat Ramadan fasten und an der Pilgerreise nach Mekka teilnehmen. Dies ist eine Beobachtung, die aus den Gesprächen mit Angehörigen der DITIB Fatih Moschee Essen-Katernberg e.V. hervorgeht.

SCHULE UND BILDUNG

Im Bereich Schule und Bildung wird von der muslimisch geprägten Gesellschaft gefordert, dass die Schule nicht nur als Bildungsort fungiert, sondern auch als Ort für **Gemeinschaftsbildung** sowie für kulturelle Aufklärung und Sensibilisierung agiert. Die Klassengröße und die damit verbundene Kameraderie stellt einen optimalen Kontext für das Zusammenleben dar. Die junge Generation in der Gesellschaft, welche sich durch Normen und Werte definiert, ist objektiv und größtenteils frei von Vorurteilen.

FREIZEITAKTIVITÄT

Im Ruhrgebiet ist außerdem erkennbar, dass **Fußballvereine durch Migranten** – zum Beispiel – durch Türken geprägt sind. Solche Vereine sind als Migrantenvereine zu betrachten. Bei den Sportvereinen findet die Integration durch gemeinsames Fußballspielen statt. Sehr viele jugendliche muslimische Migranten gehen zu deutschen Sportvereinen, weil sie das Ziel, sich durch Fußball selbst zu verwirklichen, verfolgen. Diese Annahme geht aus Gesprächen mit den jeweiligen Fußballvereinen in Essen, Gelsenkirchen und Duisburg hervor. Doch bei fast allen anderen Sportarten wie Basketball und Volleyball, Tischtennis oder Tennis sind die muslimischen Migranten sehr unterrepräsentiert, auch im Frauenfußball sind traditionell nur sehr wenige muslimische Frauen anzutreffen.

Bei der Weltmeisterschaft im Jahr 2014 haben wiederum sowohl türkische als auch deutsche Jugendliche gemeinsam die Spiele der deutschen Nationalmannschaft verfolgt. Dies deutet darauf hin, dass sich einige türkische Jugendliche auch als „Deutsche“ identifizieren. Diese Feststellung geht auch aus den Gesprächen mit den Jugendlichen hervor. Letztendlich ist noch hervorzuheben, dass besonders bei diesen Jugendlichen, die sich sowohl mit Deutschland verbunden fühlen als auch mit der Türkei, **die Intention steigt, in das Herkunftsland ihrer Familien zurückzukehren**, um dort ihre Zukunftschancen in Anspruch nehmen zu können. Dies gilt besonders für Hochqualifizierte bzw. diejenigen, die eine Ausbildung oder ein Studium absolviert haben. Dieser Befund ist sowohl auf eine steigende Identifikation mit dem Heimatland ihrer Familie zurückzuführen, als auch auf die Wahrnehmung der steigenden Berufschancen in der wirtschaftlich blühenden Türkei.

MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN

Für diese neu entwickelte Lebensweise der Jugendlichen im Ruhrgebiet sind die Moscheevereine und Migrantenselbstorganisationen von großer Relevanz. Durch die vielfältigen Freizeit- und Bildungsangebote gewinnen diese Vereine zunehmend an Bedeutung. Aufgrund der großen Zahl von Zuwanderern gibt es im Ruhrgebiet eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Migrantenselbstorganisationen (MSO). Einzelne Städte mit hohem Migrantenanteil und dadurch bedingt ho-

hen Zahlen an türkischen Selbstorganisationen sind die Städte Duisburg (190), Gelsenkirchen (105), Dortmund (90) und Essen (75)². Die Nutzung der von den Vereinen angebotenen Dienstleistungen deckt ein weites Feld mit unterschiedlichen politischen, kulturellen, berufsständischen und religiösen Aufgaben und Zielsetzungen ab. Oft gibt es im Ruhrgebiet für die Migranten trotz der Bemühungen der Wohlfahrtsverbände noch nicht für alle sozialen Ansprüche (Behinderung, Sozialberatung, Erziehungsberatung etc.) eine erreichbare Anlaufstelle mit gleichwertigen Angeboten, wie es für die Mehrheitsgesellschaft der Fall ist. Stattdessen übernehmen zusehends Migrantenorganisationen durch adäquate Angebote für ihre nationale Zielgruppe diese Aufgaben. Anhand der folgenden ersten Bestandsaufnahme wurde festgestellt, in welchen unterschiedlichen Einrichtungen und Lebensbereichen (Kindergärten, Schulen, Altenheime, etc.) durch den muslimischen Glauben geprägte Werte und Verhaltensweisen konflikthaft auf westlich orientierte und christlich geprägte Vorstellungen treffen.

Seit einigen Jahren denken islamische Wohlfahrtsverbände daran, unter dem deutsch-türkischen Muslimdachverband DITIB **einen islamischen Wohlfahrtsverband zu gründen** zu wollen. Selbstorganisationen von Migranten nehmen darüber hinaus eine Brückenfunktion im Verhältnis zwischen Zuwanderergruppen und der Mehrheitsgesellschaft wahr. Durch ihre Aktivitäten schaffen sie einen Begegnungsraum für beide Seiten, der einen Austausch zwischen der



Das Panorama der Stadt Essen

Foto: Flickr/creative commons

Zuwanderergruppe und der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht. Typisch für diese Art Selbstorganisation sind die deutsch-türkischen Freundschaftsvereine, die insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren gegründet wurden und teilweise heute noch sehr aktiv sind.

SELBSTORGANISATIONEN VON MIGRANTEN: BRÜCKENFUNKTION IM VERHÄLTNIS ZWISCHEN ZUWANDERERGRUPPEN UND DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT.

ESSEN-KATERNBERG: EIN POSITIVBEISPIEL

Ein Beispiel dafür ist die Katernbergerstraße in Essen-Katernberg. Eine Anzahl von Selbstorganisationen auf dieser Straße schafft einen Begegnungsraum für beide Seiten, in dem der Hintergrund der zugewanderten Gruppe anerkannt wird und dieser die Grundlage für Interaktion bildet. Hierbei kehrt sich das Verhältnis von „Gastgeber“ und „Gast“ um und Zugewanderte übernehmen die Rolle des Gastgebers, wodurch das Selbstwertgefühl der Mitglieder gestärkt wird. Die Brückenfunktion nehmen MSOs auch in umgekehrter Richtung wahr, weil sie von Institutionen und Organisationen der Mehrheitsgesellschaft als Ansprechpartner gesehen und in Anspruch genommen werden.

MUSLIMISCHE DIAKONIE

Außerdem ergibt sich aus eigener Forschung, dass zusätzlich zu der gestiegenen Nachfrage an Moscheevereinen auch die Nachfrage nach neuen sozialen Infrastrukturen wächst. Immer mehr Einwanderer werden pflegebedürftig, sodass **die Nachfrage nach muslimischen Altersheimen und nach mobilen Pflegediensten wächst**. Viele muslimische Frauen bieten derzeit im Ruhrgebiet den mobilen Pflegedienst, speziell für die kultursensible Pflege an.

Gleichzeitig ändern sich auch die Familienstrukturen. Die Großfamilien, in denen bisher die Senioren oft bis zu ihrem Tod lebten, werden immer weniger. In die-

sem Punkt passen sich die Migranten immer mehr der deutschstämmigen Mehrheitsgesellschaft an. Die Kinderzahl und auch die Möglichkeit, sich um die alternen Eltern kümmern zu können, nehmen ab. Durch Gespräche mit muslimischen Jugendlichen stellt man fest, dass sich die Struktur hinsichtlich der Betreuung der Eltern verändert hat. Da sich auch ihre sozialen Strukturen verändert haben, sind viele Muslime bereit, ihre Eltern in ein Pflegeheim zu geben. Allerdings geben sie an, dass es dem deutschen Pflegepersonal an der nötigen Sensibilität für die Bedürfnisse der älteren Muslime fehlt. Viele **muslimische Senioren** fühlen sich nicht wohl in einer Einrichtung, in der ein Kreuz an der Wand hängt. Das führe dazu, dass viele Einwanderer Angst vor einem Seniorenheim hätten.

FRIEDHÖFE UND ISLAMISCHE BESTATTUNGSKULTUR

Auch das Sterben gehört zu der Realität der in Deutschland lebenden Muslime. Den **Lebensabend in der Fremde zu verbringen** war von den meisten Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland ursprünglich nicht beabsichtigt. Das Sterben und die Bestattung sind jedoch Themen, welche mittlerweile unter Muslimen in Deutschland bereits im jugendlichen Alter diskutiert werden. Der Entschluss, sich in fremder Erde beerdigen zu lassen, ist ein bedeutender, weitreichender Schritt, vielleicht sogar der entscheidende Schritt im langen Prozess, sich an das neue Land gewöhnen zu haben. Auch die Entscheidung der jüngeren Generation, ein Elternteil in der neuen Heimat zu bestatten, hat Folgen, da die Bindung zur alten Heimat weitgehend gelockert wird. Noch wird die Mehrzahl der Muslime über eine Heimatversicherung bei dem islamischen Verband DITIB in ihrem Heimatland beerdigt. Bei der Bestattung und dem Transport trägt DITIB alle Kosten.

Der ausschlaggebende Beweggrund für die Überführung des Leichnams in das eigene Heimatland ist der Wunsch nach einer islamisch vorgeschriebenen Bestattungszeremonie. In Deutschland gilt im Normalfall die Sargpflicht, wohingegen im Islam die Beisetzung im Leichentuch vorgesehen ist. Die neueren Entwicklungen zeigen, dass Bundesländer wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ihre Bestattungsgesetze überarbeiten und in Zusammenarbeit mit Friedhofsverwaltungen Muslimen in Deutschland **Beisetzungen nach islamischem Brauch** ermöglichen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser kurze Einblick in die Lebensrealität der muslimischen Bevölkerung im Ruhrgebiet zeigt, dass die Ghetto- und Koloniestrukturen zugunsten einer stärkeren Mischung der deutschen und migrantischen Bevölkerung langsam abnehmen. In einigen Stadtteilen gibt es jedoch Hinweise auf segregative Entwicklungen bzw. mangelnde gesellschaftliche Anbindung.

Das Ruhrgebiet stellt sich als ein heterogenes Gewebe von verschiedenen Stadtteilen dar, von multikulturellen, funktionierenden, sanierten Stadtkernen über ehemalige Zechensiedlungen bis hin zu Einfamilienhaus-Siedlungen, umgeben von Ackerflächen. Einige Stadtteile benötigen besondere Unterstützung, um nicht zu gemiedenen Orten zu werden. Die Stadtteilprojekte bieten mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsaufgaben Ansatzpunkte für verschiedene Maßnahmen. Es ist jedoch nicht damit getan, segregierte Städte als soziale Brennpunkte zu klassifizieren und hierbei die Rolle der alteingesessenen Bevölkerung zu vernachlässigen und umgekehrt mit umfassenden Projekten die Integration der Migranten unbeachtet zu lassen. Für ein friedliches und vor allem gemeinsames Leben müssen interkulturelle Grundlagen geschaffen werden, auf denen der Kontakt untereinander hergestellt wird und Probleme gemeinschaftlich diskutiert und gelöst werden.

Im Jahr 2015 ist es 55 Jahre her, dass die muslimische Bevölkerung im Ruhrgebiet, aufgrund der hohen Nach-

“FÜR DIE MULTIKULTURALITÄT UND FÜR DIE VIELFALT DER RELIGIONEN IST DAS RUHRGEBIET EIN HERVORRAGENDES BEISPIEL.”

frage von Bergbau und Stahl, zunächst als ‚Gastarbeiter‘ nach Deutschland kam. Nun lebt schon die vierte Generation in Deutschland und es ist ein realer Islam im Ruhrgebiet vorhanden, inklusive Moscheen, islamischen Verbänden und zunehmenden Zahlen von Friedhöfen und Altersheimen. Dies zeigt, dass **die Muslime immer mehr einen Teil der deutschen Gesellschaft ausmachen.** Für die Multikulturalität und für die Vielfalt der Religionen ist das Ruhrgebiet ein hervorragendes Beispiel. ■

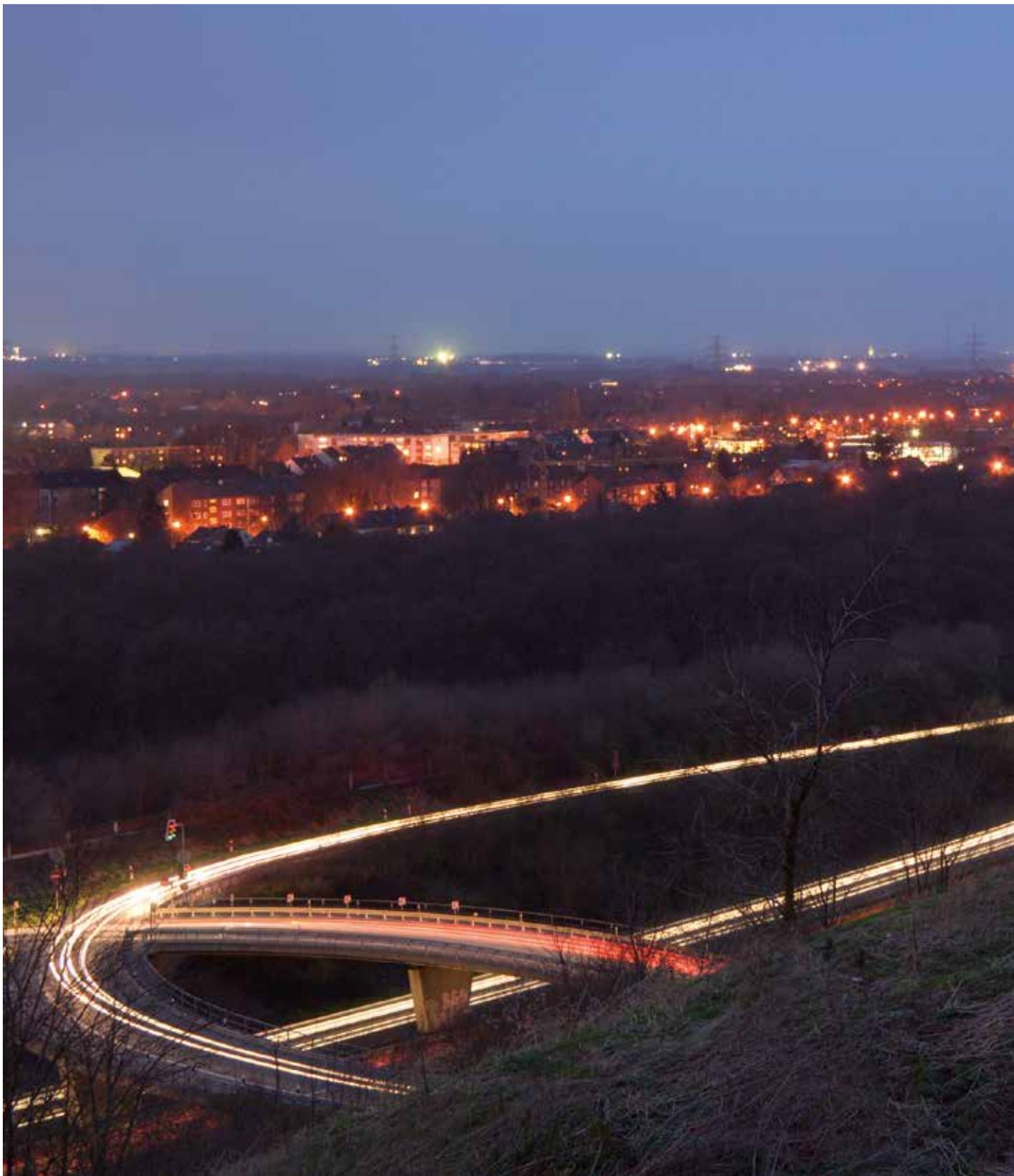
ANMERKUNGEN:

¹ Einwohnerentwicklung der Stadt Duisburg:
http://www.bz-duisburg.de/stadtentwicklung%20Projekte/einwohner_nrw.htm

² Diese Zahlen gehen aus eigenen Untersuchungen hervor.

LISTE DER ISLAMISCHEN VERBÄNDE IN NRW, DIE AUCH IM RUHRGEBIET AKTIV SIND

Verband	Vorsitz
Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ e.V.), Köln	Herr Mehmet Duran
Union Türkisch-Islamischer Kulturvereine e.V. (ATIB e.V.), Köln	Herr Ihsan Öner
Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB e.V.), Köln	Prof. Dr. Nevzat Yasar Asikoglu
Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD e.V.), Köln	Herr Aiman A. Mazyek
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Köln	Herr Burhan Kesici
Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V. (IGMG e.V.), Kerpen	Herr Kemal Ergün
CEM Gemeinde Der Aleviten In Deutschland e.V., Kerpen	Herr Bektaş Ceren
Union Europäisch-türkischer Demokraten (UETD), Köln	Herr Süleyman Çelik
Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF e.V.), Köln	Herr Hüseyin Mat



Das Ruhrgebiet ist die größte Agglomeration Deutschlands



Foto: Michael Utech/iStock

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK